

Kampf gegen Unterdrückung: Frauenstreik – ja bitte!

Katharina Wagner, Neue Internationale 234, Dezember 2018/Januar 2019

Am 10. November fand in Göttingen das erste Vernetzungstreffen zur Planung eines internationalen Frauenstreiks am 8. März 2019 statt. Rund 300 Teilnehmerinnen aus dem gesamten Bundesgebiet versammelten sich. Neben Organisationen wie der IL und der FAU waren auch zahlreiche lokale feministische Gruppen, das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung und das kurdische Frauenbüro vertreten. Als Rednerinnen waren Gäste aus Spanien, Großbritannien und Thailand eingeladen, die hauptsächlich über Erfahrungen und Lehren bisheriger Frauenstreiks sprachen. Ziel war zum einen die Erstellung eines gemeinsamen Aufrufes, zum anderen die weitere Planung der erforderlichen Organisationsstrukturen, um auch in Deutschland einen Frauenstreik durchführen zu können.

Historische Vorbilder

Vorbilder für einen Frauenstreik gibt es einige. So legten am 24. Oktober 1975 anlässlich des Internationalen Jahres der Frau etwa 90 % der weiblichen Bevölkerung Islands ihre Arbeit nieder, um für Gleichberechtigung, gerechtere Bezahlung und bessere Betreuungsangebote für Kinder zu kämpfen. Organisiert wurde der Protesttag von einem Komitee verschiedener Frauenorganisationen unter dem Namen „Frauen-Ruhetag“. Auch Hausfrauen waren dazu aufgerufen, ihre häuslichen Arbeiten niederzulegen und sich ebenfalls zu beteiligen. An der

Demonstration in Reykjavík beteiligten sich neben rund 25.000 Frauen auch einige Männer. Die Protestaktion wurde absichtlich nicht als Streik bezeichnet, da es im Vorfeld heftige Diskussionen darüber gab. Die radikalfeministische Rote-Socken-Bewegung, auch Teil des Komitees, forderte bereits seit einigen Jahren einen Streik. Sie wurde allerdings von den anderen Organisationen überstimmt, die aus Angst vor den Folgen eines „politischen Streiks“ die Protestaktion lieber als „Ruhetag“ bezeichnen wollten.

Auch die Schweiz ist ein gutes Beispiel. Eine Million Schweizerinnen beteiligte sich am 14. Juni 1991 an einem Frauenstreik, der unter dem Motto „Wenn Frau will, steht alles still“ durchgeführt wurde und sich hauptsächlich gegen ungerechte Löhnerichtete. Diesmal war es der schweizerische Gewerkschaftsbund, der zum Streik aufrief. Unterstützung kam von diversen Frauenorganisationen.

Frauenstreik 1994

In Deutschland selbst fand am 8. März 1994 ein großer Frauenstreik mit knapp einer Million Teilnehmerinnen statt. Sie kämpften gegen schlechte Arbeitsbedingungen und ungleiche Löhne, gegen den Abbau von Sozialleistungen ebenso wie für das Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung. Im Aufruf von 1994 heißt es: „Jetzt streiken wir! Frauen werden die Hausarbeit niederlegen, betriebliche Aktionen bis zum Streik durchführen, nicht einkaufen, nicht mehr höflich lächeln, nicht nett sein, keinen Kaffee kochen und die Kinder den Männern mit auf die Arbeit geben.“ Aber auch hier gab es im Vorfeld heftige Kontroversen um die Frage der Protestform. Innerhalb der autonomen Frauenbewegung war Streik als altes Kampfmittel der ArbeiterInnenklasse umstritten. Auch die

Gewerkschaften konnten nur zur Unterstützung eines „Frauenprotesttages“ und nicht zum Aufruf für betriebliche Streiks gewonnen werden, auch wenn sie größtenteils die Forderungen unterstützten. Zu groß war die (vorgeschobene) Angst vor den Folgen eines politischen Streiks, der in Deutschland de facto als illegal eingestuft wird.

In den beiden letzten Jahren nahm die Frauenbewegung in zahlreichen Ländern massenhaften Umfang an. Hunderttausende oder gar Millionen beteiligten sich an den Aktionen wie von „Ni una menos“ (Nicht eine Frau weniger) in Argentinien, gegen sexuelle Gewalt in Indien, gegen Trump in den USA oder unter dem Motto „Ele nao“ (Er nicht) gegen den Rechtsextremen Bolsonaro in Brasilien.

Das stärkste Vorbild für einen Frauenstreik stellt aber die Protestaktion in Spanien anlässlich des 8. März 2018 dar. 6 Millionen Frauen – und Männer – traten in 300 spanischen Städten für 2 Stunden in den Streik, einige sogar den ganzen Tag lang. Neben Betrieben wurden auch Universitäten und Schulen bestreikt. Dass 40 % aller Lohnabhängigen Spaniens die Arbeit niederlegten, ist vor allem auf die Gewinnung der Gewerkschaftsbasis zurückzuführen. Zwar traten auch in diesem Fall die GewerkschaftsfunktionärInnen aus Angst vor einem politischen Streik nicht offen für eine Aufforderung dazu ein, allerdings stellte sich die Basis ihrer Führung entgegen und organisierte selbstständig die betrieblichen Streiks.

Lehren und Perspektiven

Welche Lehren können wir aus den vergangenen Frauenstreiks

ziehen und was bedeutet dies für die weitere Arbeit? Zum einen ist es aus unserer Sicht notwendig, die Gewerkschaften in die Mobilisierung mit einzubeziehen, um darüber ihre Basis in den verschiedenen Betrieben zu erreichen. Vor allem der spanische Frauenstreik zeigt das enorme Mobilisierungspotential, welches von ihr ausgeht. Aber nicht nur die Betriebe, auch Universitäten und andere Bereiche, in denen Frauen vertreten sind, sollten in die Mobilisierung mit einbezogen werden. Um auch Frauen eine Beteiligung am Frauenstreik zu ermöglichen, die z. B. aufgrund der Pflege von Familienangehörigen nicht aktiv dazu in der Lage sind, können auch solidarische Streikformen integriert werden, welche ein Bewusstsein schaffen für die spezifischen Situationen, in denen sich viele Frauen befinden. Beim spanischen Frauenstreik waren dies weiße Schürzen oder lilafarbene Fahnen, welche in Fenster von Häusern gehängt wurden, in denen sich Frauen der Kinderbetreuung oder der Pflege widmeten und nicht selbst am Streik teilnehmen konnten.

Nichtsdestotrotz muss es sich bei dem Frauenstreik um einen politischen Streik handeln, der neben zahlreichen Forderungen wie etwa der nach sexueller und körperlicher Selbstbestimmung oder nach gleichen Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen für Frauen auch antikapitalistische und antiimperialistische Positionen aufgreift. Da aus unserer Sicht die Frauenunterdrückung eng mit dem Bestehen von Klassengesellschaften verbunden ist, muss der Kampf zur Frauenbefreiung mit dem Klassenkampf und somit dem Sturz des Kapitalismus verbunden werden. Daher treten wir auch dafür ein, unter den männlichen Arbeitern ein Bewusstsein für die Forderungen der Frauen zu schaffen und sie ebenfalls für den Streik zu mobilisieren. Denn nur ein gemeinsamer Kampf unter Führung der Frauen kann einen starken Druck auf die herrschende Klasse ausüben und Streikbruch seitens der Männer verhindern.

Gemeinsamer Aufruf und zahlreiche Forderungen

Am Ende des zweitägigen Vernetzungstreffens in Göttingen waren sich die Teilnehmerinnen darüber einig, dass die Gewerkschaften aktiv dazu aufgefordert werden sollten, zum Frauenstreik aufzurufen und die Forderungen zu unterstützen. Auch wurde ein gemeinsamer Aufruf unter dem Titel „Wenn wir die Arbeit niederlegen, steht die Welt still“ verabschiedet, welcher zahlreiche Forderungen enthält, die wir unterstützen.

- Gleiche Rechte, unabhängig von Geschlecht oder Herkunft
- Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung
- Kampf gegen jede Art von Gewalt gegen Frauen oder Queers
- Gleiches Recht auf bezahlbaren Wohnraum, Bildung und Gesundheitsvorsorge
- Gleicher Lohn und bessere Arbeitsbedingungen
- Ende der Rüstungsexporte, Stopp von Abschiebungen und Lagerunterbringung
- Beendigung des Pflegenotstands und Schaffung ausreichender kostenloser Kinderbetreuung

Darüberhinaus haben sich Anfang Dezember Ortsgruppen in 18 Städten gebildet, darunter in Hamburg, Berlin, Leipzig und Augsburg Streikversammlungen gegründet.

Aktuelle Infos: <https://frauenstreik.org>

Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung

Thesen zum Charakter der Frauenunterdrückung

Bewegung für eine revolutionär-kommunistische Internationale, 1989, erstmals veröffentlicht in: Revolutionärer Marxismus Nr. 1, September 1989, erneut veröffentlicht in Revolutionärer Marxismus 42, Oktober 2010

Inhalt

[Die Ursprünge und der sich ändernde Charakter der Frauenunterdrückung](#)

[Die systematische Unterdrückung der Frauen im Kapitalismus](#)

[Imperialismus und Frauenunterdrückung](#)

[Stalinismus und Frauenunterdrückung](#)

Frauenbefreiung und Sozialismus

Feminismus

Feminismus in den 1980er Jahren

ArbeiterInnenbewegung und revolutionäre Partei

Die Ursprünge und der sich ändernde Charakter der Frauenunterdrückung

1. Die systematische gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen ist untrennbar mit der Existenz der Klassengesellschaft verbunden. Es war ein direktes Resultat der Herausbildung von Privateigentum und der Teilung der Gesellschaft in Klassen, dass den Frauen die volle soziale, ökonomische und politische Gleichstellung mit den Männern verwehrt wurde. Es gibt nichts 'natürliches' oder 'ewiges' an der Unterordnung der Frauen. Auf der Entwicklungsstufe, die Engels als „primitiven Kommunismus“ bezeichnete, hat es menschliche Gesellschaften gegeben, in denen der Beitrag der Frauen zur und ihre Rolle in der Gesellschaft als gleichwertig (in manchen Fällen sogar als übergeordnet) zu denen der Männer angesehen wurden. Die durch Anthropologen und Archäologen bewiesene Existenz solcher Gesellschaften entkräftet die Argumente jener, die die Unterordnung der Frauen mit der Behauptung ‚Es war schon immer so und muss daher immer so bleiben‘ verteidigen. Es wird dadurch auch der Irrtum jener FeministInnen aufgezeigt, die die Existenz der Frauenunterdrückung in verschiedenen Klassengesellschaften als Beweis dafür betrachten, dass diese Unterdrückung nicht auf der Teilung der Gesellschaft in verschiedene Klasse beruhe.

Die Klassengesellschaft und die mit ihr verbundenen Eigentumsformen entstanden aus der Auflösung der Gentilgesellschaft. Verwandtschaftsgruppen besaßen Eigentum kollektiv oder kommunal und es waren eher Haushalte als

Familien, die die grundlegenden Einheiten der sozialen Organisation bildeten. Die Verwandtschaftsgruppen waren oft matrilinear aufgebaut, d.h. die Abstammung folgte der weiblichen Linie, aber einige waren auch patrilinear. Die Produktionsgrundlage für die Gemeinschaften bestand hauptsächlich im Ackerbau und teilweise in Viehzucht und Hirtenleben. Die ältesten Formen menschlicher Gesellschaft jedoch waren nach Nahrung suchende Horden, die den Boden noch nicht als Arbeitsmittel, sondern nur als Arbeitsgegenstand gebrauchten. Das Land war noch kein Eigentum, nicht einmal im gemeinschaftlichen Sinne. Solche Gruppen beruhten anfangs auf dem Jagen und Sammeln. Später wurden Gartenbau und die Zähmung von Tieren die Grundlage der Subsistenz.

In solchen Gesellschaften gab es je nach Geschlecht und Alter verschiedene Arbeitsteilungen. Sie waren weder starr noch durch Rituale oder Sitten formalisiert. Solche Arbeitsteilungen entstanden nicht in jeder Gruppe in identischer Art und Weise, aber in Bezug auf die Rollen, die Männer und Frauen auf dieser Stufe der menschlichen Gesellschaft einnahmen, bildeten sich doch etliche gemeinsame Merkmale heraus. Im allgemeinen waren Frauen eher mit dem Sammeln als mit dem Jagen beschäftigt. Das ergab sich aus ihrer Rolle als Reproduzentinnen der Gattung Mensch. Schwangerschaft und anschließendes Säugen der Kinder (was oft sehr lange getan wurde) erklären, warum Frauen eine Tendenz zum Sammeln als dem Hauptelement ihrer Arbeit hatten. Obwohl es mühsam war, war das Sammeln besser mit dem Tragen eines zu säugenden Kindes vereinbar. Männer waren mit Jagd und anderen Aktivitäten beschäftigt, die eine größere Mobilität erforderten.

Es gibt Ausnahmen (und es gibt viele Fälle von jüngeren Frauen, die vor ihrer Einbeziehung in die Reproduktion an Jagden teilnehmen), aber in den meisten JägerInnen- und SammlerInnengesellschaften, die untersucht wurden, fand man dieselben allgemeinen Merkmale. Jedoch war diese aufkommende

Arbeitsteilung damals nicht unterdrückerisch und musste es auch von Natur aus nicht sein. Der Beitrag der Frauen durch das Sammeln war gegenüber dem, was die Männer durch das Jagen herbeischafften, nicht minderbewertet. Zwischen den Geschlechtern existierte eine grobe Gleichheit. In bestimmten Situationen in kleinen Clans, in denen die Reproduktion des Clans durch einen Frauenmangel gefährdet war, wurden Frauen gerade wegen ihrer Gebärfähigkeit zu den bevorzugten Opfern von Raubzügen, während männliche Kriegsgefangene meist sofort umgebracht wurden. Um sich gegen solche Übergriffe zu schützen, waren die Frauen auf den Schutz der Männer ihres eigenen Clans angewiesen, da sie selbst weniger in der Kriegskunst geübt waren. Mit diese Tatsachen versuchen feministische AutorInnen die Unterdrückung der Frauen auch in urkommunistischen Gesellschaften zu beweisen. Aber das ist falsch. Vielmehr bildete dieses Angewiesensein ein Element einer wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Männern und Frauen in primitiven Gesellschaften. Jedenfalls bedeutet die Maßgeblichkeit der Reproduktion bei der Bestimmung der Art der Arbeitsteilung nicht, dass die Unterdrückung biologisch festgelegt war. Die Rollen in der Reproduktion trugen ihren Teil zur Ausformung einer anfangs nicht unterdrückerischen Arbeitsteilung bei. Aber die Entwicklung der Produktivkräfte und das sich ändernde Verhältnis der Reproduktion zu ihnen, nicht die Tatsache der reproduktiven Rolle der Frauen an und für sich, waren die zentralen Faktoren bei der Verwandlung der Arbeitsteilung in eine unterdrückerische.

Als sich die Produktivkräfte mit der Entwicklung des Gartenbaus und später des Ackerbaus, der Zähmung und Züchtung von Tieren und mit der Entwicklung der Metallbearbeitung, die zur Produktion besserer Werkzeuge (und Waffen) für die Durchführung solcher Arbeiten führte, ausweiteten, wurden die Bedingungen für die Produktion eines Überschusses, d.h. von mehr Nahrungs- und Lebensmitteln als für den unmittelbaren Konsum der Gruppe gebraucht wurden, geschaffen. Die Existenz eines Überschusses stimulierte einen Kampf innerhalb der

Verwandtschaftsgruppen. Eine Schicht von Individuen (die aus den komplexen Rangordnungssystemen, die in den Verwandtschaftsgruppen vorherrschten, hervorkam) begann im Widerspruch zu den Normen des Gemeineigentums, die zuvor üblich waren, ihre direkte Kontrolle über den Überschuss durchzusetzen. Individuen, die embryonale Formen von Privateigentum erlangen und kontrollieren konnten, gerieten mit der Verwandtschaftsgruppe als Ganzes in Konflikt.

Dieser Kampf war noch kein Klassenkampf, sondern repräsentiert vielmehr die Geburtswehen der Klassengesellschaft. Für den ‚primitiven Kommunismus‘ hatten die Totenglocken geschlagen. Während dieser Periode wurde die Verwandtschaftsgruppe durch die Familie ersetzt und den Frauen wurde die Monogamie aufgezwungen. Das Ergebnis dieses Prozesses war, dass die Frauen nun systematisch gesellschaftlich unterdrückt wurden.

Selbstverständlich existierten alle möglichen Arten der ‚Unterdrückung‘ auch schon während der frühen Stadien der menschlichen Entwicklung – Gefangene z.B., männliche wie weibliche, waren oft unterdrückt. Und es ist auch diese Zeit, wo die Unterdrückung der Sexualität, v.a. der Frauen, ihren Ursprung hat. Allerdings ist die Unterdrückung der Frauen in allen Gesellschaften an der Schwelle der Klassenspaltung noch weit davon entfernt, ein kohärentes System geschlechtsspezifischer Unterdrückung und Diskriminierung darzustellen. Die Auflösung der ursprünglich urkommunistischen Gleichgewichtung der Geschlechter vollzog sich im Laufe von Jahrtausenden und erlebte in den meisten Stammesgesellschaften auch gegenläufige Tendenzen, um die alte Ordnung beizubehalten. In Gesellschaften, die um die Erhaltung ihrer Existenz noch im Rahmen einer Subsistenzökonomie kämpften, konnten besondere Faktoren, wie z.B. demographische Probleme, zur Einrichtung von Ritualen und Tabus führen, die oftmals brutale Konsequenzen für Frauen hatten, eben wegen deren Rolle in der Reproduktion, z.B. bei den australischen Aborigines. Aber solche Beispiele bleiben Ausnahmen, die durch zufällige

materielle Ursachen erklärbar sind, und bilden keinen Beweis für eine verallgemeinerte gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen. Die systematische gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen als Geschlecht war eine Folge des Kampfes zwischen dem Gemeineigentum und dem Privateigentum (oder, wie im Falle der asiatischen Produktionsweise, dem Staatseigentum) und des Triumphs des letzteren über das erstere. Diese gesellschaftliche Unterdrückung bedeutete, dass die Frauen von einem gleichberechtigten Anspruch am gemeinschaftlichen Sozialprodukt ausgeschlossen wurden und ihnen gleichzeitig die Kontrolle über die Produkte ihrer eigenen Arbeit verwehrt wurde. Diese Form der Unterdrückung, eben gesellschaftliche Unterdrückung, kann nur entstehen, wo es eine längere Produktion von gesellschaftlichem Mehrprodukt gegeben hat und wo der Kampf um die Kontrolle über dieses Mehrprodukt eine Kontrolle der produktiven wie der reproduktiven Funktionen der Frauen erfordert. Die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen war ein Ergebnis des Aufkommens der Klassengesellschaft. Als solches kann sie nur auf dem Misthaufen der Geschichte landen, wenn auch die Klassengesellschaft zerstört wird.

Sobald Überschüsse produziert wurden, wurde der Austauschprozess zwischen den Gruppen gegenüber der einfachen Verteilung zum Verbrauch, wie sie in der Verwandtschaftsgruppe üblich gewesen war, immer wichtiger. Der Handel entwickelte sich und der Wert des Überschusses zeigte sich klar in der Fähigkeit, Produkte anderer Gruppen zu erlangen. Die Gruppen, die die Kontrolle über diesen Überschuss bekamen und daher die herrschende Klasse der neuen Gesellschaften wurden, waren infolge ihrer damaligen Rolle in der Produktion im allgemeinen Männer. D.h., die schon vorher existierende Arbeitsteilung wurde, obwohl sie anfangs nicht unterdrückerisch war, bei der Herausbildung einer herrschenden Klasse zentral. Das Erbe der männlichen Rolle bei der Jagd war auf dreierlei Weise entscheidend: Erstens bedeutete es, dass Männer die Kontrolle über die gezähmten Tiere inne hatten, eine dynamische

Produktionssphäre im Bezug auf die Ausweitung des Überschusses. Zweitens führte die wachsende Bedeutung des Landes als wertvolle Ressource zu entsprechenden Kämpfen um Land. Männer hatten, dank ihrer Jägerrolle, Kontrolle über die Waffen (und verbunden damit auch über die ersten Werkzeuge) und hatten Fähigkeiten zu deren Herstellung und Anwendung entwickelt. Ihre Rolle im Krieg bestand nicht nur darin, rivalisierende Verwandtschaftsgruppen zu besiegen, sondern diente auch dazu, die weibliche Kontrolle über das Land zu zerstören. Frauen bearbeiteten noch immer das Land, aber die Männer bemächtigten sich sowohl des neuen Landes, als auch der Kontrolle über die Produkte davon. Der dritte Vorteil der Männer war, dass meistens sie die Mitglieder der Gruppe waren, die reisten. Mit der Ausweitung der Produktivkräfte bedeutete Reisen nicht nur Krieg, sondern auch Handel. Von Anfang an kontrollierten im allgemeinen Männer den Handel (obwohl es Ausnahmen, wie bei bestimmten Stämmen Westafrikas, gibt).

Männer genossen daher sowohl in der Produktion wie auch im Austausch Vorteile. Daher wurde der Teil der Männer, der am besten platziert war, um die Kontrolle über die Verteilung des Mehrprodukts des Kollektivs zu erlangen, eine embryonale herrschende Klasse. In den frühesten Klassengesellschaften wurde dem Übergang vom gemeinschaftlichen Überschuss zum Privateigentum oft eine religiöse Verkleidung gegeben, wobei die Eigentümer als priesterliche Kaste auftraten. Der Gedanke, dass das Privateigentum in Wirklichkeit nur Gemeineigentum sei, das durch die Vertreter der ‚Götter‘ kontrolliert würde, war ein Erbe der Traditionen der Verwandtschaftsgruppe, die erst kürzlich gestürzt worden war und zugleich eine ideologische Rechtfertigung für das neue Regime, das sie ersetzt hat.

Dieser Prozess formte die ökonomische Ordnung des privaten Haushaltes. Die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen wurde für die Frauen durchgehend unterdrückerisch. Die vorher gesellschaftliche Arbeit der Frauen – Sammeln, Landwirtschaft

und Haushaltsführung – wurde in privatisierte Arbeit im Dienste der Haushaltseinheit, der frühen monogamen Familie, umgewandelt.

Es war die Rolle der Frauen in der Produktion, die sie in eine untergeordnete Stellung in der Gesellschaft brachte. Aber in diesem Prozess hatte der Konflikt zwischen dem Gemein- und dem Privateigentum einen verändernden Effekt auf die gesellschaftliche Organisation, der zur systematischen Unterdrückung von Frauen führte. Die Akkumulation von Privateigentum durch eine kleine Kaste erforderte die Beendigung der egalitären Verteilung, die in den Verwandtschaftsgruppen noch existierte. Das große Netzwerk von Leuten innerhalb der Verwandtschaftsgruppe, die Anspruch auf Produkte erhoben (alle aus einer großen Reihe ziemlich entfernter Verwandter haben gleiches Anrecht), musste aufgegeben werden, wenn der Überschuss konzentriert werden sollte.

Eine kleinere gesellschaftliche Einheit, in der nur die direkten Nachkommen legitime Erben waren, wurde als Folge des Widerspruchs zwischen Gemein- und Privateigentum geschaffen. Diese Gruppe, die Familie, wie wir sie heute nennen, entwickelte sich aus der Verwandlung einer temporären, leicht löslichen ‚Paarungsehe‘ zwischen einem Mann und einer Frau aus verschiedenen Verwandtschaftsgruppen in eine dauerhafte Grundstruktur für den neuen Haushalt. Die lockere Paarungsehe wurde beständig und für die Frauen lag nun das sexuelle Betätigungsfeld ausschließlich in ihr. Dies bedeutete, dass alle ihre Kinder notwendigerweise diejenigen ihres Gatten und daher legitime Erben seines Reichtums waren. Als dies zur vorherrschenden Form sozialer Organisation wurde, wurden Kodizes und Gesetze eingeführt, die die Unterordnung der Frau erzwangen und zum Verlust jeglicher gleicher Rechte auf Eigentum oder auf politisches und soziales Leben führten. Der kollektive Haushalt der Verwandtschaftsgruppe war in das Gefängnis der monogamen Familie verwandelt worden. Patrilinearität wurde die Norm, die Matrilinearität war

gestürzt.

Der Zusammenstoß zwischen den Verwandtschaftsgruppen (Gentilgesellschaften) und der Familie, der den Zusammenstoß zwischen dem Gemein- und dem Privateigentum widerspiegelte, schuf die objektive Notwendigkeit für eine öffentliche Macht, die als Schiedsrichter fungieren konnte. Die materielle Basis für den Staat war geschaffen. Innerhalb der Verwandtschaftsgruppen war keine externe Macht nötig, da die Gruppen kooperativ handelten, wobei alle Mitglieder gleiche Rechte und Verantwortungen hatten. Der externe Staat verstärkte den patriarchalischen Charakter der Familie und der Erbfolge. Diese Entwicklungen, die sich über viele tausend Jahre und in einer sehr kombinierten und ungleichen Weise ereigneten, brachten die ersten Klassengesellschaften hervor (die alten Stadtkönigreiche Mesopotamiens, Ägyptens etc). Die Klassengesellschaften waren patriarchalisch. Die Frauen hatten eine historische Niederlage erlitten.

Engels' Analyse der Ursprünge der Frauenunterdrückung war in seinen Grundaussagen richtig. Neues anthropologisches Material hat gewisse Details seiner Analyse in Frage gestellt, die wir daher abändern oder ergänzen müssen. Und zwar folgende: Engels' Anerkennung des Mutterrechts als universelles Stadium der Gesellschaft und seine Implikation, dass dieses Stadium eine Periode weiblicher Dominanz in der Gesellschaft beinhaltete, wird von der modernen archäologischen und anthropologischen Material nicht bestätigt. Während unzählige Zeugnisse von matrilinearen Verwandtschaftsgruppen vorhanden sind, gibt es nur wenige für die Annahme, dass sie gesellschaftlich von Frauen dominiert worden wären. Eine ungefähre Gleichheit existierte. Diese Gleichheit herrschte aber auch in patrilinearen Gesellschaften vor, die es in dieser frühesten Phase der menschlichen Gesellschaft ebenfalls gab. Jedoch, insoweit die Vernichtung der Matrilinearität immer ein Merkmal der Entwicklung zur Klassengesellschaft ist, hat Engels recht, von einer historischen Niederlage für die

Frauen zu sprechen. Der Punkt ist, dass diese Niederlage vielmehr das Ergebnis eines Prozesses war, als ein bewusster und umsturzähnlicher Akt der Männer gegen die Frauen.

Engels' Betonung der Viehwirtschaft als primärem Gebiet der Akkumulation von Überschuss darf uns gegenüber der Wichtigkeit des Kampfes um Land nicht blind machen. Dieser war ebenfalls ein Bestandteil jenes Prozesses, durch den die Frauen als Geschlecht unterdrückt wurden. Die Entwicklung vom Gartenbau zum Ackerbau machte das Land zu einer wesentlichen Quelle von Mehrprodukt. Während die Frauen in vielen Hackbaugesellschaften mehr oder weniger ihre Gleichheit zunächst beibehielten, stellen die später entwickelten nomadischen Hirtengesellschaften das andere Extrem dar. Bei ihnen trug die von den Männern kontrollierte Produktion von Vieh mehr zum Sozialprodukt bei als die Arbeit der Frauen. In diesem Zusammenhang bildeten sich entscheidende Züge des Patriarchats und der Frauenunterdrückung heraus und diese wurden im Zuge kriegerischer Eroberungen den unterworfenen Ackerbaukulturen aufgezwungen. Die männliche Vorherrschaft in der Kriegsführung stellte sicher, dass Männer die Hauptnutznießer der real stattfindenden Kämpfe um Land waren.

Engels bezeichnet erst die SklavenInnenhalterInnengesellschaft als die erste voll entwickelte Klassengesellschaft, in der die Unterdrückung der Frauen gesetzlich verankert ist. Tatsächlich aber waren schon die städtischen Zivilisationen Mesopotamiens Klassengesellschaften – beherrscht durch große Landbesitzer und eine PriesterInnenkaste, die Tribute aus der Masse der unterworfenen Bauern/Bäuerinnen herausholten – in denen sich die patriarchalische Familie durchgesetzt hatte und in den Gesetzen des Staates anerkannt wurde. Ihr Unterschied zu den SklavenInnenhalterInnengesellschaften der klassischen Welt war, dass sie noch mehr und deutlichere Spuren der gemeinschaftlichen Verwandtschaftsgruppen aufwiesen, aus denen sie entstanden waren (z.B. die Idee, dass das Eigentum eher den Göttern gehörte als irgendwelchen Individuen und die

PriesterInnen nur deren Verwalter seien, oder auch die Möglichkeit für Frauen, einzelnen Aspekten ihrer Unterdrückung zu entkommen, indem sie sich in den Tempeldienst einkauften usw.).

Wir müssen Engels' Analyse hinzufügen, warum es die Frauen waren, die als Geschlecht untergeordnet wurden. Dies resultiert aus der Umwandlung der ursprünglichen JägerInnen- und SammlerInnen-Arbeitsteilung (die wiederum geprägt war durch die Rolle der Frauen in der Reproduktion, was sie für die Jagd weniger geeignet machte) von einer vorwiegend kooperativen in eine systematisch unterdrückerische. Die Ursache für diese Umwandlung ist in dem Konflikt zwischen der sich entwickelnden Familieneinheit und der Verwandtschaftsgruppe zu finden.

Eine Hauptidee bei Engels' Herleitung des Ursprungs der Frauenunterdrückung gründete sich auf Darwins Prinzip der natürlichen Auslese, das er in einem universell verallgemeinerten Inzesttabu verwirklicht sah. Folglich verstand Engels die Entwicklung der Menschheit als eine von voranschreitenden Stufen: beginnend mit der promiskuitiven Urhorde, über die Punalua-Familie und die Gentes zur Paarungsehe, die dem Patriarchat als günstige Voraussetzung für die gewaltsame Errichtung der monogamen Ehe entgegenkam. So fortschrittlich es auch von Engels war, die monogame Ehe als späteres Stadium der menschlichen Geschichte zu betrachten, so ist doch die von ihm vorgeschlagene Stufenfolge weit davon entfernt, universell gewesen zu sein. Bei diesem Punkt überwand Engels den biologischen Determinismus nicht vollständig, da er es nicht verstand, die Entwicklung von Produktion und Reproduktion mit dem Entwicklungsniveau der sozialen Strukturen in Verbindung zu setzen. Die Entwicklung der Familienformen muss genauso mit der historisch-materialistischen Methode untersucht werden wie die Sphäre der unmittelbaren Produktion, und nicht auf darwinistische Art. Inzest-Tabu und Heiratsregeln müssen gesellschaftlich

hergeleitet werden, d.h. vom Niveau der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen.

Mit diesen Abänderungen und Zusätzen können die Ursprünge der Frauenunterdrückung immer noch mit die Methode des dialektischen Materialismus, die Engels verwendet hatte, erklärt werden. Die Frauenfrage kann damit grundsätzlich als Klassenfrage verstanden werden.

2. Das Entstehen der Klassengesellschaft brachte (für die Frauen) die monogame Ehe mit sich. Die Formen der Ehe waren in den primitiven Gesellschaften verschieden. Paarungs- und Gruppenehen waren üblich. Im ersteren Fall war es im allgemeinen relativ leicht, die Ehe auf Wunsch eines Partners aufzulösen. Da das Ausmaß der sexuellen Freiheit in den Eheregeln der primitiven Gesellschaften sehr verschieden war, kann man nicht sagen, dass Monogamie die vorherrschende Norm war. Ihr Aufkommen als die vorherrschende Norm in den frühen Klassengesellschaften bezeichnet eine neue historische Periode sowohl für die Familie, als auch für die Frauen. Zur geschlechtlichen Arbeitsteilung wurde noch eine neue Dimension hinzugefügt, die die Frauenunterdrückung verstärkte und zu einem allgemeinen Merkmal dieser Unterdrückung in jeder folgenden Klassengesellschaft wurde. Das war die Dimension der Privatisierung der Hausarbeit in der individuellen Familieneinheit. Wie es die Anthropologin Eleanor Leacock ausdrückte:

„Die Unterordnung des weiblichen Geschlechtes hatte ihre Grundlage in der Umwandlung ihrer gesellschaftlich notwendigen Arbeit in eine private Dienstleistung, hervorgerufen durch die Trennung der Familie vom Clan. Es war in diesem Zusammenhang, dass die Haus- und anderen Arbeiten der Frauen unter Bedingungen der praktischen Sklaverei durchgeführt wurden“. (Einleitung zu Engels, Der Ursprung ..., englische Ausgabe, Lawrence & Wishart).

Trotz der massiven Ausweitung der Produktivkräfte seit der

Zeit der Kulturen des Altertums, sind Frauen immer noch Hausklavinnen.

In der SklavInnengesellschaft umfasste die Familie nicht nur (und auch nicht vorwiegend) die Eltern und deren Kinder. Im Griechenland des 5. Jahrhunderts war die Familie der neu aufkommenden herrschenden Klasse (große SklavInnenhalterInnen und Landbesitzer in Attica) um den Haushalt, den Oikos, herum organisiert. In diesem Rahmen führten die Frauen den Haushalt und webten (für den eigenen Verbrauch und für den Handel), während die Männer mit öffentlichen Angelegenheiten, Handel, Angelegenheiten des Staates usw. beschäftigt waren. Die Frauen wurden durch Gesetze im wesentlichen vom Handel ausgeschlossen. Während sie formal Eigentum besitzen durften, konnten sie dieses nicht kontrollieren. Kontrolle war etwas, das mit ihren Ehemännern verbunden wurde, oder, im Fall von Töchtern, die mangels Söhnen den Familienschatz erbten, mit männlichen Vormunden (Kyrios). Der Vater oder Vormund der Frau arrangierte Ehen, um Reichtum für die Familie zu gewinnen. Es ist überflüssig zu sagen, dass die Sklavinnen in den Händen dieses streng patriarchalen Systems unterdrückt wurden, indem sie einerseits zu ökonomischem Nutzen und andererseits zum sexuellen Vergnügen der Männer der herrschenden Klasse eingesetzt wurden. Ihnen wurden alle Rechte auf eine eigene Familie untersagt, da ja die Kinder der SklavInnen einfach Besitz der Herren waren.

Diese ökonomische Unterordnung war gepaart mit einem unbarmherzigen Regime in sozialen Fragen. Die Frauen in Athen (Sparta war weniger streng in seinen Gepflogenheiten, doch die KriegerInnenkultur unterdrückte die Frauen auf andere Weise) waren abgesondert in ihren eigenen Bereichen im Haushalt und wurden von ihren Männern als Gebärmaschinen betrachtet. Individuelle geschlechtliche Liebe spielte dabei keine Rolle. Ein zynischer griechischer Redner des 4. Jahrhunderts fasste die Einstellung der am höchsten entwickelten SklavInnenhalterInnengesellschaft (Athen) vor dem Römischen

Reich so zusammen: *„Wir begeben uns zu unseren Kurtisanen für unser Vergnügen, halten uns Konkubinen für unsere täglichen Bedürfnisse und heiraten Frauen, die uns legitime Kinder geben und treue Hüterinnen unserer Feuerstelle sind.“*

Im antiken Rom genossen die Frauen (der herrschenden Schicht) größere persönliche Freiheiten als ihre athenischen Vorfahrinnen. Jedoch heißt relative persönliche Freiheit auf manchen Gebieten nicht, dass die soziale Unerdrückung zu existieren aufhörte. In allen Grundzügen war die römische Familie, die familia, wie der Oikos ein Haushalt, in dem die Frauen für alle häuslichen Belange verantwortlich waren, über dessen Produkte sie aber keine unabhängige Kontrolle hatten.

Der Zusammenbruch des römischen Reiches und der langsame und schmerzliche Übergang zum Feudalismus veränderten die Familienstruktur beträchtlich. Der Triumph der Barbarei bedeutete: a) das Ende der Sklaverei als dominante Produktionsweise; b) die Fusion der barbarischen Familie, die im großen und ganzen noch harmonisch mit dem Clan existierte, mit der individuellen Familieneinheit des eroberten Reiches.

Über eine Periode von einigen Jahrhunderten entwickelte dieser Prozess eine neue Produktionsweise und eine neue Familienform. Der Feudalismus, eine Produktionsweise, die sich aus der Übergangsperiode entwickelte und die von bürgerlichen HistorikerInnen die „dunklen Jahre“ genannt wird, verwandelte das Claneigentum der germanischen Stämme in Eigentum der Feudalherren und -fürsten. Der Haushalt der Leibeigenen, der ein Stück Land auf einem der Feudalgüter bearbeitete, arbeitete kooperativ als Produktionseinheit und versuchte permanent den ihm verbleibenden Rest zu vergrößern, den er nach Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Feudalherren genießen konnte. Klarerweise war das Leben der Leibeigenen miserabel und die Feudalherren versuchten, ihnen alles außer den grundlegenden Subsistenzmitteln zu verweigern. Aber durch die Beendigung der Sklaverei als vorherrschender Produktionsweise und durch die Verwandlung der

Leibeigenenfamilie in einen produktiven Haushalt spielte der Feudalismus (eine dynamische agrarische Wirtschaft, verglichen mit dem späten römischen Reich und mit den primitiven landwirtschaftlichen Methoden der germanischen Clans) eine wichtige Rolle dabei, die Gesellschaft nach dem Zusammenbruch der Antike weiterzubringen.

In dieser Situation änderte sich die Form der Frauenunterdrückung. Für die Frau der herrschenden Klasse wird die Führung des Haushaltes zur Aufsicht über die DienerInnen und deren Einteilung und jener ist damit für die Wirtschaft weniger entscheidend als der Oikos oder die familia. Zusätzlich bekamen die Töchter der herrschenden Klasse einen großen Wert bei der Errichtung von Bündnissen, der Vergrößerung der Güter usw. durch die Heiratspolitik. Für die Leibeigenen andererseits war die Familie die grundlegende Produktionseinheit. Mann, Frau und Kinder bearbeiteten das Land gemeinsam, um den Lebensunterhalt für sich und den Überschuss für ihre Herren zu produzieren. Jedoch konnte die schon zuvor existierende Verdrängung der Frauen von der gleichwertigen Kontrolle über den Überschuss oder die Subsistenzmittel von den Leibeigenen nicht rückgängig gemacht werden. Die Ideologie der Feudalherren, verfeinert und ausgedrückt durch die Kirche, legte für alle Frauen einen niederen Status fest. Im mittelalterlichen Europa gab es für die Frauen aus unterschiedlichen Klassen ein durchaus verschiedenes Ausmaß an sexueller Unterdrückung. In der herrschenden Klasse war die ‚höfische Liebe‘ zwischen einer Frau und einem (adeligen oder ritterlichen) Mann im großen und ganzen toleriert. Auf der anderen Seite bedeuteten die Vorschriften der christlichen Moral für die große Masse der leibeigenen Frauen, dass jede sexuelle Aktivität außerhalb der Ehe, stigmatisiert wurde. Insbesondere Ehebruch wurde mit Folter oder gar dem Tode bestraft. Die Einführung bestimmter Regeln durch die Kirche, z.B. die Verpflichtung, zumindest jährlich die Beichte abzulegen (eine Maßnahme, die im Mittelalter eingeführt wurde), stellte sicher, dass die

ortsansässigen Priester direkt in das Privatleben der Leibeigenen eingreifen konnten. Natürlich war die Realität vielfältiger als die christliche Moralität. ‚Abweichende‘ sexuelle Aktivitäten, einschließlich jene der Priester, die sexuelle Beziehungen manchmal zu mehreren verheirateten Frauen des Ortes hatten, kamen oft ungestraft davon.

Leibeigene Frauen wurden noch immer als Besitz des Herren angesehen (ein eindeutiges Relikt der Sklaverei), und vielerorts im feudalen Europa waren die männlichen Leibeigenen gezwungen, ihre Bräute dem Lehensherren vorzustellen, damit dieser sein „Recht der ersten Nacht“ ausüben konnte. Die Erhaltung der privaten, häuslichen Sklaverei neben der gemeinschaftlichen, sozialen Produktion in ein und derselben Familie von Leibeigenen war der entscheidende Faktor für das Fortbestehen der Unterdrückung der großen Masse von Frauen während der feudalen Produktionsweise.

Der Haushalt der Leibeigenen konnte nur so lange überleben wie der Feudalismus selbst. Die Auflösung des Feudalismus führte schließlich zu einer Zerstörung der britischen BäuerInnenschaft. Grundbesitzer vertrieben die kleinen Pächter von ihrem Land und legten den Grundstein für die Bildung einer Klasse von freien ArbeiterInnen, ProletarierInnen. Ihres Landes beraubt, das sie gemeinsam bearbeiteten, hörten die BäuerInnenfamilien auf, Haushalte zu sein, die in die gesellschaftliche Produktion einbezogen waren (obwohl die Heimarbeit Aspekte des alten Haushalts während der frühesten Periode der Manufakturen beibehielt). In den Städten und Dörfern wurde die BäuerInnenfamilie während der industriellen Revolution untergraben, indem alle ihre Mitglieder in die Fabriken oder Bergwerke gebracht wurden. Und zwar als vereinzelte ProletarierInnen, die für einen Unternehmer anstatt für die Aufrechterhaltung des Haushalts arbeiteten. Obwohl der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus nicht in jedem Land diesem britischen Modell gefolgt ist, waren dessen wesentliche Züge und die Auswirkungen auf das Wesen der

Familie überall die gleichen.

In den deutschen Landen und in Mitteleuropa z.B. hatte ein größerer Teil der Leibeigenen, der als Gesinde am Gutshof arbeitete, gar keine Familien. Der Feudalherr hatte das Recht, eine Ehe zu erlauben, zu verbieten oder sie zu verlangen. Erst der Kapitalismus löste diese Fesseln an persönlicher Abhängigkeit auf. Dies führte zu losen Formen von sexuellen Beziehungen, was eine gewaltige Bevölkerungsexplosion hervorrief. Erst später gewährte ihnen der kapitalistische Staat das gesetzliche Recht auf sexuelle Aktivität, aber nur dadurch, dass ihnen die bürgerliche, monogame Ehe aufgezwungen wurde.

Die Muster von Entwicklung und Übergang, die hier beschrieben wurden, gelten hauptsächlich für Europa. Die Formen und das Ausmaß an Unterordnung der Frauen außerhalb Europas hingen natürlich von den verschiedenen gesellschaftlichen Strukturen ab, die jeweils existierten (z.B. in der asiatischen Produktionsweise). Nichtsdestotrotz ist die Unterdrückung der Frau, die in ihrer Position innerhalb der Familie ursächlich angesiedelt ist, allen Klassengesellschaften gemeinsam.

3. Der industrielle Kapitalismus revolutionierte den Charakter der menschlichen Produktion und mit ihr die spezifische Form der Frauenunterdrückung. Der Haushalt hörte auf, die grundlegende Produktionseinheit zu sein, und wurde ersetzt durch die kapitalistische Fabrik und den kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieb. Die ArbeiterInnenfamilie produzierte nicht mehr die Subsistenzmittel für sich selbst, ihr gehörten die Produktionsmittel nicht mehr. Der Kapitalismus hatte also das Proletariat geschaffen, das nichts besitzt außer seine Fähigkeit zu arbeiten. Der Verkauf der Arbeitskraft wurde die einzige Möglichkeit für das Proletariat zu überleben. Die Einführung von Maschinen in der Industrieproduktion erlaubte es allen Teilen der ArbeiterInnenklasse – egal welchen Geschlechts oder Alters, im Produktionsprozess nützlich zu sein.

In der frühen Periode des industriellen Kapitalismus, der zuerst in England am deutlichsten entwickelt war, brachen die neuen Produktionsverhältnisse die alten Formen der Familie und des Haushaltes auf, indem sie alle Mitglieder in die Fabriken und Mühlen zogen. Der Fähigkeit der ArbeiterInnen zu überleben und sich zu reproduzieren, wurde durch diese Entwicklung geschadet, da die für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Zeit für Hausarbeit von der kapitalistischen Produktion aufgebraucht wurde. Dies führte zu ArbeiterInnenkämpfen um die Länge des Arbeitstages und die Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit.

Obwohl der Haushalt als grundlegende Produktionseinheit durch den Kapitalismus zerstört worden war, blieb die Familie weiterhin bestehen, als Mittel, wodurch die neue Klasse von Proletariern sich selbst und ihre Arbeitskraft reproduzierte. Der Kapitalismus untergrub die Fähigkeit des Proletariats, dies zu leisten. Er untergrub die Familie selbst, indem er jedes Mitglied jeder proletarischen Familie zwang, unter erschreckenden Bedingungen über lange Stunden hinweg zu arbeiten. Angesichts des entschlossenen Kampfes des Proletariats erkannten Teile der KapitalistInnenklasse die Notwendigkeit zu handeln.

Objektiv war die Erhaltung der proletarischen Familie als Mittel zur Reproduktion der Arbeitskraft und des Proletariats selbst im Interesse der UnternehmerInnen. Das Profitinteresse machte die KapitalistInnen jedoch blind gegenüber ihren eigenen langfristigen objektiven Interessen. Nur wenn die Aktion der ArbeiterInnenklasse Brüche in ihren eigenen Reihen erzeugt, sind Teile der herrschenden Klasse gezwungen, die Widerstände „reaktionärer“ UnternehmerInnen zu überwinden und Reformen zu gewähren, die entworfen wurden, um die Herrschaft des Kapitals selbst zu bewahren. Daher beugte sich im 19. Jahrhundert in Großbritannien, dem Prototyp des modernen Industriekapitalismus, die liberale Bourgeoisie dem Druck des Proletariats und gewährte eine Reform, da sie selbst deren

Notwendigkeit einsah.

Es gab nichts Automatisches bei diesem plötzlichen Ausbruch der „Aufklärung“ des Kapitalismus, als er eine Gesetzgebung zugestand, die den Arbeitstag einschränkte. Er war gespalten und gewährte eine Reform, um noch Schlimmeres zu verhüten – die revolutionäre Aktion der ArbeiterInnenklasse. Daher erkannte Marx richtig diese Gesetzesreformen als einen entscheidenden Sieg für die politische Ökonomie der ArbeiterInnenklasse an. Die Einführung der Gesetze, die die Länge des Arbeitstages für alle ArbeiterInnen begrenzten und speziell die Arbeit von Frauen und Kindern beschränkten, gewährten der ArbeiterInnenklasse die für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Zeit. Dies war ein Faktor, der die Verankerung der Frauen in der Produktion schwächte und ihnen die Verantwortung für die Hausarbeit zuwies. Das Resultat war, dass die Familieneinheit, die durch die Brutalität der frühen Industrialisierung zerrüttet worden war, reformiert wurde, und zwar mit der veränderten und beschränkten Funktion, die Arbeitskraft zu reproduzieren. Daraus folgte nicht der völlige Ausschluss der Frauen aus der sozialisierten, kapitalistischen Produktion, aber es hatte zur Folge, dass diese eine sekundäre Rolle spielten und gleichzeitig eine flexible Reservearmee darstellten.

In Großbritannien verwendeten in der Periode von Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts Teile der ArbeiterInnenaristokratie in den Facharbeiter Innengewerkschaften die Durchsetzung der Schutzbestimmungen und den Wiederaufbau der Familie dazu, die Frauen von der Produktion weiter gehend auszuschließen, als für die Reproduktion der Klasse notwendig gewesen wäre. So war die Fabrikgesetzgebung sowohl progressiv als auch für die ArbeiterInnenklasse notwendig, durchgeführt wurde sie aber auf Kosten der Frauen, die dadurch keine große Rolle im beschäftigten Arbeitskräftepotential spielen konnten. Die Familie wurde zum einzigen physischen und sozialen Überlebensmittel der ArbeiterInnenklasse im brutalen,

kapitalistischen System und deshalb von der Klasse verteidigt. Sie war jedoch auch ein Gefängnis für die Frau. Sie war als Mittel zur Reproduktion der Arbeitskraft institutionalisiert worden. Dies bedeutete, dass die bereits existierende Trennung zwischen Hausarbeit und gesellschaftlicher Produktion verschärft und die Unterdrückung der Frauen dadurch verstärkt wurde. Die proletarische Familieneinheit war daher in dieser Periode zutiefst widersprüchlich (und bleibt dies bis heute). Auf der einen Seite war sie der einzige Platz, wohin sich die ArbeiterInnen – Männer wie Frauen – zu physischer Regeneration, Entspannung und emotionaler Unterstützung zurückziehen konnten. Auf der anderen Seite zerstörte ihre zwangsläufig unterdrückerische Struktur sehr oft ihre Fähigkeit, diese Bedürfnisse wirklich zu befriedigen. Sie war daher nur ein beschränkter Schutz gegen die kapitalistische Verwüstung.

In Ländern wie England war es der ArbeiterInnenaristokratie aufgrund ihres Wohlstandes möglich, zu Hause reine Hausfrauen zu haben, das ‚Ideal‘ der bürgerlichen Familie imitierend. Durch die ArbeiterInnenaristokratie wurde dieses Ideal in die ganze ArbeiterInnenklasse hineingetragen. Die Verteidigung dieses Ideals wurde auf das Banner des politischen Reformismus geschrieben. Die Verteidigung der Familie als Mittel zum Überleben wurde also durch die reformistischen Führer, deren Basis die Aristokratie des Proletariats war, in eine Verteidigung des reaktionären, bürgerlichen Ideals der Familie umgewandelt. Dies erklärt teilweise, warum, entgegen den Erwartungen von Marx und Engels, die Familie des Proletariats nicht verschwand. Ein anderer Grund jedoch bestand darin, dass der Kapitalismus selbst keine andere gesellschaftliche Struktur entwickeln konnte, die fähig zur Erfüllung seiner Bedürfnisse hinsichtlich der Arbeitskraft gewesen wäre.

Mit der Herausbildung des Kapitalismus im Weltmaßstab und im speziellen mit der Entwicklung des Imperialismus wurde die Zerstörung der Familie, die ein Erbe vorkapitalistischer

Perioden ist, wiederholt. Der Kapitalismus hat im Laufe seiner Entwicklung ständig sein Familienideal widerlegt. Unter Bedingungen, wie dem afrikanischen Sklavenhandel nach Amerika, kam es zur völligen Zerstörung der Familie und auch der Familienideologie. In den imperialisierten Ländern werden in Zeiten schneller Industrialisierung Männer, Frauen und Kinder in die Lohnarbeit gezogen, mit geringem Arbeitsschutz und kaum einer Rücksichtnahme auf deren Möglichkeit, Heim und Familienleben aufrechtzuerhalten. In ähnlicher Weise unterminieren in industrialisierten Ländern in Krisenzeiten Arbeitslosigkeit, Armut und die physische, durch Wanderarbeit verursachte Trennung von Familien die bürgerliche Familiennorm. Jedoch anerkennt der bürgerliche Staat das allgemein- gesellschaftliche Interesse der Bourgeoisie an der Aufrechterhaltung der Familie und ‚modernisierende‘ Staaten propagieren das Ideal der Familie, während sie oft in der Praxis deren Fähigkeit, als Einheit zur Reproduktion der Arbeitskraft zu dienen, aushöhlen. In Südafrika werden Familien physisch geteilt, um die Ausbeutung der schwarzen ArbeiterInnen zu ermöglichen. Mit faktisch keinen sozialen Einrichtungen, die die ArbeiterInnenfamilie schützen, wird sie in den Barackensiedlungen und Ghettos zerrissen, die die städtischen Industriezentren der Halbkolonien umgeben. Von den Banden heimatloser und Essen suchender Jugendlicher in Sao Paulo und Mexiko City bis zu den unbarmherzig ausgebeuteten Kindern, die als Halbsklaven in den Ausbeuterbetrieben Thailands arbeiten, reichen die Beweise für die Bereitschaft des Kapitalismus, die ArbeiterInnenfamilie dem übermäßigen Profit zuliebe zu opfern.

Nur der Kampf der ArbeiterInnenklasse kann diesen brutalen Prozess aufhalten. Marx erkannte den Sieg der europäischen ArbeiterInnen, sich die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages zu sichern (eine Schutzmaßnahme, die den Wiederaufbau der Familie ermöglichte) als Sieg für die politische Ökonomie der ArbeiterInnenklasse über die KapitalistInnen an. So ein Sieg ist in den Halbkolonien

notwendig, aber seine Erringung wird unlösbar verbunden sein mit der Zerstörung der imperialistischen Dominanz durch die Erlangung der ArbeiterInnenmacht. Das wiederum stellt sicher, dass die ArbeiterInnenklasse nicht Zuflucht in der bürgerlichen Familie sucht, in der die Frau versklavt ist.

4. Die Familie der Bourgeoisie bildete sich im Kapitalismus mit einer anderen Rolle heraus. Ihre primären Funktionen sind die Reproduktion der nächsten Generation der herrschenden Klasse und die patrilineare Übertragung des Wohlstandes. Dies verlangte die fortgesetzte Kontrolle über die weibliche Sexualität, und die Monogamie für die Frau blieb erforderlich, da die Vaterschaft des Mannes garantiert werden musste. Die bürgerliche Familie wurde oft verwendet, um die Anhäufung von Kapital in den reichsten Familien zu sichern. Die bürgerliche Ehe war von der Ehe vorangegangener Epochen verschieden. Bis zum Triumph des Kapitalismus wurde die Heirat immer von anderen Leuten als den dabei betroffenen EhepartnerInnen arrangiert. Sogar bis heute sind arrangierte Ehen in einer Anzahl von halbkolonialen Ländern vorherrschend. Dies ist ein Zeichen der Rückständigkeit solcher Länder, in der sie in der Epoche des Imperialismus gefangen bleiben.

Für die entstehende Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts wurden die arrangierten Heiraten durch Eheverträge ersetzt, einen Vertrag, der von zwei freien Individuen, die sich selbst entschieden hatten, wer ihr/e PartnerIn sein sollte, unterzeichnet wurde. Um dieses neue Arrangement in ihrem Kampf gegen die Feudalaristokratie zu rechtfertigen, griff die Bourgeoisie die Vorstellung der individuellen Geschlechtsliebe als Motiv für die Heirat auf und romantisierte sie. Diese Vorstellung war jedoch eine heuchlerische Verkleidung für die wirklichen Motive der aufstrebenden Bourgeoisie. Sie versorgte sie mit einem moralischen Schutz gegen die „ausschweifende“ Aristokratie und befähigte sie gleichzeitig, der monogamen Ehe ihren eigenen, besonders gemeinen Stempel aufzudrücken.

Der „Vertrag“, den beide Parteien frei eingingen, besiegelte

die Vorherrschaft des Mannes innerhalb der Familie und garantierte, dass die individuelle Geschlechtsliebe das Mittel war, um die Treue einer Ehefrau in der Ehe sicherzustellen. Der Vertrag ließ aber dem Mann die Freiheit, individuelle Geschlechtsliebe mit anderen Frauen (und als sich der Kapitalismus entwickelte, v.a. mit Prostituierten) zu praktizieren. Die frühen Entwicklungsstadien des Kapitalismus schlossen auch bürgerlich-demokratische Revolutionen ein, welche die wirtschaftlichen und politischen Fesseln, die die kapitalistische Produktion behinderten, zerbrachen. Diese Revolutionen proklamierten die „Menschenrechte“ (Rights of MEN), haben jedoch bis jetzt ziemlich dabei versagt, die „Gleichheit der Frau“ in der Praxis zu verwirklichen, obwohl bürgerliche Revolutionäre gelegentlich bereit waren, sie auf ihre Fahnen zu schreiben, um die Unterstützung des gesamten Volkes zu erlangen.

Die weiterhin bestehenden gesetzlichen Beschränkungen versagten den Frauen viele Dinge, z.B. ihr Recht, Eigentum zu besitzen und zu kontrollieren, ihr Stimmrecht, ihr Recht, ein Staatsamt auszuüben, ihr Recht auf Scheidung, auf Zugang zu Bildung, zu qualifizierten Berufen und zu verfügbaren Methoden der Kontrolle ihrer eigenen Fruchtbarkeit. Das stand im Widerspruch zu den erklärten Idealen der bürgerlichen Demokratie.

Der Kampf für diese Rechte war die Basis für die bürgerlichen Frauenbewegungen des späten 19. Jahrhunderts. Trotz Ausnahmen reflektiert der allgemeine Widerstand der herrschenden Klasse, diese beschränkten Rechte auch nur den Frauen ihrer eigenen Klasse zu gewähren, ihre Notwendigkeit, jene Familienform zu verteidigen, die die Erben ihres Eigentums produzierte. Zugleich zeigte dies ihren Widerwillen, demokratische Rechte auszuweiten, die von den untergeordneten Klassen wahrgenommen und dann im Kampf gegen die Bourgeoisie verwendet werden könnten.

In den meisten imperialistischen Ländern wurden den Frauen im

Laufe des 20. Jahrhunderts viele, wenn nicht alle formalen, gesetzlichen, demokratischen Rechte gewährt. Die gesetzlichen Rechte bleiben aber beschränkt und sind häufig Angriffen ausgesetzt, sobald kapitalistische Krisen die Bourgeoisie dazu treibt, die Ideologie der Familie und die ungleiche Stellung der Frauen zu verstärken. Während das primär erforderlich ist, um sicherzustellen, dass die ArbeiterInnenfamilie wachsende Verantwortung für ihre Mitglieder übernimmt, kann es sein, dass die bürgerliche Frau als Beispiel für die „natürliche“ Familienrolle gebraucht wird. Die Rechte, die die bürgerlichen Frauen errungen haben, bewirken keine wirkliche Gleichheit, nicht einmal für sie selbst, da sie es versäumten, den Kern ihrer eigenen Unterdrückung, und damit auch den der Arbeiterfrau, anzugreifen, der immer noch die Existenz der Familie ist.

Die systematische Unterdrückung der Frauen im Kapitalismus

5. In der kapitalistischen Produktionsweise leiden alle Frauen unter der Unterdrückung. Das ist das Ergebnis ihrer ungleichen Stellung in der Produktion. Für die überwältigende Mehrheit der Frauen, d.h. jene der ArbeiterInnenklasse, ist die Unterdrückung ein Resultat ihrer Verpflichtungen in der Familie. Die materielle Wurzel ihrer Unterdrückung ist die fortgesetzte Existenz der Haussklaverei. Die Zuordnung der Aufgabe, die Kinder zu versorgen und einen Haufen Arbeiten im Haushalt zu erledigen, führt bei den Frauen dazu, dass es ihnen nicht möglich ist, eine volle und gleichwertige Rolle in der sozialisierten Produktion zu spielen. Frauen sind entweder ausgeschlossen vom sozialen Leben, eingeschlossen im Haushalt, oder, wenn sie in die gesellschaftliche Arbeit miteinbezogen sind, geschieht das oft in Bereichen, die eng mit der häuslichen Wirtschaft und den dazugehörigen Fähigkeiten verbunden sind.

So ist in den imperialistischen Hauptländern trotz der Anwesenheit einer großen Zahl von Frauen in der Industrie „Frauenarbeit“ überwiegend in Bereichen wie Einzelhandel, Bekleidung, Verpflegung, Sozial-, Gesundheits- und Reinigungswesen etc. zu finden. Wo Frauen in Fabriken und Büros neben Männern arbeiten, sind sie im allgemeinen beschränkt auf ungelernte, angelernte und schlechtbezahlte Sektoren. Die Erziehung und Ausbildung von Frauen und Mädchen soll diese „Spezialisierung“ verstärken. Vor allem wird die Familie als Zentrum dargestellt, als oberste Verantwortung der Frau, der die Lohnarbeit untergeordnet ist.

Das Bild in den Halbkolonien ist einigermaßen anders. Der Imperialismus gründet sich auf der Überausbeutung solcher Länder und ist in Zusammenarbeit mit räuberischen einheimischen KapitalistInnen sehr wohl bereit, Frauen in großer Zahl zu beschäftigen und sie lange Stunden für sehr geringe Bezahlung in der verarbeitenden Industrie arbeiten zu lassen. Diese ‚Subversion‘ seiner eigenen ideologischen Ansichten über die Rolle der Frauen ist für die Superprofite des imperialistischen Kapitals notwendig und wird durch die politische und wirtschaftliche Beherrschung der halbkolonialen Länder aufgewogen.

Die Jobs, die Frauen haben, bleiben trotz der steigenden Zahlen auf wenige Bereiche beschränkt. Frauen arbeiten selten neben Männern mit gleichem Rang. Lohn und Arbeitsbedingungen reflektieren diese Abtrennung, so dass die Gesetze für die Lohngleichheit die Durchschnittslöhne der Frauen in den meisten Ländern nicht wesentlich verbessert haben. In manchen Ländern nahm der durchschnittliche Lohn für Frauen in Ganztagsstellungen relativ zu dem der Männer in den letzten 15 Jahren sogar ab. Im öffentlichen Sektor gibt es eine große Zahl von nichtmanuellen weiblichen Angestellten, die in den niedrigsten Angestelltenschichten konzentriert sind. In manchen Ländern gab es einen Anstieg der Frauenbeschäftigung hauptsächlich im Teilzeitbereich, der mit den häuslichen

Verpflichtungen in Übereinstimmung gebracht werden kann, aber die Frauen auch auf niedere Löhne und schlechte Bedingungen (wie zum Beispiel große Arbeitsplatzunsicherheit) beschränkt. In anderen Ländern ist der Anstieg der Teilzeitarbeitern nicht so signifikant (z.B. in Frankreich), und es gibt ein höheres Niveau an staatlicher Kinderfürsorge, das es Frauen mit kleinen Kindern zu arbeiten erlaubt.

6. Die Familie der ArbeiterInnenklasse ist im Wesentlichen der Bereich, in dem die Ware Arbeitskraft reproduziert wird; und zwar sowohl durch die tagtägliche Wiederherstellung der Arbeitskraft jeder Arbeiterin/jedes Arbeiters – als auch durch die Aufzucht künftiger ArbeiterInnengenerationen. Die notwendige Arbeit zur Produktion der Arbeitskraft wird im Haus, d.h. außerhalb der vergesellschafteten Produktion, verrichtet. Diese Hausarbeit wird hauptsächlich von Frauen verrichtet, für die diese keine direkte Bezahlung bekommen. Die ArbeiterInnenklasse als Ganzes erhält einen Lohn, der die Reproduktion der Arbeitskraft beinhaltet. Wo eine Frau selbst nicht lohnabhängig beschäftigt ist, wird angenommen, dass der Lohn ihres Mannes für die ganze Familie verwendet wird. Dies führt zu einer extremen ökonomischen Abhängigkeit der nicht entlohnten Frauen von ihren Männern. Die Arbeitsteilung zwischen der Hausarbeit und der restlichen vergesellschafteten Arbeit für das Kapital in den Fabriken etc. und das unterschiedliche Gewicht der Monogamieforderung für Männer und Frauen sind die Wurzeln der ungleichen Stellung der Frau.

Der Charakter der Hausarbeit ist im allgemeinen wiederholend, arbeitsintensiv und wird von der Frau in Isolation von anderen, die in einer ähnlichen Situation sind, verrichtet. Das führt dazu, dass sie vom sozialen Charakter der Arbeit im Kapitalismus abgetrennt sind. Dieser ist aber grundlegend für die Entwicklung der ArbeiterInnenklasse zu einer kollektiven bewussten Klasse, die fähig ist, soziale Veränderungen durchzuführen. Dies ist auch der Fall bei Frauen, Kindern und wenigen Männern, die mit Heimarbeit beschäftigt sind. Diese

Arbeiten sind normalerweise aufreibend, werden oft zusätzlich zur Hausarbeit gemacht und beinhalten eine übermäßige Ausbeutung der HeimarbeiterInnen. Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, die im Haushalt verrichtete Arbeit systematisch zu sozialisieren. Obwohl viele Elemente der Arbeit, die früher im Haushalt verrichtet wurden, die die Erzeugung von Kleidung oder die Zubereitung von Essen, im Kapitalismus in profitable Industrien umgewandelt wurden, wurde anderen Elementen der Hausarbeit, wie der Sorge um Kinder, Kranke und andere abhängige Familienmitglieder, in vergesellschafteter Form nie genügend Rechnung getragen. Es ist dieser Bereich der Hausarbeit, den der Kapitalismus nicht vollständig sozialisieren kann. Das Potential, sie zu vergesellschaften, existiert ganz offensichtlich. Während des 2. Weltkrieges war die KapitalistInnenklasse in Britannien und den USA durch ihren Staat bereit und fähig, für Kindergärten, Gemeinschaftskantinen, Wäschereien usw. zu bezahlen, damit die Arbeiterinnen voll in den Betrieben eingesetzt werden konnten, während die Männer in der Armee waren. Solche Perioden sind im Kapitalismus jedoch Ausnahmen. Würden solche Maßnahmen zur Norm, wäre der Abfluss vom gesamten Mehrwert in der kapitalistischen Gesellschaft größer, als sie ertragen könnte. Die Leistungen, die zu liefern sie manchmal gezwungen ist, wie medizinische und soziale Versorgung, sind in Gefahr, sobald eine Krise die Bourgeoisie zwingt, den „sozialen Lohn“ der ArbeiterInnenklasse zu kürzen.

Ein anderer Grund, warum der Kapitalismus die Hausarbeit nicht vollständig vergesellschaften kann und will, besteht darin, dass dies unabhängig davon, ob er es sich leisten kann oder nicht, die Familie komplett untergraben würde. Die Familie ist keine bloße Dekoration für den Kapitalismus. Sie ist eine gesellschaftliche Struktur, innerhalb der die Unterdrückung der Frauen und Jugendlichen verewigt wird und aufgrund der die Diskriminierung der Lesben und Schwulen stattfindet. Sie ist fundamental für die Existenz des Kapitalismus selbst.

7. Seit dem 2. Weltkrieg hat der Anteil der Frauen, die außerhalb des Heimes arbeiten, in den imperialistischen Ländern drastisch zugenommen. Der wachsende Anteil der Frauen, die in die Produktion gezogen werden, hat die Tendenz, einige Aspekte der Frauenunterdrückung auszuhöhlen, indem den Frauen, die (lohn)arbeiten, etwas wirtschaftliche Unterstützung und sozialer Kontakt mit dem Rest der Klasse gegeben wird. Jedoch hat diese Tendenz die fundamentalen Merkmale der Frauenunterdrückung, die auf der fortgesetzten Existenz der Familie als Bereich der privaten Arbeit für die Reproduktion der Arbeitskraft beruht, nicht geändert. Da die Frauen noch immer für das Aufziehen der Kinder verantwortlich sind und noch immer die meisten Hausarbeiten erledigen, blieb das auch ihre oberste Verantwortung. Es gibt keine Alternative. Der Staat hat gewisse Dienstleistungen bereitgestellt, wie Schulen, Kindergärten, Spitäler usw., um den Frauen manche ihrer Aufgaben abzunehmen, die sie früher im Haushalt zu erfüllen hatten. Aber keine dieser Einrichtungen hat die Notwendigkeit einer zentralen Person ersetzt, die sich um das Wohlbefinden der anderen kümmert. Die Tatsache, dass Frauen diese Rolle weiterhin spielen müssen, bedeutet, dass ihre Fähigkeit, im Arbeitspotential gleichwertig teilnehmen zu können, eingeschränkt ist.

Frauen müssen sich nicht nur für die Geburt frei nehmen, sondern auch, um auf kleine Kinder während der Schulferien aufzupassen, um sich um kranke Familienmitglieder zu kümmern usw. Die Tatsache, dass so viele Frauen mit Abhängigen arbeiten, zeigt, dass sich die Verantwortung der Frau im Haushalt nicht verringert, sondern dass vielmehr die Abhängigkeit der ArbeiterInnenfamilie vom Einkommen zweier Erwachsener anwächst, während sie früher zumindestens periodenlang mit einem Einkommen auskam. Frauen mit Kindern müssen arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen. Die Arbeit, die sie verrichten, ist im allgemeinen an die Verpflichtungen im Haushalt angepasst – die Schichten, die Frauen arbeiten, nachts, abends oder während der Schulzeit – erlauben es den

Frauen, ihre beiden Rollen so gut wie möglich zu vereinen, aber auf Kosten der Freizeit für sich selbst und für die Familie. Wenn ein Kind krank oder ein Verwandter abhängiger wird (wie ältere und Invaliden), so ist es zumeist die Frau, die ihre Arbeit aufgeben muss.

8. Die Familie spielt noch eine andere wichtige Rolle für den Kapitalismus: Sie ist die Institution, durch welche die Ideologie des Kapitalismus in die ArbeiterInnenklasse getragen wird. Sie ist jene gesellschaftliche Struktur, in der am Modell patriarchalischer Autorität und weiblicher Unterdrückung Disziplin, Gehorsam, Kritiklosigkeit, Autoritätshörigkeit und Unterordnung gegenüber gesellschaftlicher Herrschaft den Kindern von klein auf eingeprägt und anezogen werden und im Alltagsleben der Ehepartner tagtäglich die Erneuerung und Bestätigung dieses Untertanenverhältnisses passiert. Die Familie unterdrückt Widerständigkeit und vermittelt Konformität mit der bürgerlichen Moral. In der patriarchalischen Familie findet die erste Identifikation mit den jeweiligen Geschlechtsrollen statt. Die Misshandlung von Frauen und Kindern in der Familie und deren Tolerierung durch die bürgerliche Gesellschaft ist auch ein Mittel, ihnen reaktionäre Moral, unterdrückerische Sexualität und Geschlechtsrollen in der Familie aufzuzwingen. Die Unterdrückung von Sexualität ist ein integraler Teil der frühen Charakterentwicklung und spielt daher eine Schlüsselrolle bei der Verankerung der bürgerlichen Ideologie und Passivität in den Köpfen der Beherrschten. Sexuelle Unterdrückung passiert in der Einübung geschlechtsspezifischen Sozialverhaltens, der Leugnung der kindlichen Sexualität, der Diskriminierung der weiblichen Sexualität und der Unterdrückung der Homosexualität. Obwohl der ideale Familienkern nicht die überwiegende Familieneinheit ist, wird von Kirche, Staat, Massenmedien und Schulen als Modell gepriesen, das angestrebt werden soll. Die Rolle der Familie als Überträger der Ideologie wird dadurch effektiver gemacht, dass sie der „Hafen“, im speziellen der ArbeiterInnenklasse ,

eine Quelle des Komforts, der geistigen und materiellen Hilfe, eine Verteidigung gegen die Verwüstungen der kapitalistischen Gesellschaft ist oder zu sein scheint.

Wir weisen den Gedanken zurück, dass Frauen in der Familie objektiv ihre eigene Unterdrückung schaffen oder bewusst im Einverständnis mit ihr sind. Ihre isolierte Situation im Haushalt trennt die Frauen der ArbeiterInnenklasse und macht sie anfällig für rückständige Ideen, die täglich in Presse, Radio und Fernsehen verkündet werden. Deshalb äußern Hausfrauen, deren Horizont durch die unmittelbaren Bedürfnisse der Familie begrenzt ist, oft reaktionäre Ideen und spielen eine zentrale Rolle bei der Übermittlung dieser rückständigen und unterdrückerischen Ideen gegenüber ihren Kindern. Diese werden von den Müttern gemäß den sexistischen Regeln, die von der kapitalistischen Gesellschaft festgelegt werden, aufgezogen. Dies ist jedoch ein Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Position und nicht eines bewussten Einverständnisses, sondern eher eine Rückständigkeit, geboren aus ihrer Unterdrückung.

Aber dies darf nicht über das wahre Machtverhältnis in der Familie hinwegtäuschen. Es ist die väterliche Autorität, gestützt durch Schule, Kirche und herrschende Kulturnormen, die die Erziehung der künftigen Generation hauptsächlich bestimmt, auch wenn die Mutter den Großteil der praktischen Erziehungsarbeit leistet. Ein weiterer Aspekt, der zur politischen Rückständigkeit von Frauen beiträgt und von dem die Nur- Hausfrauen am stärksten betroffen sind, ist, dass ihre Männer (auch die politisch aktiven) mehrheitlich ihre Teilnahme an politischen Organisationen und dem politischen Kampf behindern, wenn nicht überhaupt zu verhindern suchen. Die politische Rückständigkeit von Hausfrauen ist aber genauso wie der männliche Chauvinismus ohne Massenbewegung für eine sozialistische Revolution, oder die Revolution selbst, deren Einfluss direkt in die Familie hineinreichen würde und die sich mit Frauen und Kindern im Kampf gegen patriarchalische

Verhältnisse auf eine Seite stellen würde, für die Mehrheit unvermeidlich.

9. Die Auferlegung der Monogamie für die Frauen, die mit der Entwicklung des Privateigentums und der Klassengesellschaft kam, bedeutete, dass die Frauen sexuell, ebenso wie sozial, unterdrückt werden. Die Monogamie, die auch von den Frauen der ArbeiterInnenklasse verlangt wird, ist notwendig, um eine stabile Familieneinheit zur Reproduktion der Arbeitskraft aufrechtzuerhalten. Das monogame Modell der bürgerlichen Familie, das für die herrschende Klasse zur Weitergabe des Reichtums notwendig ist, wurde so der ArbeiterInnenklasse auferlegt, allerdings mit einer unterschiedlichen sozialen Funktion. Die sexuelle Unterdrückung ist in erster Linie eine Folge (nicht eine Ursache!) der Unterordnung der Frauen in der Klassengesellschaft. Das gleiche trifft für unser Verständnis des Aufbaus der Geschlechtsrollen zu. Obwohl die Prozesse, durch die Geschlechtsrollen geschaffen werden, eine tiefe psychologische Auswirkung auf die Leute haben und oft durch eine Vielfalt subtiler psychologischer Mittel ausgeführt werden, können sie nicht durch rein psychologische oder therapeutische Methoden überwunden werden. Es ist utopisch zu glauben, dass eine sozial-psychologisch befreiende Praxis innerhalb der Partei oder anderer ArbeiterInnenorganisationen die tiefen Widersprüche, die vom Aufbau der Geschlechtsrollen in der kapitalistischen Gesellschaft herrühren, lösen kann.

Diese Geschlechtsrollen dienen zuallererst einem gesellschaftlichen Zweck. Sie sind notwendige Mittel, um die Familie im Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Wenn dies nicht verstanden wird, werden wir in einen Kampf zur Schaffung der perfekten Persönlichkeit, frei von den Zwängen einer künstlich geschaffenen Geschlechtsrolle auf rein individueller Grundlage, verfallen. Dies ist utopisch und spalterisch. Obwohl es notwendig ist, einige der Zwänge unserer Geschlechtsrollen zu überwinden, um uns zu besseren KämpferInnen gegenüber dem Kapitalismus zu machen

(Fähigkeiten, die im allgemeinen eher aus der kollektiven Solidarität herrühren, als von den Anstrengungen individuellen Wollens oder psychologischer Behandlung), werden unsere Persönlichkeiten die Wunden der Gesellschaft, in der wir leben, behalten. Wir müssen diese Gesellschaft verändern, bevor wir hoffen können, unsere Persönlichkeiten vollständig umzuformen, und die materielle Basis der Geschlechtsrollen, die der Kapitalismus uns auferlegt hat, zerstören.

Sexuelle Unterdrückung und Charakterbildung sind aber zugleich auch Mittel, um die Klassengesellschaft insgesamt zu erhalten. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Erzeugung von Unterordnungsbereitschaft und Autoritätshörigkeit. Sexuelle Unterdrückung spielt auch durch die Verwandlung klassenkämpferischer Aggressionen in Frustration und sogar Neurosen eine rückschrittliche Rolle. Dies findet in verschiedenen Formen von, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus, irrationalen Verhalten und einer Passivität gegenüber reformistischen FührerInnen seinen Ausdruck. Wenn auch solche psychologische Faktoren eine gewisse Rolle spielen, so darf doch das ‚falsche Bewusstsein‘ der ArbeiterInnenklasse nicht auf Psychologie reduziert werden. Die atomisierenden Effekte des Kapitalismus und die demoralisierenden Wirkungen der ReformistInnen sind für uns die entscheidenden politischen Ansatzpunkte.

Deshalb weisen wir die Behauptung vieler FeministInnen zurück, dass die wichtigsten Bereiche im Kampf für die Befreiung die Themen rund um die Sexualität sind. Diese Anschauung führt zu einer Hervorhebung persönlicher Politik, zu einem Glauben an individuelle Lösungen der Unterdrückung und zu utopischen Konzepten für die Befreiung. Überdies ist es eine Anschauung, die die medizinische Wissenschaft, im speziellen die Psychoanalyse, als gleichwertiges, wenn nicht sogar als dem Klassenkampf überlegenes Mittel zur Beendigung der Unterdrückung darstellt.

MarxistInnen ignorieren nicht die wertvollen Beiträge zum

menschlichen Verstehen, die die Fortschritte auf dem Gebiet der Psychologie gebracht haben. Persönliche Probleme können durch verschiedene Formen der psychologischen Behandlung vermindert werden. Jedoch bestehen wir darauf, dass psychologische Einsichten die fundamentalen sozialen Widersprüche, die tatsächlich zu persönlichem und sexuellem Unglücklichsein führen, nicht lösen können. Der Schlüssel zum Verständnis dieser Widersprüche und zu ihrer Lösung liegt im Studium der Klassengeschichte. Fallstudien von Individuen müssen in ihrem historischen Zusammenhang verstanden werden und haben einen ergänzenden Wert bei der Ausrottung der sexuellen Unterdrückung.

Das gleiche gilt für massen- und politisch-psychologische Analysen. Die Grenzen der psychoanalytischen Herangehensweise wurden durch die theoretische Entwicklung von Wilhelm Reich aufgezeigt. Indem er die Wichtigkeit der Sexualpolitik als ein Element der Unterdrückung der Massen durch den Kapitalismus identifizierte, eröffnete Reich den Weg zu verschiedenen Einblicken in die Art und Weise, in der der Kapitalismus die menschliche Persönlichkeit formt – oder besser – entstellt. Jedoch führte ihn sein Unvermögen, die Beziehung zwischen gesellschaftlichem Leben, Klassenkampf und Sexualität zu verstehen, zu fatalen Irrtümern. Er erhob die Sexualpolitik über den ökonomischen und politischen Klassenkampf und begann, den Schlüssel zur Befreiung in rein sexuellen Ausdrücken zu definieren (daher seine spätere Besessenheit vom Orgon als Energiequelle). In Wirklichkeit – ebenso wie die sexuelle Unterdrückung eine Konsequenz der Klassengesellschaft und der Frauenunterdrückung innerhalb dieser Gesellschaft ist – wird die vollständige sexuelle Befreiung als Konsequenz der sozialistischen Revolution, und nicht vor ihr, kommen.

Jede Klassengesellschaft hat Ideologien entwickelt, die Ausbeutung und Unterdrückung rechtfertigen. Eine in Bezug auf die Sexualität reaktionäre Ideologie war in gewissem Maße immer ein Merkmal von Gesellschaften, in denen Frauen

unterdrückt waren. Die vorherrschenden moralischen Werte einer bestimmten Gesellschaft sind, ebenso wie ihre Ideen als Ganzes, die moralischen Werte der herrschenden Klasse (oder eher die, die dieser Klasse dienen). Die Klassengesellschaft hat sich weiterentwickelt, und so auch die Mittel zur Fort- und Durchsetzung einer Moral, die zutiefst unterdrückend für Frauen ist. In der Familie selbst wird diese Moral durch die Männer gegenüber den Frauen durchgesetzt und durch die Eltern gegenüber den Kindern. Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene sind die Kirche und immer mehr die Massenmedien mächtige Propagandamaschinen für die reaktionäre Moral. Sie schreiben die schädlichen moralischen Gesetze der Sexualität vor, die bestimmen, was „normal“ und was „abnormal“ ist, und sie brandmarken, oft mit brutalen Auswirkungen, jene, die nicht mit diesen Gesetzen konform gehen (insbesondere Lesben und Schwule).

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die bürgerliche Moral, trotz der gelegentlichen liberalen Perioden, ein Mittel, die Frauen zu unterdrücken. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die freie und volle Befriedigung des sexuellen Appetites vereitelt oder entstellt. Während alle Menschen sexuelles Elend erleiden als Ergebnis der bürgerlichen Moral, sind Frauen besonders betroffen. Die Beschränkungen, die den sexuellen Aktivitäten der Frauen auferlegt sind, sind viel weitreichender als die der Männer. Um die Familie heilig zu sprechen, versagt der Kapitalismus den Frauen die volle Kontrolle über ihre eigene Fruchtbarkeit und attackiert die „Ehebrecherinnen“ oder die alleinstehenden Mütter viel systematischer, als er dies bei den männlichen Äquivalenten tut. Das Hure-Weiberheld-Syndrom existiert noch immer in breiten Schichten in der kapitalistischen Gesellschaft.

Normalerweise werden daher Frauen entmutigt, mehrere sexuelle Beziehungen zu haben. Ihr Recht auf sexuelles Vergnügen (das ihnen manchmal als Ganzes versagt ist) wird nur mit einem

einzigsten Partner und innerhalb einer Ehe als rechtmäßig definiert. Stereotypisierte Rollen sind so gestaltet, dass sie das Potential der Frauen für gleichwertiges und genussreiches Sexualeben ganz deutlich unterdrücken.

Frauen sind entweder tugendhaft oder unmoralisch, während es Männern erlaubt ist ,sexuell abenteuerlich zu sein (und ihnen das auch Respekt einbringt), und trotzdem noch als „gute Familienväter“ angesehen werden. Die Körper der Frauen werden zu Objekten und behandelt wie Dinge, die die Männer genießen, entweder umsonst wie in der Ehe oder zu einem Preis wie in der Prostitution. Frauenkörper werden verwendet, um Produkte, die nichts mit diesen Körpern zu tun haben, an Männer zu verkaufen.

Mit einer solchen gefühllosen Einstellung ist es wenig verwunderlich, dass Frauenmisshandlungen so weit verbreitet sind. Frauen, die das stereotypisierte Image zurückweisen und versuchen, ihre Sexualität durch Lesbianismus, Bisexualität oder durch mehrere Partner frei auszudrücken, werden beschimpft und misshandelt, als gesellschaftliche Außenseiter behandelt und die legalen Rechte an ihren Kindern werden ihnen abgesprochen. Frauen ohne männlichen Partner werden bemitleidet und als minderwertig angesehen. Und die überwältigende Mehrheit der Frauen ist gezwungen, mit den Normen des Familienlebens konform zu gehen, trotz all der daraus resultierenden Frustration und dem Unglücklichsein, das mit diesen Normen verbunden ist.

Und die Frauen, die sich ihr Leben als Prostituierte verdienen, werden von der Gesellschaft stigmatisiert, als Aussätzige behandelt und in vielen Ländern sogar als Kriminelle, während ihre männlichen Kunden von aller Schuld freigesprochen werden. Was für ein klares Zeugnis für die stinkende Heuchelei der kapitalistischen Moral!

Trotz gewaltiger Unterschiede in Kultur und Tradition erleiden die Frauen auf dem ganzen Erdball sexuelle Unterdrückung. Die

Epoche der Weltwirtschaft hat jeglichen Schutz, den Frauen in primitiven Gesellschaften genossen haben mögen, niedergerissen. In Brasilien z.B. werden die Frauen von primitiven IndianerInnenstämmen am Amazonas buchstäblich gestohlen und als Prostituierte gebraucht, um die Bedürfnisse der Männer einer Zivilisation, die in jeden Winkel des Regenwaldes expandiert, zu befriedigen. In entwickelteren Halbkolonien mag die sexuelle Unterwerfung der Frauen subtiler erscheinen, aber sie ist nichtsdestotrotz brutal, weitreichend und erniedrigend. Wie in den imperialistischen Ländern gibt es Beispiele institutionalisierter sexueller Unterdrückung im Überfluss. Zusätzlich jedoch wurde in bestimmten halbkolonialen Ländern (Thailand und Teile Ostafrikas z.B.) die Prostitution in eine Massenindustrie verwandelt, in der Tausende von Frauen überausgebeutet, unter schrecklichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen und höchst schutzlos den (oft tödlichen) sexuell übertragbaren Krankheiten ausgesetzt werden.

10. Durch die Fortsetzung des sexuellen Elends aller und durch die Objektivierung der Frauenkörper hat die Klassengesellschaft die Frauen immer gegenüber der extremen Aggression von Seiten der Männer ungeschützt gelassen – nämlich der systematischen Misshandlung, Vergewaltigung und der Bedrohung durch eine solche Misshandlung. Anders als die Radikalfeministinnen betrachten wir die männliche Gewalt nicht als das eigentliche Wesen der Frauenunterdrückung oder, in ihrer Sprache, als Ausdruck ‚männlicher Macht‘ über Frauen. Akte von sexuellem Missbrauch und physischer Gewalt sind nicht eine einfache Ausdehnung der ‚normalen‘ unterdrückerischen Verhältnisse zwischen Männern und Frauen. Die hohen Raten von sexuellem Misshandlungen von Frauen widerspiegeln aber den besonderen Einfluss der sexistischen, die Frauen entwürdigenden Ideologie. Die relative Toleranz von Seiten des Staates und der bürgerlichen Ideologie (einschließlich der Kirche) gegenüber solch physischen, sexuellen oder psychischen Misshandlungen von Frauen in der Familie, bei der Arbeit oder

im gesellschaftlichen Leben, bringt den institutionalisierten Sexismus der Klassengesellschaft zum Ausdruck. In der ArbeiterInnenklasse widerspiegelt solche Misshandlung die Demoralisierung und Spaltung, die die ArbeiterInnen gegeneinanderstellt, und die allgemeine Brutalität, die für die Klassengesellschaft charakteristisch ist. Die Existenz von unterdrückerischen und sexistischen Einschränkungen und deren schädliche Auswirkungen auf die Menschen rufen Vergewaltigungen und systematische Brutalität hervor. Die Existenz sexueller Gewalt und physischer Misshandlungen sind wirklich ein Faktor der Einschüchterung der Frauen (was zur Folge hat, dass Frauen sich in der Nacht nicht auf die Straßen trauen usw.).

Sexistische Ideologie ist in der kapitalistischen Gesellschaft allgegenwärtig und nimmt weiter zu. Ihr Zweck ist es, die Unterordnung der Frauen in sozialen und sexuellen Anliegen zu legitimieren. Das Frauenbild in den Medien führt mit seiner Objektifizierung des Körpers oft zu dessen Degradierung. Die Frau wird zu einer Sexmaschine zu Diensten des Mannes und ohne unabhängigen eigenen Willen. Die Existenz solcher Darstellungen und das Ausmaß sexistischer Ideologie in den Medien führte dazu, dass einige Frauen die Pornographie als Kerninhalt der Frauenunterdrückung sehen. „Porno ist die Theorie, Vergewaltigung die Praxis“, ist eine populäre Maxime unter vielen FeministInnen, radikalen ebenso wie sozialistischen. Tatsächlich ist es aus vielen Gründen falsch, die Pornographie als Feind Nummer eins zu bezeichnen.

Erstens, weil es alle Darstellungen von Frauen mit denen gleichstellt, die Frauen degradieren. Es setzt Pornographie mit gewalttätiger Pornographie gleich. Das ist eine gänzlich subjektive Herangehensweise, die theoretisch die Möglichkeit einer nicht unterdrückerischen, erotischen Darstellung ausschließt. Es versagt den Frauen den möglichen Genuss erotischer Darstellung ihrer eigenen Wünsche und Fantasien. Kurz gesagt ist es eine feministische Form der Prüderie. Daher

sind wir nicht für einen Aufruf zum gesetzlichen Bann der Pornographie, egal ob sie als unterdrückerisch definiert ist oder nicht.

Das zweite Problem der Anti-Porno-Kampagnen ist, dass der einzige Weg, ihre Ziele zu verwirklichen, darin besteht, den Staat zu einem Bann der Pornographie aufzurufen. In der Praxis bedeutet das, die repressive Macht des Staates, seine Fähigkeit, sich in das Privatleben der Leute auf unterdrückerische Weise einzumischen, zu stärken. Der Staat als einer der Hüter des reaktionären Moralkodex wird seine Macht, die Pornos zu verbannen, ausnahmslos gegen Publikationen von Lesben und Schwulen verwenden. Der Staat wird Richter darüber sein, was „obszön“ ist und was nicht.

Das dritte Problem bei der Erklärung, der Angriff auf die Pornographie sei in der Kampfstrategie gegen den Sexismus zentral, ist, dass sexistische Darstellungen ein Symptom und nicht die Ursache der Frauenunterdrückung sind. Kampagnen gegen Pornos liegen daher falsch, wenn sie sie als „Theorie“, d.h. als Ursache der Vergewaltigung und der Unterdrückung im allgemeinen hinstellen. Diese Fehler der Einschätzung der Pornographie haben katastrophale politische Konsequenzen. Insbesondere haben sie Sektionen der feministischen Bewegungen in Großbritannien und den USA in Allianzen mit der reaktionären moralischen Mehrheit und der Mary Whitehouse Brigade gebracht.

Als RevolutionärInnen sind wir jedoch nicht neutral in den Kämpfen gegen sexistische Darstellungen in der ArbeiterInnenbewegung und in den Medien. Wir sind entschlossene KämpferInnen gegen sexistische Darstellungen und unterstützen alle Kampagnen, die Publikation von Pinups in der Presse der ArbeiterInnenbewegung zu beenden, die Bemühungen von Frauen, beleidigende Poster oder Inserate von den Wänden am Arbeitsplatz zu nehmen, Kampagnen gegen sexuelle Belästigungen der Frauen am Arbeitsplatz und für konkrete Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen die Gefahr von

Vergewaltigungen, wie bessere Beleuchtung und Transportmöglichkeiten, kostenlose Selbstverteidigungskurse usw. In den Medien fordern wir das Recht, auf Artikel oder Bilder, die Frauen degradieren, zu antworten. Wir rufen alle DruckereiarbeiterInnen auf, bei der Verwirklichung dieser Forderungen zu helfen: durch eine Weigerung, solche Artikel und Bilder zu drucken, solange der Gewerkschaft, ihrer Frauensektion oder einer entsprechenden Kampagne/Organisation dieses Recht auf Stellungnahme nicht gewährt wird. Diese Methoden, die Methoden der direkten Aktion, führten tatsächlich zu erfolgreichen Diskussionen mit männlichen Arbeitern über den Charakter des Sexismus und warum er spalterisch ist, ebenso wie zu einer tatsächlichen Verminderung der Propaganda für die Unterordnung oder Degradierung der Frauen.

11. Ein anderes Schlachtfeld gegen sexistische Ideologie ist der religiöse Bereich. In allen Klassengesellschaften spielen religiöse Ideen, die die oft in den Staat eingebundenen organisierten Kirchen fortbestehen lassen, eine wichtige Rolle beim Sanktionieren und Durchsetzen der Ideologie der Frauenunterdrückung. Im Westen haben Christentum und Judentum, deren beider Basis Ideologien sind, die sich in vorkapitalistischen und höchst patriarchalischen Gesellschaften verfestigten, Jahrhunderte lang die Doktrin der Unterordnung der Frauen gepredigt. Dies hat praktische Folgen für Millionen von Frauen.

Die Verfügungen der katholischen Kirche über Verhütung und Abtreibung sind ein klares Beispiel. In den imperialistischen Ländern bringen diese Verordnungen Elend und Not in Verbindung mit ungewollten Schwangerschaften und Kindern. In den Semi-Kolonien sind die Folgen mit dem größeren Grad an Armut ermischt, der dort existiert. In Lateinamerika, einem Kontinent, der von der Ideologie des Katholizismus beherrscht wird, führen die reaktionären Doktrinen der Kirche, trotz der Theologie der Befreiung, zum buchstäblichen Massenmord an

Frauen. Die Verweigerung der kostenlosen Abtreibung auf Verlangen löscht die Abtreibung nicht ein für allemal aus. Es öffnet lediglich den SchlächterInnen der Seitengassen Tür und Tor. In Brasilien allein sterben pro Jahr 400.000 Frauen durch die Hände dieser MörderInnen. Der Zweck solcher Gesetze ist, dass Frauen ihre eigene Fruchtbarkeit nicht kontrollieren können. Da Sex außerdem bloß zum Zwecke der Reproduktion da sei, wird den Frauen durch die Kirche gelehrt, dass sexuelle Aktivität außerhalb der Ehe, ja überhaupt sexuelle Aktivität zum Vergnügen, verboten ist.

Die ausgearbeitete Mythologie des Christentums und des Judaismus bestärkt die reaktionären Lehren über Frauen. Die Eva-Legende, die Geschichte von Lots ungehorsamer Frau im Alten Testament, der Kult der Jungfrau Maria, alle stellen Frauen als willige Dienerinnen für die häuslichen Bedürfnisse der Männer dar, die bestraft wurden, wie Lots Frau, wenn sie den Befehlen des Patriarchen nicht gehorchten. Die Grundlinie dieser religiösen Ideologien ist die Heiligsprechung der Familie und ihrer Struktur rund um einen dominanten Mann. Der Charakter der Familie hat sich in den verschiedenen Klassengesellschaften verändert, und die Religion hat diese Veränderungen durch unterschwellige Abänderungen der Doktrin reflektiert.

Aber der reaktionäre Inhalt der religiösen Lehren über Frauen und die Familie haben sich über Jahrhunderte nicht qualitativ verändert. Sie sind der deutlichste Ausdruck der Tendenz der toten Vergangenheit, schwer auf der lebendigen Gegenwart zu lasten. Das ist sogar dort der Fall, wo eine religiöse Ideologie Befreiungsschmuck aufnimmt. Zuletzt kam dies in der katholischen Kirche durch die Entwicklung der Theologie der Befreiung, vor allem in Lateinamerika, vor. Obwohl sie die Gewalt gegen die imperialistische Unterdrückung rechtfertigt, bleibt diese Theologie verbunden mit all den reaktionären Lehren der Kirche über alle wichtigen sozialen Fragen, die Frauen betreffen. Letzten Endes sind alle Religionen,

ungeachtet aller Nuancen, vom Standpunkt des menschlichen Fortschrittes im allgemeinen und von dem der Befreiung der Frauen im besonderen aus, reaktionär, weil sie die Eigenaktivität und Eigenverantwortung an eine außerhalb der Menschen liegende Macht delegieren, die Machtlosigkeit des Menschen bestärken und damit die Möglichkeit der Selbstbestimmung der Menschheit beschränken.

Auch die Religionen des Ostens bilden dazu keine Ausnahme. Sie sind nicht qualitativ anders als jene des Westens. Hinduismus, Buddhismus und Islam mögen sich in vielem von Christentum und Judentum unterscheiden, aber, wie alle Religionen, die alle von Menschen erfunden wurden, um existierende Ordnungen zu rechtfertigen, legen ihre Lehren für Frauen eine untergeordnete Rolle in der Gesellschaft und in der Familie fest. Heute ist der Islam die Vorhut der Konterrevolution gegen die Frauen in Nordafrika und im Nahen Osten. Die Behandlung der Frauen als Eigentum in Afghanistan, wo es noch den Brautpreis gibt, und die Ausrottung des westlichen Einflusses auf die Frauen in der islamischen Republik Iran durch die erzwungene Wiedereinführung des Schleiers und von Gesetzen, die Ehebruch bestrafen, weisen deutlich auf die Bedrohung hin, die der Islam für die Frauen darstellt. Keine Masse antiimperialistischer Rhetorik, keine der Phrasen über den Respekt des Islams für die Frauen kann die Tatsache aus der Welt schaffen, dass sein praktischer Einfluss auf das Leben von Frauen destruktiv ist.

MarxistInnen haben die eindeutige Pflicht, organisierte Religionen zu bekämpfen, während sie zugleich das Recht des einzelnen auf Freiheit des religiösen Glaubens und der religiösen Verehrung respektieren. Wir können Religion nicht einfach nur als private Angelegenheit betrachten. Wir kämpfen mit kämpferischer, materialistischer Propaganda gegen den Einfluss religiöser Ideologie und gegen den Versuch der Kirche, das Privatleben der Leute zu kontrollieren, indem wir für religionsfreie Sexualerziehung, freie Abtreibung und

Verhütung für Frauen etc. eintreten. Weiters kämpfen wir für die grundlegende, bürgerlich-demokratische Forderung, Kirche und Staat zu trennen.

12. Die Erfahrung der Frauenunterdrückung ist verschieden in den verschiedenen Klassen. Für Frauen der herrschenden Klasse und für einige Frauen in gehobenen Berufen, stehen heute manche Bereiche des Lebens und der Arbeit, die ihnen früher versagt blieben, wie Managerposten, Zugang zu qualifizierten Ausbildungen usw., offener als in früheren Zeiten. Sie sind auch befähigt, sich gewisse „Freiheiten“ zu erkaufen, indem sie Arbeiterinnen anstellen, die ihre Hausarbeiten machen und ihre Kinder aufziehen. Den Frauen der Superreichen steht es frei, zu Müßiggängerinnen zu werden wie ihre aristokratischen Vorfahren.

Dies heißt jedoch nicht, dass sie als den Männern ihrer Klasse gleichwertig behandelt werden. Ihnen werden noch immer Rechte im Gesetz bezüglich Erbe und Besitz vorenthalten, und ihre Rolle bleibt im wesentlichen die einer untertänigen Frau oder Tochter, dem männlichen Oberhaupt der Familie verpflichtet. In diesem Sinn sind die Frauen der herrschenden Klasse nicht von der Unterdrückung ihres Geschlechtes ausgenommen. Jedoch bleiben sie Teil der nicht-produktiven, herrschenden Klasse und spielen durch ihre Arbeit in Kirchen, Wohlfahrtsgesellschaften oder als Mitglieder der herrschenden oder königlichen Familien (an denen sich die ArbeiterInnenklasse ein Beispiel nehmen sollte), oft eine wichtige Rolle für den Fortbestand der Unterordnung der Frauen.

Den Frauen der gehobenen Schichten des modernen KleinbürgerInnentums hat der verbesserte Zugang zu Bildung, Karriere und Eigentum wesentliche Verbesserungen ihres Lebens erlaubt. Die Verfügbarkeit über bessere Verhütung und sicherere Abreibung gibt ihnen ein gewisses Maß an Kontrolle über ihre Fruchtbarkeit, die sie befähigt, eine Karriere mit sexuellem und privatem Leben zu verbinden, was in früheren

Generationen als sich gegenseitig ausschließend angesehen wurde. Zusätzlich können jene Frauen, deren Einkommen es erlaubt, Dienstleistungen anderer Frauen zu kaufen und so ihre Aufgaben in Haushalt und Kinderfürsorge von anderen erledigen zu lassen, jetzt vergesellschaftete Arbeit mit einem Familienleben verbinden. Aber ihre scheinbare Gleichheit hat sie nicht von ihrer Unterdrückung voll emanzipiert. Frauen sind in den gehobenen Berufen noch immer stark unterrepräsentiert, ihre Aufstiegschancen werden durch die Vorurteile der männlichen Bosse erschwert, und ihre Karrieren können gewöhnlich nicht so flexibel gestaltet werden, um sich auch nur kurze Perioden frei zu nehmen, um Kinder zu haben und gleichzeitig Gehalt und Position zu behalten.

Im Haushalt sind diese ‚Mittelschicht‘-Frauen noch immer der Dominanz ihrer Männer und u.U. auch sexueller und physischer Misshandlung unterworfen. Wie bei ihren wirklich bürgerlichen Schwestern, kann jedoch die Erfahrung der Unterdrückung in einem größeren Ausmaß, als dies für die meisten Arbeiterfrauen möglich ist, ausgeglichen werden, da sie sich von vielen Schindereien und sogar gewalttätigen Situationen freikaufen können.

Gänzlich anders ist die Situation der Frauen des traditionellen KleinbürgerInnentums (wie bei Handwerksbetrieben, Bauern und kleinen Familienunternehmen). Selbst innerhalb dieser Schichten gibt es große Unterschiede, aber für viele von ihnen fällt die gesellschaftliche Ausbeutung mit der Geschlechterunterdrückung im persönlichen Verhältnis zwischen Mann und Frau zusammen. Diese Frauen werden so als Beschäftigte im Familienbetrieb direkt ausgebeutet, sie leisten die Reproduktionsarbeit an Mann und Kindern, wobei sich im KleinbürgerInnentum die traditionelle autoritäre Kleinfamilienstruktur am unangetastetsten erhalten hat; eine Situation der mehrfachen Ausbeutung und Unterdrückung, die in einer Reihe von Fällen durch einen im Vergleich zum Durchschnitt der ArbeiterInnenklasse höheren

Lohn etwas gemildert wird.

Von Frauen der ArbeiterInnenklasse, und das schließt viele Frauen ein, die sich selbst vielleicht als Teile der ‚Mittelschichten‘ sehen, da ihre Arbeit nicht manuell ist (z.B. Angestellte, Lehrerinnen, Krankenschwestern usw.), wird ihre Unterdrückung anders erfahren. Die Mehrheit muss die Arbeit in Fabrik oder Büro mit der hauptsächlichlichen Verantwortung für Haushalt und Kinder verbinden. Diese Doppelschicht kann eine sehr harte Arbeit sein, vor allem für die Frauen, die eine Nachtschicht arbeiten und dann den Großteil des Tages daheim Hausarbeiten erledigen und Essen zubereiten.

Die Folgen davon sind ungenügender Schlaf und fehlende Zeit zur Entspannung. Den Frauen der ArbeiterInnenklasse stehen selten geeignete Arrangements für ihre Kinder, die an ihren Bedarf als Arbeiterinnen angepasst sind (wie die Kindermädchen und privaten Kindergärten der bürgerlichen und der in gehobenen Berufen arbeitenden Frauen) zur Verfügung, und ihr niederer Lohn und die mangelnde Arbeitsplatzsicherheit haben zur Folge, dass sie weiterhin wirtschaftlich von ihren Männern abhängig sind.

Offensichtlich erlaubt die Tatsache, dass sie ihren eigenen Lohn verdienen, einer wachsenden Zahl von Frauen eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit, selten jedoch genügend, um einer Frau die Möglichkeit zu geben, ihren Mann zu verlassen, wenn sie es will, und ihre Kinder ohne große finanzielle oder Wohnungsprobleme zu behalten. Das ist umso mehr der Fall bei Frauen, die von staatlichen Zuschüssen abhängig sind, da diese in allen wesentlichen imperialistischen Ländern von der Annahme ausgehen, dass die Familieneinheit aus einem männlichen Haushaltsvorstand mit abhängiger Frau und Kindern besteht. Daher können diese Unterstützungen oft nur von ihren Männern beansprucht werden. Alleinstehende Mütter haben zum Teil große Schwierigkeiten mit Zuschüssen und Unterkunft. So nähern sich die Lebensbedingungen der besserbezahlten und

qualifizierten Arbeiterinnen jenen des KleinbürgerInnentums an, und zwar sowohl was Familienstruktur, Ideologie und Rollenvorstellungen, als auch was den Lebensstandard betrifft. Auf der anderen Seite sind im Lumpenproletariat, bei den Langzeitarbeitslosen und den am meisten ausgebeuteten und unterdrücktesten Schichten der ArbeiterInnenklasse Prostitution, Familienzerrüttung, Gewalt und Kriminalisierung die tagtäglichen Merkmale der Frauenunterdrückung.

Die Bäuerinnen, die in der imperialisierten Welt nach Millionen zählen, erleiden eine extreme Unterdrückung. Die Idee, dass eine lateinamerikanische Bäuerin mit den Frauen der herrschenden Klassen der Welt ein grundlegendes gemeinsames Interesse hätte, ist lächerlich. Die von den Bäuerinnen, besonders von den armen, erlittene Unterdrückung ist vielfältig. Im Verlauf ihrer Arbeit wird eine Bäuerin verpflichtet sein, sich um die Pflanzungen, Tiere, die Betreuung des Haushaltes und die Verwaltung des Budgets zu kümmern und die Produkte des Landes, das sie bearbeitet, auf den Markt zu bringen, sie zu verkaufen und die Güter einzuhandeln, die sie und ihre Familie brauchen, um davon zu leben. Man füge zu dieser endlosen Reihe an Hausarbeiten die Funktionen des Kindergebärens und -erziehens, die sie ausfüllt, hinzu, und wir können klar das Ausmaß der Unterdrückung, die von den Bäuerinnen erlitten wird, sehen. die Bäuerin, noch mehr als die BäuerInnenschaft im allgemeinen, ist tatsächlich das Lasttier der Geschichte.

Die Frauen der ArbeiterInnenklasse sind auch der Brutalität der Gewalt und der sexuellen Misshandlung ausgesetzt, sowohl zu Hause, als auch durch sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Während sexuelle und physische Misshandlungen in keiner Weise auf sie beschränkt sind, sind sie doch weniger in der Lage, sich durch Ausziehen aus der gemeinsamen Wohnung, Kündigung der Arbeit, Verwendung eines Autos (was ihnen einen gewissen Schutz gegen Angriffe auf der Straße geben würde usw.) o.ä. aus ihrer Situation zu befreien.

Selbstverständlich verwechseln wir nicht (und entschuldigen schon gar nicht!) die gelegentliche Gewalt, die in der Familie durch die Spannungen im Alltagsleben der kapitalistischen Gesellschaft auflodert, mit der systematischen Brutalität mancher Männer gegen manche Frauen. Aber die Brutalität im Hause, wie schrecklich sie auch immer für die betroffenen Individuen sein mag, muss im Zusammenhang erfasst werden. Sie ist nicht ein Ausdruck oder ein Mittel zur Verewigung der „Männermacht“. Sie ist ein Produkt der Frustrationen, die das Alltagsleben im Kapitalismus erbärmlich und nicht lohnend machen. Sie kann nicht mit dem systematischen Gebrauch von Gewalt, insbesondere durch viele Diktaturen in der halbkolonialen Welt, verglichen werden, die sich gegen Frauen und Männer richtet und dazu bestimmt ist, die Macht der halbkolonialen Bourgeoisie und ihrer imperialistischen ZahlmeisterInnen zu bewahren. In diesen Ländern sind es die Diktatoren – und nicht die Ehemänner -, die wirklich systematisch Gewalt gegen Frauen ausüben. Wir überbetonen also nicht die Frage der Gewalt gegen Frauen in den imperialistischen Ländern, wie die Feministinnen mit ihrer Theorie, dass männliche Macht existiert und durchgesetzt wird durch systematische männliche Gewalt.

Es gibt nämlich nichts grundlegend männliches an der Gewalt. So ein Ansatz würde der durch und durch reaktionären Ideologie in die Hände spielen, dass Frauen unvermeidlich schwache und passive Objekte seien. Klassenkämpferinnen auf der ganzen Welt, von Nicaragua während der Revolution gegen Somoza bis zu Großbritannien während des Bergarbeiterstreikes 1984/85, haben gezeigt, dass sie fähig sind, gegen die wirklichen UnterdrückerInnen, nämlich die KapitalistInnen und ihren Staat, körperlich anzukämpfen.

13. Auch die Beziehung zwischen Mann und Frau ist im Proletariat anders als in den anderen Klassen. Die Familie bleibt oft der letzte Hafen für die ArbeiterInnenklasse, da der Kapitalismus unfähig ist, die für Individuen und

insbesondere für Abhängige notwendige gesellschaftliche Unterstützung bereit zu stellen. Sie ist auch der Bereich, in dem die Frauen und Männer der Klasse die meiste Geselligkeit, Unterstützung und Liebe finden. Sie wird daher von den Arbeitern und Arbeiterinnen verteidigt. Im Gegensatz zu den Frauen des BürgerInnentums und der ‚Mittelschichten‘, sind es nicht ihre Ehemänner und die Männer der ArbeiterInnenklasse im allgemeinen, die die grundlegende Ursache ihrer Probleme sind. Für die Frauen der herrschenden Klasse ist es ihre eigene Klasse, die Ungleichheit und Unterordnung hervorbringt. Die Männer sind das Hindernis, das ihnen wirkliche Gleichheit versagt.

Doch für Frauen der ArbeiterInnenklasse sind es nicht die Männer ihrer Klasse, die ihre „Feinde“ sind. Es ist das kapitalistische System, und damit auch die Männer und Frauen der herrschenden Klasse, die sowohl die Ausbeutung als auch die Unterdrückung der Frauen der ArbeiterInnenklasse schaffen. Das zeigt sich im gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen, wie z.B. dort, wo Frauen in der Gemeinde aktiv eine Unterstützung für den Kampf ihrer Männer aufbauen (die Bergarbeiter der Zinnminen in Bolivien und die der Kohlengruben in England sind hervorragende Beispiele für diese Einheit). Für Männer und Frauen sind es die Bosse, die die wirklichen Feinde sind.

Doch ist es wahr, dass die Arbeiter allgemein besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen haben als die Arbeiterinnen. Sie ziehen auch ihren Nutzen aus der Tatsache, dass die Frauen den Großteil der öden Hausarbeit, oft noch zusätzlich zur entlohnten Arbeit, machen. Die Struktur der Familie, die männliche Dominanz in ihr und die überaus sexistische Ideologie, die mithilft, die Situation zu verewigen, führt dazu, dass sich Männer so verhalten, dass sie Frauen direkt unterdrücken. Sie versagen den Frauen die Kontrolle über ihr gemeinsames Familienleben, sie bestimmen, wie viel ihrer Löhne für den „Haushalt“ verwendet wird. In manchen Fällen

misshandeln sie ihre und andere Frauen brutal physisch und sexuell.

Diese Spaltung innerhalb der Klasse schwächt ihre kollektive Kraft. Dies hat zu Ereignissen geführt, wo sich männliche Arbeiter organisiert haben, um Frauen vom Zugang zu gewissen Arbeiten, insbesondere zu handwerklichen Fach- und anderen qualifizierten Arbeiten abzuhalten, und wo Männer Streiks der Frauen für gleichen Lohn brachen. Diese Arbeiter sind überzeugt, dass die Arbeiterinnen eine Gefahr für ihren eigenen Lohn und ihre Arbeitsbedingungen sind. Genau deshalb können sie zum reaktionären Hindernis für die Frauen werden. Es gibt daher keinen Zweifel, dass Männer wirkliche materielle Vorteile als Ergebnis der Unterdrückung der Frauen genießen. Diese Vorteile sind jedoch entweder nur Randerscheinungen (der Status als Haushaltsvorstand), vorübergehend (Zugang zu bestimmten Jobs während bestimmter Perioden) oder in einem historischen Maßstab gering (nicht so viel Hausarbeit leisten zu müssen).

Sicherlich muss die Ideologie der männlichen Vorherrschaft, die ‚Macho- Identität‘, die in der Arbeiterklasse weit verbreitet ist und durch die materiellen Privilegien, die die männlichen Arbeiter erhalten und bei Gelegenheit verteidigen, aufrechterhalten wird, durch die revolutionäre Partei und die proletarische Massenfrauenbewegung beständig bekämpft werden.

Männer beuten jedoch Frauen nicht ökonomisch aus. Sie eignen sich nicht die Früchte der Hausarbeit der Frauen an und kontrollieren sie nicht. Und gegenüber den relativen Privilegien, die männliche Arbeiter zu Hause oder bei der Arbeit genießen, sind die Nachteile, denen sie sich als Ergebnis der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frauen gegenübersehen, ungeheuer. Die Spaltungen innerhalb der ArbeiterInnenklasse, die als Ergebnis der Unterdrückung der Frauen aufbrachen, schwächen die Klasse als Ganzes und machen sie verwundbar gegenüber den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Angriffen der UnternehmerInnen. Die

Möglichkeit des Sturzes des Systems, das sowohl alle ArbeiterInnen ausbeutet und zugleich die Frauen gesellschaftlich unterdrückt, wird durch diese Spaltungen verzögert.

In diesem Sinne sind die männlichen Vorteile nicht entscheidend. Sie bedeuten nicht, dass die Männer einen historischen Anteil an der Unterdrückung der Frauen hätten, ebenso wenig wie die Vorteile, die einige ArbeiterInnen gegenüber anderen genießen, ihnen einen historischen Anteil am Kapitalismus geben würden. Im Gegenteil, die männlichen Arbeiter haben ein historisches Interesse am Sturz des Kapitalismus und daran, dabei die Grundlage für die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen zu zerstören. Sie sind daher die wirklichen strategischen Verbündeten der Frauen der ArbeiterInnenklasse im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Tatsächlich ist die ArbeiterInnenklasse geschwächt durch diese Spaltung und daher auch die Fähigkeit, gemeinsam für den Sturz dieses Systems zu kämpfen, das die Ausbeutung und die Unterdrückung verursacht.

Die Errungenschaften, die die Männer der ArbeiterInnenklasse durch die endgültige Befreiung der Frauen aus der Familie erhalten werden – die kollektive Sorge um das Wohlergehen, die Freiheit in den Beziehungen, die sexuelle Befreiung und die ökonomischen Errungenschaften des Sozialismus – all dies bedeutet, dass die Männer der ArbeiterInnenklasse letzten Endes keinen entscheidenden Nutzen ziehen, sondern infolge der Unterdrückung der Frauen leiden. Die von ihnen erfahrenen Vorteile gegenüber Frauen führen leider dazu, dass einzelne Männer und auch Männer kollektiv in den Gewerkschaften und reformistischen Parteien glauben, dass ihrer Situation am besten gedient ist, indem sie weiterhin an der Unterdrückung der Frauen mitwirken.

Imperialismus und Frauenunterdrückung

14. Von Anbeginn an war der Kapitalismus expansionistisch. Er schuf eine kapitalistische Weltwirtschaft auf eine kombinierte und ungleiche Weise. Der Kolonialismus und dann der Imperialismus (vom späten 19. Jahrhundert an) teilten die Welt zwischen den Großmächten auf, um natürliche Ressourcen und Arbeitskraft zu plündern und die beherrschten Gebiete – die Kolonien und Halbkolonien – zum Nutzen des Monopolkapitals auszubeuten. Durch seine Expansion und Beherrschung der Welt zerstörte das imperialistische Kapital zugleich die vorhandenen Wirtschaftsformen und die sozialen Beziehungen der vorkapitalistischen Produktionsweisen der imperialisierten Welt. Es zerschlug die Subsistenzwirtschaft, ruinierte die einheimische Textilindustrie, zerstörte die Systeme von Verpflichtungen und Unterstützung in den BäuerInnendörfern und untergrub die feudale und religiöse Autorität. Aber dort, wo der Kapitalismus „die Chinesische Mauer niederreißt“, reißt er auch die soziale Struktur der alten Gesellschaften einschließlich der Familienstrukturen in Stücke – nicht, um den Fortschritt zu fördern, sondern um die koloniale Versklavung der Völker, die er eroberte, zu erleichtern.

Für die Frauen – wie für die arbeitenden Massen insgesamt – schufen diese Entwicklungen die materiellen Bedingungen für die Befreiung von den oftmals brutal patriarchalischen Familienstrukturen, die vor der Ankunft des imperialistischen Kapitals vorgeherrscht hatten, sie vertieften und verschärften jedoch gleichzeitig die Unterdrückung und Ausbeutung, die die Frauen erlitten. Die Einführung der kapitalistischen Industrie, die Durchdringung der ländlichen Gebiete durch den Kapitalismus, die Lockerung der feudalen Bande führten zur Schaffung der ArbeiterInnenklasse, der einzigen Klasse, die fähig ist, Ausbeutung, Unterdrückung und Klassengesellschaft zusammen zu beenden. In der imperialistischen Epoche wurde für die Masse der bäuerlichen und proletarischen Frauen der Kolonien und Halbkolonien der Weg frei. Die Unterordnung unter

das männliche Familienoberhaupt, Aberglaube, Unwissenheit und Versklavung – die Normen des Familienlebens während vieler Jahrhunderte – können ein für allemal abgeschafft werden.

Jedoch gerade weil wir in der Epoche des Imperialismus leben, ist das Potential für einen derartigen Fortschritt blockiert und tatsächlich durch den reaktionären Würgegriff des Imperialismus in einigen Ländern, Gebieten und Sektoren insgesamt verhindert worden. Die kombinierte und ungleichzeitige Entwicklung hat die materiellen Voraussetzungen, aber auch die Hindernisse für die Befreiung der Frauen geschaffen. Nur Revolutionen, die von der ArbeiterInnenklasse geführt und auf die Zerstörung des Kapitalismus insgesamt gerichtet sind, können diese Voraussetzung verwenden und diese Hindernisse zerstören.

15. Die Rolle der Frauen in Produktion und Reproduktion wird von der imperialistischen Ausbeutung beeinflusst. Proletarisierung kann für Millionen Frauen eine endlose Hölle der Wanderarbeit, der besitzlosen Landarbeit oder der Arbeitslosigkeit und ein Leben im Slum bedeuten. Für die Frauen in entwickelteren Halbkolonien wie Südkorea kann sie Überausbeutung in der Jugend bedeuten, gefolgt von bitterem Elend, sobald ihre Arbeitsfähigkeit als Ergebnis der Jahre, geprägt von langer Arbeitszeit und erbärmlicher Bezahlung (oft schon ab dem Alter von 10 Jahren), versiegt ist. Und für Millionen anderer Frauen führt dieser Prozess unausweichlich zur Prostitution (eine gewaltige Industrie in Ländern wie Thailand) oder dazu, als Dienerin/Hausfrau (de facto als Sklavin) der Männer im Westen exportiert zu werden. (Die „verkäuflichen Bräute“ auf den Philippinen und der Export junger Frauen aus Sri Lanka sind beides ekelerregende Beispiele für diesen Frauenhandel.)

Bäuerinnen verbleiben mit der doppelten Belastung, den Haushalt zu führen und das Land zu bearbeiten. Wo das Land weggenommen wurde oder wo die Klassendifferenzierung auf dem Land die Ärmsten ohne Land lässt, kann den Frauen nichts

übrigbleiben, als sich für die Familie durchs Leben zu schlagen – ohne Unterstützung außer der Hoffnung, dass ein wenig Lohn vom Ehemann, der in der Stadt arbeitet, nach Hause geschickt wird. Eheschließungen und traditionelle Familienstrukturen werden zerstört oder in einer Form wiedergeschaffen, die die von den Frauen erlittene Unterdrückung intensiviert. Und proletarische Frauen, die vom Land entkommen sind, finden ihre Einkommen oft von der Notwendigkeit aufgezehrt, die landlose Familie, die sie zurückgelassen haben, zu unterstützen. Sehr oft werden die Frauen jedoch in die produktive Arbeit zu niedrigeren Löhnen als die Männer einbezogen und bleiben oft auf Saisonarbeit beschränkt. All dies steigert das Risiko, dass Prostitution oder Unterwerfung unter die gegenwärtige Sklaverei die einzigen Alternativen zum Verhungern werden.

Für jene Frauen, die auf dem Land geblieben sind, insbesondere in Afrika, führte die Einführung moderner Landwirtschaft, insbesondere der „cash-crops“ (exportorientierte landwirtschaftliche Produkte), dazu, dass die Frauen die Kontrolle über das (matrilinear vererbte) Land und über die Nahrungsmittelproduktion verloren haben, obwohl sie noch immer die meiste Arbeit leisten. Der Zwang, unter diesen Bedingungen weiterhin zu arbeiten, ist die Notwendigkeit, die Subsistenzmittel für junge und alte Angehörige zu produzieren. Frühere Formen der Frauenunterdrückung – Mitgift, Brautpreis, Frauenbeschneidung, Polygamie – wurden vom Imperialismus nicht beseitigt, wenn auch deren soziale Grundlage untergraben sein mag. Millionen Frauen, speziell in Afrika und in einigen islamischen Ländern, erleiden Klitorisbeschneidung und Infibulation (Verschließen des Sexualorgans durch Klammern,..). Zehntausende in Südasien tragen die Last der Arbeit im Haushalt der Familie des Ehemannes.

Die teilweise Zerstörung der traditionellen Strukturen und der Verpflichtungen der Familie kann die Frauen noch schutzloser machen, was zum Beispiel zu solchen Schrecklichkeiten wie der

Zunahme an Brautverbrennungen in Indien führt. Und von den Vorteilen, die der Kapitalismus bringt – wie im Erziehungs- und Gesundheitswesen, profitiert in Wirklichkeit nur eine kleine Handvoll der Menschen in der imperialisierten Welt. Die weibliche Alphabetenrate liegt noch immer unter der der Männer. Und trotz medizinischer Fortschritte besitzt die Masse der Frauen in den Halbkolonien keine Kontrolle über ihre eigene Fruchtbarkeit, und in Afrika und Asien stirbt jedes Jahr eine halbe Million Frauen bei der Geburt ihres Kindes.

Unter diesen Bedingungen der Unterdrückung ist es nicht überraschend, dass die Frauen zu Tausenden an den Kämpfen gegen den Imperialismus in den Kolonien und Halbkolonien teilgenommen haben. In Vietnam, Nicaragua, den Philippinen, Angola und Mozambique haben die Frauen in heldenhaften Kämpfen gegen schwerbewaffnete imperialistische – oder vom Imperialismus gestützte – Regimes zu den Waffen gegriffen. Die Interessen der bäuerlichen und proletarischen Frauen wurden immer wieder verraten – entweder von den kleinbürgerlich-nationalistischen Führungen, die, einmal an der Macht, zu einer neuen Übereinkunft mit dem Imperialismus gebracht wurden, oder von den stalinistischen FührerInnen, deren bürokratische Herrschaft viele der schlimmsten Züge des kapitalistischen Familienlebens reproduziert.

In einigen Fällen, wie im Iran, bedeutet die traditionell untergeordnete Rolle, die die Frauen spielten, dass sie nach der Revolution gegen den Schah einer fürchterlichen Konterrevolution seitens der Mullahs unterworfen wurden. In anderen Fällen haben Frauen tatsächliche Errungenschaften gemacht, besonders was die Alphabetisierung, Gesundheitsfürsorge und manchmal sogar demokratische Rechte anbelangt. Ohne den Sturz des Kapitalismus oder der stalinistischen HerrscherInnen der degenerierten ArbeiterInnenstaaten, die aus den antiimperialistischen Kämpfen entstanden sind, werden sich jedoch alle Errungenschaften der Frauen als vorübergehend, eingeschränkt,

nach kurzer Zeit wieder rückgängig gemacht erweisen oder durch die andauernde imperialistische Ausbeutung, die Forderungen des Weltwährungsfonds oder die Bedürfnisse der parasitären Bürokratie, die der Planwirtschaft vorsteht, wieder bedeutungslos werden.

Die Bereitwilligkeit der PDPA in Afghanistan, das Alphabetisierungsprogramm für Frauen als Teil ihres Kuhhandels mit den reaktionären islamischen Rebellen zu opfern, ist nur das letzte Beispiel für den Verrat an der Sache der Frauenbefreiung, zu dem der Stalinismus fähig ist. Der kleinbürgerliche Nationalismus hat – und wird – sie auf genau dieselbe Weise verraten. Nur das Programm der Permanenten Revolution, in dem das Erlangen sinnvoller demokratischer Rechte und eine progressive Lösung der Agrarfrage untrennbar mit dem Erreichen der ArbeiterInnenmacht und des Sozialismus verbunden sind, kann den Frauen die Perspektive auf eine erfolgreiche Beendigung ihres Kampfes gegen die Unterdrückung bringen.

16. Ein Merkmal der frühen kolonialen Periode waren die massenhaften erzwungenen Vertreibungen und Versklavungen von WestafrikanerInnen durch europäische HändlerInnen und amerikanische PlantagenbesitzerInnen. Familien und Gemeinschaften wurden buchstäblich auseinandergerissen. Sowohl die Arbeitskraft als auch die Reproduktionsfähigkeit wurden von den SklavInnenhalterInnen streng kontrolliert und ausgebeutet. Sklavinnen wurde jegliche Wahl ihrer sexuellen und persönlichen Beziehungen verweigert, und sie wurden – als Eigentum ihrer Besitzer – systematisch von ihnen vergewaltigt und misshandelt. Sie waren beinahe gänzlich verantwortlich für das Aufziehen ihrer Kinder, doch hatten sie keine Kontrolle über deren Zukunft. Es ist daher nicht überraschend, dass schwarze Frauen an der Vorderfront des Kampfes gegen die Sklaverei in den USA standen.

Die Sklaverei hat ihre Spuren in den betroffenen Gesellschaften hinterlassen. Im besonderen hat sie zum

Wachstum des Rassismus beigetragen und so die Last der Unterdrückung, die schwarze Frauen der ArbeiterInnenklasse in Nord- und Südamerika und Europa erleiden, verdreifacht.

Das vertraglich abgesicherte Arbeitssystem hat nicht so extreme Formen der Unterordnung und Unterdrückung geschaffen, doch zwang auch dieses den Frauen zusätzliche Belastungen auf, da ihnen ohne jegliche Unterstützung die Verantwortung für die Familie bleibt, wenn der Imperialismus die männlichen Arbeitskräfte benötigt.

Die verheerende Auswirkung des Imperialismus auf die Volkswirtschaften und Halbkolonien hat eine weltweite Wanderarbeit geschaffen. Die Frauen in dieser Gruppe leiden unter spezifischen Formen der Diskriminierung und unter einer schrecklichen Last der Unterdrückung in den ‚Gastländern‘. Institutionalisierte Rassismus und allgemeine Formen des Rassismus in Form des Nationalchauvinismus hindern die meisten dieser Frauen an der Nutzung dieser Errungenschaften, die die Frauen in den imperialistischen Kernländern im Rahmen der bürgerlichen Demokratie gewonnen haben. In den meisten Fällen zwingt der Rassismus diese Frauen, sich in die ImmigrantInnenkreise zurückzuziehen. Wo aus kulturellen oder religiösen Gründen patriarchale Ideologie diese Kreise dominiert, können Frauen zusätzlichen Hindernissen gegenüberstehen, die sie daran hindern, ihre vollen demokratischen Rechte einzufordern, an der ArbeiterInnenbewegung teilzunehmen und gegen ihre eigene Unterdrückung zu kämpfen. Sie werden daher unfähig, die Themen der Frauenunterdrückung innerhalb der ArbeiterInnenklasse als Ganzes aufzugreifen. Eine untergeordnete Position der Immigrantinnen verursachen auch die Einwanderungskontrollen, da in diesen die verheirateten Frauen als anhängig von den Männern gesehen werden. Das Gewicht dieser Unterdrückung und Unterordnung macht es auch doppelt schwer für diese Frauen, die Unterdrückung in ihren eigenen Kreisen und Familien zu bekämpfen.

Eine andere Folge der Einwanderungskontrollen in den imperialistischen Ländern ist, dass sie tausende Frauen von ihren Partnern trennt und daher weder das Ursprungsland noch das Land, wo der Mann beschäftigt ist, die Verantwortung für deren Wohlfahrt übernimmt.

Das Gewicht ihrer Unterdrückung zusammen mit dem Rassismus innerhalb der ArbeiterInnenbewegung und das Versagen der existierenden Frauenbewegungen, konsequent für die Interessen schwarzer Frauen zu kämpfen, schaffen die Bedingung für wachsende Unterstützung für die Strategien, die von SeparatistInnen und schwarzen NationalistInnen vorgeschlagen werden.

Dennoch haben schwarze Frauen immer wieder die Führung in Kämpfen für gewerkschaftliche Organisation, Sozialleistungen und gegen Rassismus übernommen. Dies zeigt das Potential schwarzer und anderer immigrierter Frauen, für eine Klassenlösung ihrer eigenen, spezifischen Unterdrückung zu kämpfen.

Stalinismus und Frauenunterdrückung

17. In der Sowjetunion bleiben die Frauen weiterhin unterdrückt, auch wenn sie ein ArbeiterInnenstaat, der auf nachkapitalistischen Eigentumsverhältnissen beruht, ist. Der zentrale Wesenszug der Frauenunterdrückung – die Existenz einer gesonderten Sphäre der Hausarbeit innerhalb der Familie, für die die Frauen weitgehend verantwortlich sind – gilt in diesem degenerierten ArbeiterInnenstaat weiterhin genauso wie in den imperialistischen Kernländern. Dies ist nicht das Ergebnis irgendeiner „natürlichen“ Grundlage für die Frauenunterdrückung, die von der Klassengesellschaft verschieden wäre. Sondern es reflektiert eher die Art und Weise, wie die Sowjetunion von der gesunden nachrevolutionären Periode hin zu ihrer gegenwärtigen stagnierenden Verfassung entartete.

Die bolschewistische Revolution des Oktobers 1917 verfügte als Schlüsselstelle ihres Programms die Verpflichtung zur vollständigen Befreiung der Frauen. Unmittelbar nach der Machtergreifung wurden gesetzliche Veränderungen durchgeführt, die weiter gingen als in jeder bürgerlichen „Demokratie“ jemals zuvor oder seither – bei der Abschaffung der Ungleichheiten der Frauen auf der Ebene der politischen, gesetzlichen oder bürgerlichen Rechte. Ab Dezember 1917 wurde die zivile Registration der Eheschließung und eine einfache, freie Scheidung gewährt; die Abtreibung wurde 1920 legalisiert und in den sowjetischen Spitälern frei zugänglich gemacht. Zusätzlich versuchten die Bolschewiki, die grundlegenden Charakterzüge der Frauenunterdrückung im Haushalt zu entfernen. Für die Vergesellschaftung der Kindererziehung, gemeinsame Essensausgaben, Wäschereien etc. und die Ermutigung zu Wohnkommunen wurden Pläne erstellt.

Zusätzlich dazu wurde eine große und aktive Frauenabteilung (der „Zhenotdel“) aufgebaut, die Millionen von Arbeiterinnen und Bäuerinnen in die Diskussionen, Entscheidungen und in die praktische Arbeit, das Programm der Befreiung auszuführen, einbezog. Diese Pläne wurden jedoch niemals in ernsthaftem Umfang verwirklicht, da die Verwüstungen des Bürgerkrieges und der Hungersnot das junge Regime unter einen ungeheuren wirtschaftlichen Druck brachten. Gemeinschaftskantinen wurden im Bürgerkrieg eingerichtet, aber nicht mittels irgendwelcher großer Pläne zur Vergesellschaftung und Verbesserung des Lebens, sondern eher, um die spärliche Nahrungsmittelversorgung effizienter zu gestalten. Nach dem Krieg wurde die Periode der „Neuen Ökonomischen Politik“ eingeführt, als deren Auswirkung eine Massenarbeitslosigkeit, unter der die Frauen am meisten litten, entstand.

Um die Mitte der 1930er Jahre hatte das Regime alle Überreste des bolschewistischen Programms für die Vergesellschaftung der Hausarbeit aufgegeben. Mit dem Wachstum der Bürokratie inmitten des Mangels – verstärkt durch die ersten

Fünfjahrespläne – wurden die schlecht ausgerüsteten und schlecht mit Personal besetzten Einrichtungen für Kinderaufsicht, Verpflegung und Waschen weiter einschränkt und die Betonung wieder einmal auf die privaten Haushaltsmethoden gelegt.

Für die bürokratische Schicht wurden auch Hausdiener und -dienerinnen üblich. Eine intensive, heuchlerische Kampagne für den Aufbau der „neuen Familie“ versuchte die Rückkehr zu häuslicher Sklaverei als programmatisches Ziel zu legitimieren. Ansprüche, dass die „sozialistische Familie“ auf Liebe allein aufbaue, wurden mit der Einführung von Beschränkungen für Liebe und Scheidung in den Dreck gezogen.

Wie es Trotzki aufzeigte, lief tatsächlich die ganze Logik des Stalinismus darauf hinaus, die Häufigkeit von „Geldheiraten“ als Mittel, Zugang zu Privilegien oder spärlichen Ressourcen zu bekommen, zu erhöhen. Das Versagen des Stalinismus, den Bedürfnissen der Frauenmassen nach Verhütung und Abtreibung zu entsprechen, führte zu einer wachsenden Zahl der „Engelmacherinnen“ und zu einem Anstieg der Todesfälle durch mangelnde Hygiene bei Abtreibungen. Die Antwort darauf war, die Abtreibung 1936 überhaupt zu illegalisieren, anstatt geeignete Einrichtungen bereitzustellen. Erst nach 1955, inmitten einer Epidemie von Abtreibungsopfern, wurde das Gesetz reformiert.

Der Mangelcharakter der Sowjetwirtschaft brachte mit sich, dass viele der Haushaltsgeräte, die in vielen imperialistischen Ländern die für Hausarbeit und Essenszubereitung nötige Zeit reduziert haben, für sowjetische Frauen nicht verfügbar sind. Dies, zusammen mit häufigen Engpässen an Nahrungsmitteln, kann die Erfahrung der Doppelbelastung für sowjetische Frauen noch drückender machen als für viele Frauen in den imperialistischen Ländern. Die Auswirkung dieses Verrats der bolschewistischen Revolution diskreditierte den Sozialismus in den Augen der ArbeiterInnenklasse der Welt – und insbesondere jener

Arbeiterinnen, die sehen, dass diese „kommunistische“ Gesellschaft für sie dasselbe bedeutet wie die Unterdrückung innerhalb des kapitalistischen Systems.

Die jüngsten „Reformen“ unter Gorbatschow, die weit davon entfernt sind, ein erneuter Versuch zu sein, die Hausarbeit zu vergesellschaften und die Frauen von häuslicher Plackerei zu befreien, wurden teilweise auf der Grundlage befürwortet, dass die Rolle der Familie als gesellschaftliche Einheit noch zu stärken wäre; und auf die sowjetischen Frauen wird zunehmend Druck ausgeübt, dass sie ihre Arbeit aufgeben sollten. Die Bürokratie hat argumentiert, dass es die „Entweiblichung“ der Frauen durch ihre extensive Rolle bei der Fabrikarbeit etc. wäre, die zumindest teilweise für viele der „Krankheiten“ des Gesellschaftssystems verantwortlich sei. Diese reaktionäre Ideologie bildet den Hintergrund für Berichte über die erschütternden Bedingungen, denen sich Arbeiterinnen gegenübersehen, wobei damit vorgegeben wird, im Interesse der Frauen zu handeln, wenn sie zum Zuhausebleiben ermuntert werden.

18. Auch wenn die herrschenden Bürokratien der degenerierten Arbeiterstaaten der Welt ein lebendiges Interesse gezeigt haben und zeigen, die tatsächliche Emanzipation der Frau zu verhindern, und ihren reaktionären Charakter gerade im Schutz der Familie und der Aufrechterhaltung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beweisen, sind die gewaltigen Fortschritte in diesen Gesellschaften (verglichen mit der vorrevolutionären Periode und der heutigen imperialistischen Welt) nicht zu leugnen. In China und Kuba wurden Frauen zum Beispiel gesetzliche Rechte gewährt und eine verbesserte Gesundheitsfürsorge und bessere Sozialleistungen bereitgestellt. Extreme Formen barbarischer Unterdrückung, wie der Handel mit Frauen und Mädchen in China, wurden durch den Staat illegalisiert.

Nichtsdestotrotz bleiben die staatlichen und gesellschaftlichen Führungspositionen in Partei, Gewerkschaft

usw. eine Domäne der Männer. Gerade dies zeigt, dass die Einbeziehung der Frau in die öffentliche Produktion zwar die Grundvoraussetzung zu ihrer Befreiung ist, dies allein aber nicht ausreicht. Angesichts der von der Bürokratie verursachten Misswirtschaft geraten die Errungenschaften der Frauen auch wieder in Gefahr, da sie nicht wirklich politisch abgesichert sind.

In den degenerierten ArbeiterInnenstaaten blieb die Rolle der Frauen weiterhin die, dem Staat und der Gesellschaft durch Hausarbeit, kombiniert mit anderer Arbeit, falls für das Regime notwendig, zu dienen. Die Rolle der Kirche in Polen zum Beispiel wurde niemals von den stalinistischen Bürokratien wirksam angegriffen und ist weiterhin vorherrschend bei der ideologischen und sexuellen Unterdrückung der Frauen.

Frauenbefreiung und Sozialismus

19. Damit die Frauen die vollständige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichheit mit den Männern erreichen, muss die gesellschaftliche und wirtschaftliche Basis ihrer Unterdrückung zerstört werden. Die Existenz der Familie als eine privatisierte Sphäre der Arbeit muss beendet werden. Dies kann nur durch die völlige Vergesellschaftung von Kindererziehung und Hausarbeit erreicht werden. Deshalb lehnen wir die Idealisierung der ‚proletarischen Familie‘ durch den Stalinismus ab, der in Wirklichkeit eine Kopie der bürgerlichen Familie ist, in der die privatisierte Hausarbeit – in diesem Fall im Interesse der Bürokratie – erhalten bleibt. Die Aufgaben, das für Reproduktion notwendige Essen, Unterkunft und Annehmlichkeiten bereitzustellen, müssen von der Gesellschaft kollektiv übernommen werden, um so die individuelle Verantwortung jeder einzelnen Familie, damit zurechtzukommen, zu beenden. Nur wenn die Frauen von dieser häuslichen Sklaverei erlöst sind, können sie voll und gleichwertig neben den Männern in die vergesellschaftete Produktion einbezogen werden.

Diese Vergesellschaftung jedoch wird nur dann einen tatsächlich sozialistischen Charakter tragen, wenn sie von der Zerstörung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung (und der entsprechenden Rollenbilder) auch in der sozialisierten Produktion begleitet wird. Historisches Subjekt für diese spezielle Umwälzung, die gezielte Aufhebung der bürgerlichen Familie und die Überwindung der geschlechtsspezifischen Zwänge, sind nicht nur die Frauen, obwohl sie der vorwärtstreibendste Teil der Arbeiterklasse in dieser Angelegenheit sein werden.

Sicher werden Frauen als undifferenzierte Masse in diesem Kampf nicht einheitlich agieren, um die männliche Dominanz und die bürgerliche Familie zu zerstören. Das Gegenteil zu glauben würde bedeuten, der spontaneistischen Idee zu verfallen, dass die Tatsache der Unterdrückung automatisch eine einheitliche Form des Widerstandes unter den Unterdrückten schaffe. Wie in jedem anderen Kampf wird hier die Avantgarde eine entscheidende Rolle spielen. Die revolutionäre Partei selbst, und im wesentlichen die weiblichen Mitglieder der Partei, werden an der Vorderfront dieses Kampfes sein. Kommunistische Frauen werden die fortschrittlichsten Schichten der ArbeiterInnenklasse, einschließlich derjenigen KlassenkämpferInnen, die nicht Parteimitglieder sind, und insbesondere Frauen organisieren, um den Sexismus zu bekämpfen, für Gleichheit zu kämpfen und die ganze Masse der ArbeiterInnen zu mobilisieren, um ihre Rolle als historisches Subjekt der sozialistischen Umwandlung und der Frauenemanzipation zu spielen.

Diese Aufgaben sind nicht vom Sturz des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln zu trennen. Dann, und nur dann erst, wird es möglich sein, auf der Grundlage einer Planwirtschaft systematisch alle Aspekte der Frauenunterdrückung – gesetzliche, wirtschaftlich, gesellschaftliche und politische – auszumerzen. Um diesen Prozess einzuleiten, ist die Übernahme der Staatsmacht durch die ArbeiterInnenklasse,

bewaffnet und organisiert in ArbeiterInnenräten und ArbeiterInnenmilizen, und die Unterdrückung des Widerstandes der AusbeuterInnen notwendig.

Die Unterordnung der Frauen und der zentrale Platz der Familie im Alltagsleben waren die Wesenszüge aller früheren Klassengesellschaften. Die wirkliche Befreiung der Frauen und Kinder von ihrer Unterdrückung, ebenso wie die Änderung der Lebensweise aller im Sozialismus, wird einen langen und schwierigen Kampf gegen die Ideen und Normen der Vergangenheit erfordern. Die Umwandlung der Persönlichkeit, der Psyche, was für die Leute notwendig sein wird, um kollektiv und kooperativ zu leben, wird Generationen brauchen, bis sie vollkommen erreicht sein wird. Die tiefen psychischen Wunden, die das Aufwachsen und Arbeiten in einer Gesellschaft bedeuten, die auf Profit, Gier und Kampf gründet, werden nicht über Nacht verschwinden. Ein bewusster Kampf für eine Veränderung wird viele Jahre hindurch erforderlich sein. Aber mit der materiellen Basis für Kollektivität, ermöglicht durch die Schaffung eines ArbeiterInnenstaates, Planung nach Bedürfnis und nicht nach Profit, die Zerstörung der Einzelhaft des Privathaushaltes, wird der „Kampf“ für eine neue Psyche, für ein neues, menschliches Wesen und wirklich befreite sexuelle Beziehungen möglich sein.

1848 erhoben Marx und Engels die Forderung nach Abschaffung der bürgerlichen Familie. In Russland nach dem Oktober 1917 wurde jedoch klar, dass die durch den Kapitalismus aufgebauten Familienbeziehungen nicht mit einem Schlag abgeschafft werden konnten. Der ArbeiterInnenstaat schuf die wirtschaftliche Grundlage, auf der die Hausarbeit vergesellschaftet werden konnte (auch wenn der Stalinismus die Verwirklichung der Errungenschaft – wie in so vielen anderen Fällen – vereitelt hat).

Durch die Vergesellschaftung vieler Aspekte der Hausarbeit schafft der ArbeiterInnenstaat die bürgerliche Familie nicht ab, aber stellt die Mittel bereit, durch die sich die Frauen

vom familiären Gefängnis und von der privatisierten Arbeit lösen können.

In dem Ausmaß, als dieser Prozess der Vergesellschaftung (durch gemeinsame Kinderbetreuung, Wasch- und Essenseinrichtungen) erfolgreich ist, wird die Grundlage der „alten“, vom Kapitalismus geerbten Familie ausgelöscht. In diesem Sinn wird die „alte“ Familie, wie der Staat selbst, mit dem Fortschritt in Richtung Kommunismus absterben. Ebenso wenig jedoch, wie wir uns dazu verleiten lassen, das Wesen der Geschlechterbeziehungen im Kommunismus auf eine utopische Weise vorauszusagen, werden wir uns dazu verleiten lassen, ein Bild dessen zu malen, wie die „Familie“ im Kommunismus aussehen wird.

Die bürgerliche Familie wird verschwinden. Was sie ersetzen wird, ist etwas, das die Menschen der Zukunft entscheiden werden, frei von materiellen und ideologischen Fesseln, die die Familienbeziehungen im Kapitalismus charakterisieren (und quälen). So werden die Bedingungen für eine wirkliche sexuelle Befreiung, bei der die Menschen frei ihre Sexualität bestimmen, geschaffen werden.

20. Die Rolle der Frauen beim Sturz des Kapitalismus und beim Aufbau des Sozialismus ist wesentlich. Als Teil der ArbeiterInnenklasse müssen die Frauen in den Kampf um die Macht einbezogen sein. Frauen in der ganzen Welt haben ihre Fähigkeit zum Kampf entschlossen gezeigt. Tatsächlich ist es oft der Fall, dass Arbeiterinnen, angesichts der schweren Probleme, die Familie zu führen und zu arbeiten, eine explosive Kraft im Klassenkampf darstellen (zum Beispiel in Russland im Februar 1917). Mehr noch, da Frauen oft unorganisiert oder erst frisch organisiert sind, können sie eine Zeitlang eine explosive Kampfbereitschaft mit der Freiheit von bürokratischer Herrschaft und Regeln, die die „normale“ Gewerkschaftsroutine charakterisieren, verbinden. Gerade aufgrund der mit der Hausarbeit und Kindererziehung verbundenen Belastungen und Aufgaben spielen eigenständige

Organe der Frauen, wie (Haus-)Frauenkomitees zur Preiskontrolle und Nahrungsmittelverteilung, in vor- und revolutionären Perioden als Teile einer proletarischen Frauenbewegung eine entscheidende Rolle für die Errichtung von Organen der ArbeiterInnenmacht. Ein Versagen dabei, die Arbeiterinnen wirklich für den Kampf zu gewinnen, kann sie zur Beute der Argumente der herrschenden Klasse werden lassen und sie als eine rückständige Kraft innerhalb der ArbeiterInnenklasse wirken lassen. Als diejenigen, die am direktesten in die Kinderbetreuung, die Versorgung mit Alltagsbedürfnissen und die grundlegendsten „Haushaltsverrichtungen“ involviert sind, werden die Erfahrung und der Beitrag der Frauen lebensnotwendig bei der Planung einer gesellschaftlichen Vorsorge für diese Aufgaben sein.

Die Arbeiterinnen sind zentral im Kampf für die Emanzipation sowohl der ArbeiterInnenklasse als auch der Frauen – sie sind die am meisten unterdrückte Sektion ihres Geschlechtes. Unter den Frauen haben sie das radikalste Interesse am Sturz ihrer Unterdrückung im Kapitalismus. Die Erlangung gleicher Rechte und Möglichkeiten oder utopische Schemata für individuelle sexuelle und psychische Befreiung werden nicht die grundlegenden Bedürfnisse der proletarischen Frauen befriedigen. Und innerhalb der ArbeiterInnenklasse haben sie keine aristokratischen Privilegien (und einen vergleichsweise geringeren Status an beruflicher Qualifikation) und keine hohen Löhne, die sie mit dem Kapitalismus versöhnen könnten.

Jedoch nur allzu oft werden die am besten organisierten Arbeiterinnen von reformistischen GewerkschaftsführerInnen, die ihrerseits Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen haben, in die Irre geführt. Dies und zusätzlich noch die traditionelle Rückständigkeit vieler Frauen aufgrund ihrer Isolation daheim, als Beute der Ideen der Massenmedien und der Kirche, zeigen auf, dass intensive Unterdrückung und Ausbeutung für sich allein nicht ausreichend sind, um Frauen an die Führung des Befreiungskampfes zu bringen. Dies gilt

auch in den Halbkolonien, wo die Unterdrückung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen sogar noch schärfer ist als in den imperialistischen Ländern.

Die ArbeiterInnenklasse ist die erste ausgebeutete Klasse, die imstande ist, jegliche Ausbeutung zu beenden. Nicht einfach deswegen, weil sie die am meisten ausgebeutete und unterdrückte Klasse ist, sondern weil der Kapitalismus selbst sie im Zentrum der gesellschaftlichen Produktion organisierte und sie damit befähigte, sich ihrer selbst als Klasse bewusst zu werden, sich gegen die KapitalistInnen zu organisieren, sie zu stürzen und die Produktion zu reorganisieren. Die Frauen bilden einen Teil der ArbeiterInnenklasse mit genau diesem Potential. Obwohl der Kapitalismus niemals imstande war, alle proletarischen Frauen in die Produktion einzubeziehen, stellen die Frauen einen zentralen Bestandteil der menschlichen Arbeitskraft dar, und es sind gerade die in Lohnarbeit stehenden Frauen, die – teilweise von den verdummenden Auswirkungen der häuslichen Isolation erlöst – als Avantgarde aller proletarischen Frauen handeln kann.

Feminismus

21. Der Begriff „Feminismus“ beschreibt die Ideen und die Praxis sowohl der modernen Frauenbefreiungsbewegung (der 1960er und 1970er Jahre) als auch der liberalen Frauenrechtlerinnen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Grundlegend für die Anhängerinnen dieser Bewegungen ist die Idee, dass der Kampf um die Rechte der Frauen vom Kampf gegen andere Ungleichheiten, gegen Ausbeutung und Unterdrückung unterschieden werden kann. Das heißt, dass es eine getrennte Frauenfrage gibt, die alle Frauen ohne Ansehen ihrer Klasse gleich betrifft und die von allen Frauen gelöst werden kann, indem sie gemeinsam, ohne Ansehen ihrer Klasse, handeln. Diese Auffassung einer besonderen Frauenfrage, getrennt vom Klassenkampf, ist der vereinigende Wesenszug aller Spielarten des Feminismus.

MarxistInnen glauben jedoch, dass die Ursprünge, die Fortdauer und die genauen Formen der Frauenunterdrückung untrennbar mit der Klassengesellschaft verbunden sind. Da Klassengesellschaft und Frauenunterdrückung wechselseitig voneinander abhängen, kann es keine gesonderte „Frauenfrage“ und daher auch keine verschiedene Ebene des Kampfes geben.

Das Wesen des Feminismus, wenn er auch aufgrund von konkurrierenden Theorien und seiner Praxis von Spaltungen zerrissen sein mag, besteht darin, dass diejenigen Themen, die sich auf Frauen beziehen, auf eine gesonderte Ebene gehoben werden. Das bedeutet nicht, dass alle Feministinnen die Themen, die Klassenausbeutung und imperialistische Unterdrückung betreffen, zurückweisen, aber ihre Theorien – und noch wesentlicher, ihr Befreiungsprogramm – verbinden nicht die verschiedenen Kämpfe in einer zusammenhängenden Weise. Der Feminismus ist daher unfähig, eine revolutionäre Herausforderung gegenüber der Frauenunterdrückung zu bilden. Bei dem Versuch, eine Strategie für die Gleichheit oder Befreiung der Frauen ohne eine Strategie für die ArbeiterInnenmacht zu liefern, verbleibt der Feminismus eine utopische Ideologie.

22. Die bürgerlich-demokratischen Revolutionen riefen bei Teilen der liberalen Bourgeoisie und der Intellektuellen Erwartungen auf eine wirkliche Gleichheit hervor. Dies wurde auf die Rechte der Frauen erweitert und bildete den Antrieb für die bürgerliche Frauenbewegung. Das erste beeindruckende Beispiel lieferten die ersten Frauenrechtlerinnen unter Olympe de Gouges, die auf dem Höhepunkt der französischen Revolution die völlige juristische und politische Gleichstellung aller Frauen forderte und deswegen von der JakobinerInnendiktatur aufs Schafott geschickt wurde.

In den 1930er und 1940er Jahren des vorigen Jahrhunderts verband sich diese unterdrückte Tradition einer radikal-demokratischen Frauenbewegung mit dem utopischen Sozialismus der entstehenden ArbeiterInnenbewegung, wie im Falle von Flora

Tristan mit ihren saint-simonistischen Mitkämpferinnen. Die bürgerliche Frauenbewegung erreichte in den 1980er und 1990er Jahren v.a. in Britannien, den USA, Australien und Neuseeland Masseneinfluss, um das Wahlrecht durchzusetzen. Trotz der von den Suffragetten bewiesenen Hartnäckigkeit und Militanz, die eine starke Repression des bürgerlichen Staates hervorrief, und trotz schrittweiser Verbesserungen und Wahlrechtsreformen um die Jahrhundertwende, versagte die bürgerliche Frauenbewegung aufgrund ihrer bürgerlich-demokratischen Beschränkungen. Obwohl ein historisch progressiver Forderungskatalog, gab es einen Widerspruch zwischen den Klasseninteressen dieser Frauen und ihren Aspirationen nach Geschlechtergleichheit, die im Kapitalismus nicht vollständig erreicht werden konnte. Für einfache Forderungen nach gleichen Rechten – Frauenwahlrecht, Zugang zu Bildung und Beruf, Besitz- und Scheidungsrechte – wurde oft militant gefochten, aber solange sie von bürgerlichen Frauen vorgebracht wurden, konnten sie niemals über ein Reformprogramm hinausgehen.

Ein derartiges Programm griff unvermeidlich darin zu kurz, die wirklichen Wurzeln der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frauen, nämlich die kapitalistische Gesellschaft selbst, zu erfassen. Insofern war es in keiner Weise ein Programm für die Emanzipation der Frauen. Ihr beschworenes Ziel erweiterter Rechte für alle Frauen würde das kapitalistische System, aus dem sie ihre Klassenprivilegien gewannen, destabilisieren, auch wenn diese Vorteile geringer waren als die ihrer männlichen Gegenspieler. Dieser Widerspruch führte dazu, dass die bürgerliche Frauenbewegung sich an zentralen Punkten spaltete.

So wurden zum Beispiel bei Ausbruch des ersten Weltkrieges einige wenige Frauen, wie Sylvia Pankhurst, für die Seite der ArbeiterInnenklasse gewonnen, während andere, einschließlich Emmilene und Christabel Pankhurst, zeigten, dass ihre Klasseninteressen überwogen und sie zur Unterstützung ihres „Vaterlandes“ brachten, indem sie ihre feministischen

Forderungen zugunsten der Fortdauer des imperialistischen Krieges fallen ließen. Sie waren bereit, das Wahlrecht für die Masse der Frauen im Austausch für Almosen seitens der KapitalistInnen zu opfern, die den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Frauen politische Rechte auf der Grundlage von Besitz- und Eigentumsgrößen gewährten.

Die Gefahr des bürgerlichen Feminismus für die ArbeiterInnenklasse bestand in seinem Versuch, alle Frauen in seine Reihen beim Kampf um gleiche Rechte einzugliedern. Bei Wahlrechtsgesellschaften bedeutete diese oft, dass Arbeiterinnen als Unterstützerinnen für die Wahlrechtskampagnen für Frauen mit Eigentum benutzt wurden. Diese Verbindung von Arbeiterinnen mit der bürgerlichen Frauenbewegung ist eine Form der Klassenkollaboration, die die Unabhängigkeit der Arbeiterinnen, die für ihre eigenen Rechte kämpften, untergräbt. Sozialistische Frauenbewegungen standen immer in scharfer Opposition zu den Versuchen bürgerlicher Frauen, ihre proletarischen „Schwestern“ für deren eigene Ziele zu gebrauchen.

Zusätzlich zu den Gefahren der Klassenkollaboration wurden Forderungen der bürgerlichen Feministinnen in einigen Fällen dazu benutzt, um die ArbeiterInnenklasse anzugreifen. Insbesondere in den USA wurde die Forderung nach gleichem Wahlrecht für weiße Frauen von den führenden Feministinnen auf der Basis begründet, dass schwarze Männer kein Stimmrecht haben sollten, wenn die weißen Töchter der Bourgeoisie auch über keines verfügten. Ihr Rassismus und die Unterstützung, die viele Führerinnen der Fortdauer der Sklaverei gegeben hatten, machten sie zu klaren Feinden der ArbeiterInnenklasse.

Mehr noch, in historisch entscheidenden Situationen spaltete sich die bürgerliche Frauenbewegung oder ging insgesamt, wie im Fall der deutschen Frauenbewegung, zur Vaterlandsverteidigung über. Schlimmer noch, der bürgerlichen Frauenbewegung war von Anfang an der Charakterzug eigen, dass sie selbst eine feministische Form der Klassenkollaboration

darstellte, was führende Frauenrechtlerinnen dazu brachte, zwar das Wahlrecht für Frauen der besitzenden Klassen, aber nicht das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle zu fordern. Dem bourgeois Paternalismus einzelner UnternehmerInnen wurde ein feministisches Programm von Sozialreform und Bevormundung der Frauen der ‚armen und ungebildeten‘ Klassen entgegengesetzt. Mit der Erreichung des Frauenwahlrechtes und sonstiger rechtlicher Angleichung der Stellung der Frau in den imperialistischen Ländern verschwand die bürgerliche Frauenbewegung von der politischen Szenerie, wobei der rechteste Flügel in Deutschland im Nationalsozialismus aufging.

23. Die zweite Hauptphase des Feminismus tauchte in den späten 1960er Jahren auf und bildete die Frauenbefreiungsbewegungen in den USA und in Westeuropa, die bis in die 1970er Jahre andauerten. Die Bewegungen traten als Ergebnis der dramatischen Veränderungen der materiellen Bedingungen der Frauen, die seit dem zweiten Weltkrieg stattgefunden hatten, auf. Die Ausweitung der Ausbildung und steigende Berufsmöglichkeiten für Frauen in dem langen Nachkriegsboom brachten eine große Anzahl von Frauen zu höherer Bildung und Angestellten- oder BeamtInnenberufen. Verbesserte Verhütungsmethoden und Abtreibungsmöglichkeiten neben dieser Ausweitung der Berufschancen führten zu gestiegenen Erwartungen vieler dieser Frauen nach gleichen Rechten. Die klare Diskriminierung von Frauen in Ausbildung und Beruf und die soziale Isolation, auf die sie trafen, wenn sie den Beruf aufgaben, um sich um die junge Familie zu kümmern, waren ein Ansporn, um ihre Unterdrückung zu bekämpfen.

Die Kampfbereitschaft der ArbeiterInnenklasse, besonders im Mai '68, und die Radikalisierung der StudentInnen und Jugendlichen während der Bürgerrechtskampagnen und der Anti-Kriegs-Bewegung in den USA, die Vietnam-Solidaritätskampagnen in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa wirkten als Ansporn für die Mobilisierungen der Frauen. Arbeiterinnen

griffen ihre eigenen Forderungen für gleichen Lohn und verbesserte Arbeitsbedingungen, gewerkschaftliche Rechte etc. auf, und die Frauen in den radikalen Bewegungen und innerhalb der Organisationen der alten und neuen Linken rebellierten zuerst gegen den Sexismus ihrer männlichen „Genossen“ und griffen später ihre eigenen Forderungen nach Gleichheit und Befreiung auf. Die Frauenbefreiungsbewegung, die in dieser Periode wuchs, war, ungleich der ersten Phase des Feminismus, in politischer Hinsicht ihrem Charakter nach kleinbürgerlich. Dies resultiert aus seiner Massenbasis unter den Frauen der Intelligenz, der oberen Sektionen des Proletariats und der StudentInnen.

Gebrochen widerspiegelte die Zusammensetzung der Bewegungen die politische Tradition und die aktuelle Stärke der ArbeiterInnenbewegung des jeweiligen Landes ebenso, wie die Intensität der Klassenkämpfe Richtung und Inhalte ihrer Entwicklung beeinflusste. In den USA, wo die Frauenbefreiungsbewegung zuerst heranwuchs, gab es ein starkes bürgerliches Element um die „National Organisation of Women“ (NOW), die in Zusammensetzung, Zielen und Methoden den frühen bürgerlichen Feministinnen ähnlich war. In den Teilen Europas, wo es stärker organisierte ArbeiterInnenbewegungen gab, identifizierten sich wichtige Teile der Frauenbefreiungsbewegung mit der Bewegung der ArbeiterInnenklasse.

Den größten Einfluss auf die frühe Frauenbefreiungsbewegung hatten radikale Feministinnen in den USA, wie die „Red Stockings“ (Rotstrümpfe) in New York. Diese Gruppen – in den USA und in Westeuropa – waren radikal und militant und machten auf die Medien und die ArbeiterInnenbewegung, die für eine so lange Zeit die Frage der Frauenunterdrückung ignoriert hatten, einen bedeutenden Eindruck. Zusammen mit dem Druck organisierter Arbeiterinnen für gleichen Lohn, Kinderbetreuung etc. kann es keinen Zweifel geben, dass die frühe Frauenbefreiungsbewegung einen wichtigen Beitrag dazu

leistete, die Frage der Frauenbefreiung aufs Tapet zu bringen. Gerade angesichts des vorherrschenden Sexismus in der ArbeiterInnenbewegung bedeutete die Organisierung und Mobilisierung der Frauen einen begrenzten Fortschritt. Jedoch so, wie sie auf einer falschen Ideologie, dem Feminismus, basierten, waren sie unfähig, grundsätzliche Veränderungen in der Gesellschaft zu erzielen.

Da die Fähigkeit der UnternehmerInnen, den Frauen begrenzte Reformen zuzugestehen, von den Wirtschaftsgewinnen abhing, zwang das Ende des Nachkriegsbooms und der Beginn der Rezession die fortschrittlichsten Teile der Frauenbewegung zu der Erkenntnis, dass sie nicht einfach Vorurteile bekämpfen müssten, sondern das gesamte Wesen der kapitalistischen Gesellschaft. Versuche, eine Theorie und ein Programm zu entwickeln, um mit derartig grundlegenden Fragen fertig zu werden, führten zu größeren Brüchen und Spaltungen innerhalb der Bewegung.

Der Feminismus in den 1980er Jahren hat seine Ursprünge in diesen frühen Spaltungen, vor allem von radikalem und sozialistischem Feminismus, aber zunehmend tauchte auch eine Tendenz des liberalen Feminismus auf.

24. Der Radikalfeminismus tauchte als eine eigene und einflussreiche Kraft auf, als die Frauenbefreiungsbewegung selbst an die Grenzen ihres eigenen Programms und ihrer Organisation stieß. Er fußte auf den Versuchen einer theoretischen Definition der Frauen als eine eigene unterdrückte und ausgebeutete Kaste oder Klasse, die sich getrennt in Opposition zu ihrem Klassenfeind – den Männern – organisieren sollte. Dies ist eine bewusst antimarxistische Herangehensweise, die männliche Arbeiter als Feinde und bürgerliche Frauen als Verbündete im Kampf für die Frauenbefreiung identifiziert. Es gibt verschiedene theoretische Stränge des Radikalfeminismus, sie sind jedoch durch ein Konzept des Patriarchats als das zugrundeliegende System der Unterdrückung, noch grundlegender als die

Klassenbeziehungen, vereint.

Die Männermacht steht im Ursprung der Frauenunterdrückung, und sie wird gegen die Frauen durch den Staat, die Familie und durch individuelle Beziehungen zwischen Männern und Frauen ausgeübt. Die Gewalt der Männer gegen Frauen ist die Methode, mittels der die Männer die Frauen unterdrückt halten und daher eine zentrale Angelegenheit, was die Gruppen dazu gebracht hat, sich auf Kampagnen gegen Vergewaltigung und Gewalttätigkeit auszurichten. In den 1980er Jahren wurde diese Konzentration auf individuelle Männergewalt durch eine Ausdehnung auf militärische Ziele aufgehoben. Atomwaffen werden als die extremsten Beispiele der Männermacht angesehen; radikale Feministinnen haben Friedenslager errichtet usw.

Der Radikalfeminismus ist im wesentlichen eine kleinbürgerliche Ideologie, die zu bestimmten Fragen zutiefst reaktionäre Positionen einnimmt. Zuerst behauptet er, dass die Männer Feinde seien, und argumentiert daher gegen jegliche ArbeiterInneneinheit gegenüber den UnternehmerInnen. Dies führt zum Ausschluss der Männer von allen Veranstaltungen der Frauenbefreiungsbewegung und bei einigen Gruppen zum Ausschluss der heterosexuellen Frauen, die der Zusammenarbeit mit dem Feind bezichtigt werden. In einigen Gruppen führte dies zur Weigerung, z.B. männliche Kinder in ihren Kindergärten zuzulassen.

Zweitens führte ihre Konzentration auf Männermacht, Gewalt und Sexualität sie dazu, sich auf die Seite rechter pressure-groups bei Kampagnen gegen Pornographie, Sexshops etc. zu schlagen. Sie wurden Teil einer repressiven Lobby, die den Staat ermutigt, Filme und Bücher zu verbieten und Leute, mit deren Sexualität sie nicht übereinstimmen, zu schikanieren. Es erübrigt sich zu sagen, dass lesbische und schwule Publikationen sich als eines der Hauptziele der Antipornographie-Gesetzgebung in Großbritannien und in den USA erweisen sollten. Drittens argumentieren sie, dass den Frauen für die Hausarbeit Löhne bezahlt werden sollten, da sie

die Familie als den Platz ansehen, wo die Männer die Frauenarbeit ausbeuten. Dies ist eine rückständige Losung, die nicht zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen durch ihre Einbeziehung in die gesellschaftliche Produktion führt, sondern zu einer Bekräftigung des Zuhauses als besonderem Bereich der Frauen.

25. Der sozialistische Feminismus tauchte als spezifische Strömung innerhalb der westlichen Frauenbewegung während der 1970er Jahre als Antwort auf den Radikalfeminismus auf. Er war in den USA eine kleine Tendenz, wobei er die Schwäche der organisierten ArbeiterInnenbewegung widerspiegelte, jedoch einflussreicher in Britannien, Italien, Holland und Frankreich. Viele Frauen in der Frauenbefreiungsbewegung waren vom Aufschwung der Aktivität unter den Arbeiterinnen in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren beeinflusst und hatten daran teilgenommen. Dies traf besonders auf Großbritannien zu. Frauen insbesondere aus linken Gruppen traten der Frauenbefreiungsbewegung entweder als Individuen oder als organisierte Tendenzen bei.

Sie fanden sich der radikalen Opposition gegen jegliche Orientierung auf die ‚männlich beherrschte‘ ArbeiterInnenbewegung gegenüber und waren unfähig, die radikalfeministischen Anschuldigungen, dass der Marxismus die Unterdrückung der Frauen nicht erklären könne und dass die existierenden linken Organisationen von Sozialdemokratie und Stalinismus bis zum Zentrismus bezüglich der Frauenfrage eine erschütternde Vergangenheit aufwiesen, zu beantworten. Tatsächlich war es nicht überraschend, dass die Geschichte der Linken so schlimm war. Die revolutionär-kommunistische Position zur Frauenfrage und zur Arbeit unter den Frauen war von den marxistischen KlassikerInnen und der gesunden Komintern bis 1923 erst in entscheidenden Ansätzen entwickelt worden. Aber der Aufstieg des Stalinismus und die Vorherrschaft des Stalinismus und der Sozialdemokratie seit Mitte der 1920er Jahre über die ArbeiterInnenbewegung

garantierten, dass diese Position begraben wurde.

Nach dem Krieg waren die Gruppen, die sich als trotzkistisch bezeichneten, nicht erfolgreich gewesen, das theoretische Verständnis und ein Programm für die Frauenfrage wiederzuerstellen, ganz zu schweigen davon, es für die Nachkriegsperiode zu verfeinern und zu entwickeln. Die Tradition des „Internationalen Komitees der Vierten Internationale“ – und in Großbritannien die Cliffsche Tradition – hatten anfänglich eine rein ökonomistische Antwort auf das durch den Aufstieg der Frauenbefreiungsbewegung für RevolutionärInnen gestellte Problem. Sie spielten die Frauenfrage alle zusammen herunter, indem sie die Angelegenheit der Frauen in ausschließlich gewerkschaftlichen Begriffen darstellten. Die Frauenbefreiungsbewegung, nachdem sie als kleinbürgerlich charakterisiert worden war (eine korrekte Klasseneinschätzung, aber schwerlich das letzte Wort zum Thema, insbesondere nachdem alle anderen kleinbürgerlichen Bewegungen, besonders die nationalistischen, von den gleichen Gruppen in den Himmel gehoben wurden), wurde einfach abgetan. Der sozialistische Feminismus tauchte in diesem Klima auf. Das Ergebnis war, dass bestimmte Teile der zentristische Linken, insbesondere das „Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale“, das eine andere neue Avantgarde im Werden witterte, bewusst ihre Politik an die sozialistisch-feministische Bewegung anzupassen begannen.

Die sozialistischen Feministinnen haben eine Reihe von theoretischen Positionen entwickelt, die ein marxistisches Verständnis von Geschichte und Klasse mit dem, was sie als ein feministisches Verständnis der Frauenunterdrückung ansehen, zu verbinden versucht. Diese Theorien scheiterten aus einer Vielzahl von Gründen. Zuerst einmal stimmen sie alle darin überein, dass Marx' politische Ökonomie „geschlechtsblind“ sei und das wirtschaftliche Verhältnis der Frauen zu Produktion und Reproduktion nicht erklären könne. Die Tatsache, dass Marx dieses Verhältnis in seinen Schriften niemals explizit

erforschte, bedeutet nicht, dass seine Kategorien und Methoden in dieser Angelegenheit nutzlos wären.

Marx' historischer Materialismus gibt uns die Werkzeuge, wie er es auch für Engels getan hatte, um die Frauenunterdrückung im Zusammenhang des Klassenkampfes zu verstehen, indem er die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb derer Frauen hinsichtlich ihrer Beziehung zur Produktionsweise unterdrückt sind, erklärt.

Sozialistisch-feministische Theorien haben versucht, auf Marx andere Kategorien, wie die von „Reproduktionsweisen“, die relativ autonom von der Produktionsweise seien, aufzupropfen. Diese Theorien, die sich stark in ihrer Verfeinerung und ihrem Verständnis von Marx unterscheiden, führen alle zum Schluss, dass es irgendetwas Besonderes an der Dynamik der Frauenunterdrückung gäbe; eine Dynamik, die tiefer liege als die fundamentalen Klassengegensätze, die Marx darstellte. Und gerade diese Schlussfolgerung ist falsch. Sie führt die sozialistischen Feministinnen dazu, ihre Praxis, die die „Frauenfrage“ auf eine besondere Sphäre absondert, theoretisch zu rechtfertigen.

Zweitens, und damit verwandt, teilen die meisten sozialistischen Feministinnen mit dem Radikalfeminismus den Begriff des Patriarchats-Strukturen und Ideen, die unabhängig von der einzelnen Klassengesellschaft die männliche Vorherrschaft reproduzieren – als irgendetwas von den Beziehungen der herrschenden Klasse und ihrem Staat Getrenntes. Im Zentrum davon steht die Idee, dass die Familie die gesellschaftliche Einheit sei, in der die Frauen direkt von ihren Vätern, Ehemännern oder anderen männlichen Verwandten unterdrückt würden, mit der Implikation, dass diese über die Frauen eine Klassenüberlegenheit genießen würden. Dies ist grundsätzlich falsch. Wie der Radikalfeminismus endet es damit, die Männer, gleich welcher Klasse, als Feinde anzugreifen. Wir argumentieren, dass die Familie ein für den Kapitalismus notwendiges Verhältnis ist und dass es nur die

KapitalistInnen sind, die von der Aufrechterhaltung der Familien substantiellen Nutzen ziehen. Aus diesem Grund weisen wir die Idee zurück, dass das „Patriarchat“ als ein gesellschaftliches Verhältnis innerhalb jeder Familie existiere und der tiefste Grund der Frauenunterdrückung sei. Wir weisen jedoch den Begriff des Patriarchats nicht gänzlich zurück.

Die Familienstruktur mit einem männlichen Oberhaupt, das Frauen und Kinder beherrscht, ist patriarchalisch und verleiht den Männern innerhalb der Familie und der Gesellschaft Prestige. In früheren Klassengesellschaften gründete sich die Familienstruktur auf ein tatsächliches wirtschaftliches Verhältnis, wo die männlichen Familienoberhäupter das Arbeitsprodukt der Frauen und Kinder kontrollierten. Für die Massen der Leibeigenen, der Bauern/Bäuerinnen ergab diese Kontrolle für die Männer keine besonders großen Vorteile, da jegliches Mehrprodukt von den herrschenden Adligen und GrundbesitzerInnen angeeignet wurde. Aber innerhalb der Familie verlieh es den Männern die Macht, die Arbeit der Frauen und Kinder zu regeln – und damit die gesellschaftliche Vorherrschaft.

Viele sozialistisch-feministische Theorien schaffen es nicht, die ArbeiterInnenfamilie im Kapitalismus zu verstehen, da sie nicht die Umwandlung der Rolle dieser Familie gesehen haben. Ihr Begriff des Patriarchats innerhalb der Familie ist unhistorisch, da sie dieses als konstante Struktur der Unterdrückung neben der historischen Entwicklung der Klassengesellschaften betrachten und die sich verändernde soziale Funktion von Familie und männlicher Vorherrschaft in der ArbeiterInnenklasse ignorieren.

Der sozialistische Feminismus stellt damit keinen qualitativen Bruch mit den Irrtümern des Radikalfeminismus dar und behält das utopische und letztlich reformistische Programm bei. Da der sozialistische Feminismus die radikalfeministische Vorstellung einer besonderen Dynamik, die der Frage der

Frauenunterdrückung anhaftet, teilt, wird auch das Gebiet, worauf er seine Forderungen und Kämpfe konzentriert, ebenso geteilt. Er war zu Fragen in Verbindung mit Männergewalt, Sexualität und Fruchtbarkeit am aktivsten. Innerhalb der ArbeiterInnenbewegung haben die sozialistischen Feministinnen Themen des Sexismus aufgeworfen, Aktionsprogramme für Frauen in den Gewerkschaften und am Arbeitsplatz entwickelt und Kampagnen, dass die Männer mehr Verantwortung für die Hausarbeit und Kinderbetreuung übernehmen sollten, geführt.

Obwohl all dies Fragen sind, die auch RevolutionärInnen ernsthaft aufgreifen müssen, umgehen die sozialistischen Feministinnen doch das grundlegende Problem, dem sich Frauen gegenübersehen: den Kapitalismus. Sie weisen ebenso die Idee zurück, dass die Arbeiterinnen in der Avantgarde eines Kampfes für Frauenbefreiung sein müssten, indem sie es vorziehen, ihr Bündnis mit den Radikalfeministinnen und kleinbürgerlichen oder bürgerlichen Verbündeten in einer klassenübergreifenden Frauenbewegung zu bewahren. Die sozialistischen Feministinnen haben argumentiert, dass männliche Arbeiter kein natürlicher Verbündeter der Arbeiterinnen wären, dass sie – obwohl sie die Frauen unterdrücken – der größere Teil einer Klasse seien, die das Potential zur Schaffung der ökonomischen Vorbedingungen für die Frauenbefreiung, d.h. für den Sozialismus, besitze. Sie argumentieren daher, dass die Arbeiter zeitweilige Verbündete bei einigen Kämpfen seien, dass sie aber letztlich zu einer Kraft würden, gegen die sich die Frauen organisieren müssten.

Das „Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale“, an vorderster Front im Kampf, eher den Feminismus in die sozialistische Bewegung zu bringen als eine revolutionäre Politik in die Frauenbewegung, argumentierte in den 1970er Jahren, dass die Frauen ein natürlicher Verbündeter der ArbeiterInnenklasse wären. Damit meinten sie ALLE Frauen. Dies ist ein unkorrekter und irreführender Begriff, der von dem Problem klar widersprüchlicher Klasseninteressen zwischen

bürgerlichen und proletarischen Frauen ablenkt. Es sind die Arbeiter, nicht feindliche, bürgerliche „Schwestern“, die die 'natürlichen' Verbündeten der Arbeiterinnen sind, und zwar in dem Sinn, dass sie ein objektives Interesse teilen und dies subjektiv wahrnehmen können im Verlauf des Kampfes.

26. Ebenso wie die bürgerliche Revolution und der Beginn des Industriekapitalismus die Frauen in der westlichen Welt zu Kampagnen für die weibliche Emanzipation trieb, so trieb die Auswirkung des Imperialismus in Asien, Afrika und Lateinamerika und das Wachstum der nationalistischen Bewegungen in diesen Kontinenten die Frauen in eine Schlacht gegen Reaktion, Obskurantismus und gesellschaftliche Unterdrückung.

Modernisierung – Industrialisierung und die Entwicklung von Infrastruktur und Landwirtschaft – wurde ein zentraler Angelpunkt der Programme verschiedener bürgerlich-nationalistischer Bewegungen und vieler nationaler Bourgeoisien in den Halbkolonien. Die Ausweitung von Erziehung, bürgerlich-demokratischen Rechten und als Teil davon mehr Rechte für Frauen waren ein notwendiger Teil des bürgerlich-nationalistischen Programms für Modernisierung. Wenn die neuen herrschenden Klassen ihre eigene nächste Generation erziehen sollten, benötigten sie gebildete Frauen und Familien, die auf der westlichen Monogamie basierten. Es war auch der Fall, dass religiöse und kulturelle Traditionen den Fortschritt auf dem Land zurückhalten konnten und die Freisetzung weiblicher Arbeitskraft dort, wo die entwickelten Industrien sie benötigten, verhinderten.

Fortschrittliche Frauenorganisationen in so verschiedenen Ländern wie Ägypten, Korea und Südafrika wuchsen als Teil der modernen nationalistischen Bewegungen. Einige nationalistische Regierungen, wie die von Atatürk in der Türkei oder Sun Yat Sen in China, standen an der Spitze eines Zuges gegen besonders empörende Unterwerfung der Frauen, die ein Wesenszug im Leben z.B. des Osmanischen Reiches gewesen war. Frühe

feministische Bewegungen in den Kolonien und Halbkolonien fanden daher vergleichsweise mehr Unterstützung von Teilen der nationalistischen Bourgeoisie, als ihre Schwestern im Westen von den herrschenden imperialistischen Klassen gefunden hatten.

Aber diese Unterstützung hatte festgelegte Grenzen. Zuerst einmal gab es Zeiten und Orte, wo der Nationalismus Hand in Hand mit einer tiefen Reaktion bezüglich der Frauenfrage einherging. (Der Islamische Fundamentalismus im Iran und anderen Teilen der Nahen/Mittleren Ostens ist das jüngste Beispiel, aber die NationalistInnen in den 1920er Jahren waren gleichfalls fähig, die Frauenrechte anzugreifen, so wie sie jede Errungenschaft, die von den Massen im antiimperialistischen Kampf gemacht wurde, angriffen.) Zweitens genügte für die neuen herrschenden Klassen der Halbkolonien eine begrenzte Emanzipation und die Einrichtung der Monogamie nach westlichem Stil für ihre Zwecke. Eine freie und unabhängige Frauenschaft würde eine Drohung für die etablierte Ordnung, der sie jetzt vorstanden, und für die Institution der Familie gewesen sein. In diesen Fällen starben die feministischen Bewegungen entweder nach Erlangung der Unabhängigkeit ab oder behaupteten eine kümmerliche Existenz, bis eine neue Generation von Frauen fähig war, die ungelösten Fragen aufzugreifen.

Der bürgerliche Feminismus in den Kolonien und Halbkolonien hat den westlichen Feminismus größtenteils darin widerspiegelt, dass er den Bedürfnissen der großen Massen der Frauen der ArbeiterInnenklasse, der städtischen Armen oder der Bauernschaft wenig Aufmerksamkeit schenkte. Wo ihnen Aufmerksamkeit zuteil wurde, wurden ihre unabhängigen Interessen in das allgemeine bürgerliche Reformprogramm eingebunden. Die Komintern in den frühen 1920er Jahren unternahm einen entschlossenen Versuch, durch den Aufbau der kommunistischen Fraueninternationale die ArbeiterInnenklasse und die kommunistische Führung mit den fortschrittlichen

Frauenorganisationen des Ostens zusammenzubringen und Arbeiterinnen und Bäuerinnen unabhängig von der Bourgeoisie zu mobilisieren. Mit der Degeneration der Komintern ab Mitte der 1920er Jahre jedoch hörten diese Anstrengungen auf, und viele der Errungenschaften gingen verloren.

Nichtsdestotrotz führten die spezifischen Interessen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen und ihre Erkenntnis, dass die imperialistische Herrschaft ihnen immer größere Lasten aufbürdete, zur Teilnahme einer wesentlichen Anzahl dieser Frauen in antiimperialistischen Bewegungen, die sich während und nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten – einschließlich des bewaffneten Kampfes, so z.B. in China, Vietnam und Zimbabwe. Gleichzeitig griffen diese Frauen ihre traditionell untergeordneten Rollen an oder versuchten, ihre Unabhängigkeit zu bewahren oder auszuweiten, sobald das Kapital die bäuerliche Familie entwurzelte und immer schwerere Lasten auf ihre Schultern legte. Die Ausbreitung von sozialistischen und antiimperialistischen Ideen innerhalb dieser antiimperialistischen Bewegungen ermutigte die Forderung nach Gleichheit und nach der Organisation der Frauen, aber die Hegemonie des Stalinismus und das Programm des kleinbürgerlichen Nationalismus haben dazu geführt, dass diese Bewegungen entweder den neuen herrschenden Bürokratien oder den neuen bürgerlichen Regierungen wie in Zimbabwe verbunden bleiben.

Heute existieren Frauenorganisationen mit kulturellem, politischem und/ oder sozialem Charakter in jedem Land der Erde. Frauen spielen eine entscheidende Rolle im Leben und in der Führung der ArbeiterInnenklasse in den Barrios, Slums und auf den Arbeitsplätzen der imperialisierten Welt. Der westliche Feminismus wird oft mit Argwohn betrachtet. Seine Beschäftigung mit der Lebensweise scheint Lichtjahre entfernt vom täglichen Existenzkampf, dem sich die Mehrheit der Frauen der Welt gegenüber sieht. Aber dies bedeutet nicht, dass der Feminismus nicht vorhanden oder nicht einflussreich wäre.

Arbeiterinnen und Bäuerinnen nehmen nicht nur den Kampf gegen Armut und Ausbeutung auf, sondern auch die Schlacht gegen den Machismus, die Witwenverbrennung, die Aneignung von Land, das Frauen gehörte, gegen sexuelle Brutalität. Wo der Feminismus mit seiner Theorie eines gesonderten oder parallelen Kampfes gegen das Patriarchat und mit seiner Strategie einer Frauenbewegung mehrerer Klassen die Antwort auf diese Probleme scheinbar bereithält, wird er so lange weiterhin wachsen, bis eine kommunistische Führung eine Alternative zu ihm bereitstellt.

Feminismus in den 1980er Jahren

27. Gegen Ende der 1970er Jahre und in den ganzen 1980ern bewegte sich der Feminismus zunehmend auf Defensivkämpfe zu. Im Gefolge der Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung in Westeuropa und in den USA wandten sie sich von pseudorevolutionären Strategien – ob nun sozialistische oder radikalfeministische – ab und reformistischen zu. Unter den Radikalfeministinnen wurden die Antipornographie-Kampagnen zentral und auf langwierige und ausgefeilte Kämpfe vor Gericht ausgerichtet. Unter den sozialistischen Feministinnen gab es einen größeren Schwenk in Richtung sozialdemokratische Parteien und in den USA sogar in gewissem Umfang zu der offen bürgerlichen Demokratischen Partei.

Frauenabteilungen wurden zum integralen Bestandteil der verschiedenen lokalen und nationalen Regierungsapparate der Sozialdemokratie. Kader aus der Frauenbefreiungsbewegung wurden zu gut bekannten, führenden Aktivistinnen innerhalb der reformistischen Parteien. Die radikalen Forderungen nach ‚Befreiung‘ wurden zum Schweigen gebracht, als die Aktivistinnen der Frauenbewegung ihre Universitätsdiplome dazu hernahmen, um in ‚Frauenstudien‘, Abteilungen, ‚Gleichheitsämtern‘ der Regierung und in feministischen Verlagen zu arbeiten. Das Wachstum derartiger politischer Areale zeigte, dass der Staat gezwungen worden war, die

Angelegenheiten der Frauenrechte in größerem Umfang als jemals zuvor aufzugreifen. In allen imperialistischen Ländern begannen staatliche Agenturen, Erziehungsabteilungen und die meisten der großen bürgerlichen Parteien offen die Thematik verbesserter Möglichkeiten für Frauen anzusprechen.

Diese Entwicklung ist zweifelsohne zum Teil der Tätigkeit der Frauen aus der Frauenbefreiungsbewegung und aus anderen Organisationen, wie den Gewerkschaften, als Lobby zuzuschreiben, aber es wäre falsch, das gesamte Verdienst der feministischen Bewegung zuzusprechen. In der Realität reflektieren diese Entwicklungen die tatsächlich sich verändernde Rolle der Frauen in der Gesellschaft, mit einer steigenden Anzahl von arbeitenden Frauen und mit besserer Kontrolle über ihre Fruchtbarkeit, was den Frauen gestattet, eine zentralere Rolle auf allen Ebenen der Gesellschaft zu spielen, obwohl sie ihre familiäre Rolle weiterhin beibehalten. Die Ausweitung staatlicher Versorgung in Gesundheitswesen, Sozialhilfe etc. bezog die Frauen in die Arbeit ein und gab ihnen auch größere Möglichkeiten der Teilnahme an Ausbildung, Politik und anderen gesellschaftlichen Aktivitäten.

Obwohl die Frauenbewegung zweifelsohne die Art und Weise, auf die die Frauen in die staatliche Verwaltung und ins politische Leben einbezogen wurden, beeinflusste, gab es die Tendenz dazu auch dort, wo es nur eine kleine oder unorganisierte feministische Bewegung in den 1970er und 1980er Jahren gegeben hatte. In Schweden z.B. gab es eine kleine Frauenbefreiungsbewegung, obwohl reformistische Frauengruppen seit der ersten Welle des Feminismus existierten. Dennoch ist es Schweden, wo die Frauen die größte Einbeziehung ins öffentliche Leben der kapitalistischen Länder aufweisen – 28% der Parlamentsmitglieder sind Frauen, verglichen mit 3,5% in Großbritannien, 5,9% in Frankreich und 7,9% in Italien (im Jahre 1983), alles Länder, die viel größere Frauenbefreiungsbewegungen besaßen.

Die Ausweitung der Einbindung der Frauen in den Staat und in andere Schauplätze hat viele Feministinnen (insbesondere aus dem sozialistisch- feministischen Lager) in die Politik gezogen; weg von ihrem bewusstseinsweiternden, alternativen Lebensstil der 1970er Jahre. Dies schloss eine bedeutende Zunahme an bürokratischen Posten für Frauen in den Gewerkschaften, die viele sozialistischen Feministinnen angezogen hatten, ein. Gleichfalls wurden die Frauen in die staatliche Verwaltung auf lokaler Ebene einbezogen. Hier stellten sich die chronischen Beschränkungen der Feministinnen und ihrer utopischen Strategien am klarsten dar: Keine der Frauenabteilungen, der Gleichberechtigungsprogramme oder der Frauenstudienkurse hat die Position der Arbeiterinnen bedeutend verändert. Fürsorgeagenturen wie Frauenhäuser und Antivergewaltigungszentren haben für einige Frauen eine zeitweilige Erholung von den Auswüchsen der Brutalität gewährt, aber die in diese Bereiche gepumpten Ressourcen werden das zugrundeliegende Problem nie lösen.

Sobald Feministinnen in die staatliche Verwaltung einbezogen werden, können sie bestenfalls mithelfen, die schlimmsten Fälle der Frauenunterdrückung zu lindern, aber in dem Maß, in dem die Krise des Kapitalismus sich verstärkt, sind sogar diese kleinen Errungenschaften bedroht. Schlimmstenfalls – und meistens – werden Feministinnen in Regierungsposten Verteidigerinnen der bürgerlichen Politik, wenn auch mit einer ‚frauenfreundlichen‘ Fassade. Eine ‚feministische‘ Einkommenspolitik (Nehmt von den männlichen Arbeitern, um die weiblichen zu bezahlen!), „Zuerst Männer raus!“-Lösungen gegen Arbeitslosigkeit – dies zeigt das Grundproblem des Feminismus insgesamt auf: Ein Programm, das – da es darin versagt, die Frage des Kapitalismus anzusprechen – dabei scheitert, eine Strategie der Einheit der ArbeiterInnenklasse angesichts der UnternehmerInnenoffensive aufzustellen, endet damit, eine liberale Tarnung für eine bürgerliche Politik zu sein.

Die gegenwärtige Periode der kapitalistischen Krise macht die

Aufgabe des Aufbaus einer revolutionären Partei, die imstande ist, die ArbeiterInnenklasse, Männer und Frauen, an die Macht zu führen, zu einer dringlichen Notwendigkeit. Die Frauen von den falschen Ideen des Feminismus wegzubringen, ist ein wesentlicher Teil des Aufbaus dieser Partei.

ArbeiterInnenbewegung und revolutionäre Partei

28. Es gibt eine Tradition der Organisation der Frauen, die nicht zur feministischen Bewegung gehört. Arbeiterinnen haben sich im Verlauf vieler Kämpfe während der letzten 100 Jahre organisiert, und die sozialistische Bewegung spielte eine zentrale Rolle bei den wichtigsten dieser Bewegung, die unabhängig von den bürgerlichen Frauenbewegungen und allgemein in Opposition zu ihnen arbeiteten.

Vor dem ersten Weltkrieg organisierte die zweite Internationale und ihre inoffiziell führende Partei, die SPD, Arbeiterinnen in einer ausdrücklich sozialistischen Frauenbewegung. Diese wurde von linken Mitgliedern der SPD einschließlich Klara Zetkins geführt, die eine zentrale Rolle sowohl in der deutschen Frauenbewegung wie in der internationalen sozialistischen Frauenorganisation spielte. Ursprünglich war es den Frauen aufgrund der repressiven Gesetze Ende des 19. Jahrhunderts und des frühen 20. Jahrhunderts nicht gestattet, Mitglieder der SPD zu sein. Dies brachte Zetkin dazu, ein Netzwerk von Frauen durch halblegale Parallelstrukturen zu denen der SPD zu organisieren.

Obwohl eine derartige erzwungene Trennung es den Frauen schwer machte, eine volle und aktive Rolle in der Partei zu spielen, gestattete diese es ihnen, für ihre eigenen Forderungen zu kämpfen und sich selbst auf eine Weise zu organisieren, die es neuen Frauen erleichterte, in die Politik einbezogen zu werden. Sobald die Gesetze in Deutschland gelockert worden waren und Frauen Mitglieder politischer Parteien sein konnten,

gab es keinen Grund mehr für eine Frauenorganisation, die bloß als Ersatz für die Parteimitgliedschaft sozialistischer Frauen diente. Dennoch kämpfte Zetkin erfolgreich dafür, die Frauenbewegung zu erhalten und auszuweiten, da sie und andere ParteiführerInnen, Männer und Frauen, mit der Zeit die Notwendigkeit spezieller Formen von Agitation und Propaganda, die an Frauen gerichtet sind, erkannt hatten.

Dies bedeutete nicht, dass Zetkin eine politisch und organisatorisch von der Partei getrennte sozialistische Frauenbewegung gegründet hätte. Vielmehr kämpfte sie für eine besondere, von Parteimitgliedern geführte Organisation, die die Frauen aus Rückständigkeit, Passivität und niedrigem kulturellen Niveau, was ihnen durch die andauernde Unterdrückung aufgezwungen wurde und durch die kapitalistische Ausbeutung erhalten blieb, herausziehen sollte.

Zetkin lernte im Kampf auch, dass nicht nur Frauen ‚rückständig‘ waren. Da die Frauenbewegung und ihre wichtigsten Führerinnen auf der linken, revolutionären Seite der SPD standen, als die Partei in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg immer mehr von Partei- und GewerkschaftsbürokratInnen dominiert wurde, versuchte die immer reformistischer werdende Führung, die Frauenbewegung ihrer Kontrolle zu unterwerfen, gleichzeitig ihren Radikalismus zu verwässern, indem sie sie in eine soziale Massenorganisation für die Ehefrauen der männlichen Parteimitglieder verwandelte, und ihren politischen Charakter und ihre Orientierung auf die Kämpfe von Arbeiterinnen zu unterwandern. Zetkin und andere Frauen, die sich um die Zeitung ‚Die Gleichheit‘ gruppierten, setzten ihren revolutionären Kampf gegen den rechten Flügel der ArbeiterInnenbewegung und dessen Gleichgültigkeit gegenüber der vollständigen Emanzipation der Frauen fort.

Das hieß nicht, dass Zetkin für eine von den männlichen Parteimitgliedern getrennte sozialistische Frauenorganisation war. Sie argumentierte immer dafür, dass die Frauen

vollständige Mitglieder der sozialistischen – und später der kommunistischen – Parteien sein sollten.

Aber die spezielle Unterdrückung und Ausbeutung, der die Frauen unterworfen waren und die oft politische Rückständigkeit und Analphabetismus bewirkten sowie die Diskriminierung und Geringschätzung, die sie auch innerhalb der SPD gegenüber ihren Forderungen erfuhren, machten eigene Arbeitsmethoden, eine eigene Presse, getrennte Treffen usw. erforderlich. Bei wichtigen Fragen, wie z.B. dem Wahlrecht in Österreich und Deutschland, waren die rechten sozialdemokratischen Parteiführungen bereit, die Forderungen der Frauen zugunsten eines Kompromisses mit den Herrschenden zu opfern. Darin drückte sich der wachsende bürokratische Reformismus ebenso aus wie historisch bedingte Mängel in der Analyse der Frauenunterdrückung und des revolutionären Frauenprogramms. Obwohl auch Zetkin von diesen Mängeln nicht frei war, war es doch sie, die gegen die Aufgabe der Forderung nach dem Frauenwahlrecht kämpfte.

Die Tradition der deutschen sozialistischen Frauenbewegung – immer in scharfer Opposition zu den bürgerlichen Feministinnen – ist eine wertvolle Lehre für uns. Versuche des Aufbaus solcher Bewegungen in anderen Ländern waren weniger erfolgreich, aber auch wichtig – so zum Beispiel die gemeinsamen Versuche von bolschewistischen und menschewistischen Frauen, wie z.B. Alexandra Kollontai, eine Bewegung der Arbeiterinnen in Russland in der Periode 1905-07 aufzubauen. Diese Versuche wurden vom internationalen Frauenbüro ermutigt. Dieses wurde von linken Sozialdemokratinnen wie Zetkin geführt und spielte bei Ausbruch des ersten Weltkrieges eine wichtige Rolle in der Sammlung einer internationalen Opposition gegenüber dem chauvinistischen Verrat der zweiten Internationale.

29. Nach dem Verrat an der ArbeiterInnenklasse durch die zweite Internationale 1914 begann der Kampf um die Gründung dessen, was die Kommunistische Internationale werden sollte.

Die Verteidigung einer revolutionären Position hinsichtlich der Frauen war nicht weniger wichtig als die vielen anderen von den Bolschewiki und linken SozialdemokratInnen aufgegriffenen Themen. Die Revolution 1917 in Russland schloss breite Mobilisierungen von Arbeiterinnen ein: So begann die Februarrevolution überhaupt erst mit Streiks und Massendemonstrationen der Arbeiterinnen in Petrograd am internationalen Frauentag.

Die Bolschewiki hatten in dieser Periode unter den Frauen Arbeit geleistet, aber erst zwischen Februar und Oktober versuchten sie wirklich, eine Massenbewegung der Arbeiterinnen aufzubauen. Nach z.T. heftigen innerparteilichen Diskussionen gründeten sie ein bolschewistisches Frauenbüro, um diese Arbeit anzuleiten. Nach der Revolution wurde es in den „Zhenotdel“ (Frauenabteilung) umgewandelt. Die Frauenbewegung, die die Bolschewiki aufbauten, war kommunistisch geführt, richtete aber ihre Bemühungen darauf, Frauen außerhalb der Partei zu gemeinsamen Aktivitäten mit ihnen einzubeziehen. Das schloss spezielle Konferenzen für Arbeiterinnen, spezielle Vertretungen von Fabrikarbeiterinnen und Bäuerinnen bei lokalen Komitees und staatlichen Organisationen ein.

Diese Bewegung war nicht ‚gesondert‘ in dem Sinne, autonom zu sein (sie wurde von bolschewistischen Frauen geführt), obwohl sie es den Arbeiterinnen ermöglichte, an Konferenzen teilzunehmen, Resolutionen zu verabschieden etc., die an die Sowjetregierung geschickt wurden. Ebenso wenig war es ein Versuch, die Frauen auf ein anderes Kampfgebiet zu führen. Sie hatte zwei Hauptziele, über die sich Kollontai, Lenin und andere führende Bolschewiki klar waren. Sie sollte zuerst einmal die Frauen an die Partei heranziehen und an die Aufgaben des Aufbaus des Sozialismus durch ihre eigenen direkte Beteiligung an der Arbeit bei den Sowjets und im Staat gewöhnen.

Spezielle Formen der Arbeit, Organisation und Propaganda waren notwendig, um dies zu erreichen, da die Frauen rückständig, in

der Familie isoliert waren und sich oft mit anderen Frauen vereinigen mussten, um die sexistische Reaktion der Männer um sie herum, denen es lieber gewesen wäre, wenn ihre Frauen und Töchter die Politik ihnen überlassen hätten, zu überwinden. Zweitens war die Frauenbewegung notwendig, um die Interessen der Frauen auszudrücken, um sicherzustellen, dass sie von der Sowjetführung aufgegriffen würden. Keiner dieser Gründe führte zur Notwendigkeit einer gesonderten Organisation, da sie immer durchgängig in die Partei, die Gewerkschaften und in die Sowjets integriert waren. Wie Lenin argumentierte: „Dies ist kein bürgerlicher ‚Feminismus‘, es ist eine praktische revolutionäre Zweckmäßigkeit.“

Der Übergang zur NEP 1921, den Lenin als notwendigen Rückschritt des jungen ArbeiterInnenstaates erkannte, bedeutete für die Frauen einen ersten schweren Rückschlag. Sie verloren als erste ihre Arbeit, und die Vergesellschaftung der Hausarbeit wurde aufgeschoben. Dies war einerseits das Resultat der objektiven ökonomischen Rückständigkeit Russlands, andererseits erleichterten Mängel in der Programmatik und v.a. in der Massenagitation der Bolschewiki in Bezug auf die Frauenemanzipation (z.B. Unterschätzung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, fehlende Kritik der sexuellen Unterdrückung u.ä.) das Zurückdrängen der Frauen in den Haushalt.

Der dritte Kongress der Kommunistischen Internationale 1921 nahm Thesen zu „Methoden und Formen der Arbeit unter Frauen der kommunistischen Partei“ an. Sie betonten die zentralen Positionen, wie die nationalen Sektionen Abteilungen für Arbeit unter Frauen organisieren und aufbauen sollten. Dies schloss alle zentralen Taktiken ein, die die Bolschewiki und die deutsche sozialistische Frauenbewegung benützt hatten. Sie forderten dringend Sektionen für spezielle Arbeit unter den Frauen in den Gewerkschaften, am Arbeitsplatz, in den Gemeinden etc. Dies hätte, falls es durchgeführt worden wäre, zu einer Art von kommunistischer Massenfrauenbewegung, die

sich in der Sowjetunion entwickelt hatte, geführt. Die Thesen bieten eine korrekte Perspektive für die Arbeit in einer Periode, in der es kommunistische Massenparteien gibt, die in der Lage waren, die Avantgarde der ArbeiterInnenklasse, Männer und Frauen, für ihre Fahne durch Massenarbeit zu gewinnen.

Trotsky hielt ebenso diese revolutionäre Perspektive für die Arbeit unter Frauen lebendig. Er bemerkte den Prozess des Thermidor in der Familie in der UdSSR, stellte sich ihm entgegen und sprach sich für die Verteidigung jener Rechte auf Abtreibung, einfache Ehescheidung etc., die durch die Revolution gewonnen und von Stalin verraten worden waren, aus. Der Kampf der Linksoption und Trotskys gegen die bürokratische Konterrevolution ging auch auf dem Gebiet des Familienlebens, der Sexualmoral und der Rechte der Frau vor sich. Diese Themen wurden jedoch nicht ausreichend in das Gesamtprogramm integriert, auch wenn Trotsky als einer der ersten auf die reaktionären Auswirkungen der Sowjetbürokratie hingewiesen hatte. Ebenso war die IV. Internationale zu schwach und isoliert, um diesbezüglich eine tatsächliche programmatische Weiterentwicklung leisten zu können, obwohl ihr Gründungsdokument, das Übergangsprogramm, in deutlichem Kontrast zu den Programmen der StalinistInnen und SozialdemokratInnen die Losung „Öffnet die Türen den Arbeiterinnen!“ aufstellte.

Die Degeneration der Vierten Internationale in den Zentrismus nach dem Krieg machte es unvermeidlich, dass die von Trotsky behauptete revolutionäre Position zur Frauenfrage neben seinem revolutionären Programm bezüglich dem Stalinismus und der Sozialdemokratie aufgegeben wurde. Obwohl ein Gelegenheitsdokument zur Frauenfrage geschrieben wurde, wurde durch die Vierte Internationale dem Arsenal des Marxismus zu dieser Frage nichts hinzugefügt.

Einen weiteren wichtigen und nicht zu unterschätzenden Beitrag lieferte die Sexpol-Bewegung unter W. Reich in den frühen 1930er Jahren in Deutschland. Reich versuchte mit der Methode

der Psychoanalyse im Rahmen der revolutionären Arbeiterbewegung eine sexualrevolutionäre Bewegung aufzubauen, die sich v.a. auf Jugendliche und Frauen stützen sollte. Sie hatte zunächst einige Erfolge, wurde aber bald von der stalinistischen KPD-Führung eingestellt. Während Reich zurecht das sexuelle Elend als wichtigen Bereich für kommunistische Massenpropaganda aufgriff und interessante Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlichen Unterdrückung von Sexualität und der Anfälligkeit für reaktionäre Ideologien aufzeigte, blieb sein Ansatz doch beschränkt.

Reich überschätzte den Beitrag, den die sexuelle Repression bei der Entwicklung falschen Bewusstseins innerhalb der ArbeiterInnenklasse leistet, und unterschätzte das Ausmaß, in dem falsches Bewusstsein vom Charakter der Lohnarbeitsform selbst herrührt. Er übersah die entscheidende Wichtigkeit der Einheitsfronttaktik gegen den Reformismus und überbetonte sexuelle Aufklärung. Weiters vertrat er die Position einer normativen heterosexuellen Genitalität, durch die alle Abweichungen von dieser Norm als abartige Formen des Orgasmus und pathologische Formen der Sexualität bezeichnet würden.

30. Es ist die Tradition sowohl der deutschen und russischen revolutionären Arbeiterinnenbewegung als auch der Verteidigung der revolutionären Position zur Frauenfrage von Trotzki und der frühen Vierten Internationale, worauf wir schauen und was wir zu entwickeln versuchen. Nicht weil wir ihre Positionen und Aktionen sklavisch kopieren, sondern weil sie eine unschätzbare Erfahrung der Führung der Arbeiterinnen im Kampf für die Emanzipation der Frauen darstellen. Es ist ebenso notwendig, die marxistischen Positionen, die in jenen Perioden gegen die Kapitulation der Sozialdemokratie und des Stalinismus vor den bürgerlichen Positionen zu den Frauen entwickelt wurden, erneut zu bekräftigen.

Wir kämpfen für den Aufbau einer Massenbewegung der Arbeiterinnen, basierend auf den Arbeitsplätzen, den Gewerkschaften und den ArbeiterInnenvierteln. Wie die

Bewegungen in Deutschland und Russland würde eine solche Bewegung nicht von den Massenorganisationen der ArbeiterInnenklasse getrennt sein, sondern in ihnen wurzeln. Ihre Kampfstrategie darf nicht auf wirtschaftliche Angelegenheiten beschränkt sein – oder bloß auf sektorale Interessen der „arbeitenden Frauen“. Ihr Programm muss eines des Kampfes gegen alle Aspekte der Frauenunterdrückung im Kapitalismus sein – gegen alle Angriffe auf die Rechte auf Abtreibung und Verhütung, gegen die von Frauen erlittene körperliche Gewalt, gegen alle Auswirkungen des Kapitalismus in der Krise, wie niedrige Löhne, Berufsunsicherheit, steigende Mieten und Preise, Einsparungen im Gesundheitswesen etc. Eine Arbeiterinnenbewegung würde all diesen Kämpfen eine Führung verleihen.

Innerhalb einer solchen Bewegung würden revolutionäre Kommunistinnen für ihr Programm und um die Führung gegen die Reformistinnen, Feministinnen und Zentristinnen kämpfen. RevolutionärInnen würden darum kämpfen, die Frauen zur Mitgliedschaft in der Partei zu gewinnen, damit sie mit den allgemeinen Kämpfen der ArbeiterInnenklasse zusammenkämen.

Denen, die sagen, dass die Bewegung der Arbeiterinnen die ArbeiterInnenklasse spalten und eher zu Separatismus und bürgerlichem Feminismus führen würde als zum revolutionären Kampf, antworten wir: Erstens ist die Klasse schon entlang der Geschlechterlinien durch den Sexismus, der die Klasse durchdringt, und durch die Tatsache der Frauenunterdrückung gespalten. Diese führt zu Privilegien, die viele männliche Arbeiter aktiv verteidigen (etwa durch den Ausschluss von Frauen aus bestimmten Fachgewerkschaften). Damit die Frauen unter diesen Bedingungen vollständig und gleichberechtigt an der ArbeiterInnenbewegung teilnehmen können, werden sie darum kämpfen müssen, dass ihre Stimmen gehört werden, damit ihre Teilnahme ernstgenommen wird, damit die Klasse insgesamt die Forderungen der Frauen aufgreift.

Zweitens ist eine Frauenbewegung der Arbeiterinnen notwendig,

um Frauen zu erreichen, die in der Familie und außerhalb der gesellschaftlichen Produktion gefangen und daher Beute für rückständige Ideen sind und einen möglichen UnterstützerInnenkreis für die Reaktion darstellen. Drittens mögen wir als revolutionäre KommunistInnen argumentieren, dass die Bewegungen der Arbeiterinnen spontan im Verlauf der Kämpfe auftauchen.

In einem Land nach dem anderen fanden sich Frauen der ArbeiterInnenklasse hineingestoßen in politische Aktivitäten und kämpften um die Führung in den Gemeinden, demokratischen Bewegungen und Gewerkschaften; all dies mit der Tendenz, ihre eigenen Organisationen zu bilden. Sie gründeten Sektionen und Ausschüsse in den Gewerkschaften und schufen Kampagnen für gleiche Bezahlung und Abtreibungsmöglichkeiten. Sie haben Frauenorganisationen zur Unterstützung der männlichen Arbeiter im Kampf, beispielsweise zur Unterstützung der BergarbeiterInnen in Bolivien und England, gebildet; Organisationen, die die Klasseneinheit und Solidarität fördern. Gleichzeitig reflektierte die Schaffung dieser Unterstützerinnengruppen die Erkenntnis, dass Frauen etwas Verschiedenes anzubieten hätten, und stärkten ihre eigene Fähigkeit zur Teilnahme am Kampf sogar dann, wenn sie auf sexistische Feindschaft trafen.

Der Aufbau einer von kommunistischen Frauenkadern geführten wahrhaft revolutionären Frauenbewegung ist notwendig, die sowohl dem Sexismus und der Feindschaft, denen man in Teilen der organisierten ArbeiterInnenbewegung begegnet, als auch dem Sexismus, den Vorurteilen und Hindernissen, denen Frauen der ArbeiterInnenklasse zuhause gegenüberstehen, den Kampf ansagt. Die Partei und insbesondere ihre weiblichen Mitglieder werden rund um diese Frage bewusste Kämpfe innerhalb der ArbeiterInnenklasse und in ihren eigenen Reihen, insofern Formen des Sexismus innerhalb der Partei auftreten, führen müssen.

Wenn KommunistInnen nicht mit einem klaren Programm zum Aufbau

von Arbeiterinnenbewegungen intervenieren, dann wird die Führung dieser Organisationen den Reformistinnen und Feministinnen und der Vorherrschaft fremder Klassenkräfte zufallen.

Wir stellen hier die Frage der Einheitsfront. Gegenüber den ArbeiterInnenorganisationen und gleichermaßen den Feministinnen argumentieren wir, dass die Arbeiterinnen unter Unterdrückung leiden, verstärkten Angriffen in Perioden kapitalistischer Krisen gegenüberstehen und zurückschlagen müssen. Sie sollten kein Vertrauen in die existierenden reformistischen FührerInnen, weder in den Gewerkschaften noch in den stalinistischen oder sozialdemokratischen Parteien, noch in die kleinbürgerlich-nationalistischen Bewegungen und Parteien haben. Aber wir erkennen an, dass in der gegenwärtigen Periode, in der RevolutionärInnen einen sehr kleinen Teil der Klasse darstellen, es sektiererisch und kindisch sein würde, unseren Aufruf auf den Aufbau einer Frauenabteilung der Partei oder einer „kommunistischen Frauenbewegung“ zu beschränken. Die große Mehrheit der Arbeiterinnen blickt auf die reformistischen FührerInnen und Parteien, um ihre Kämpfe aufzugreifen. Wir argumentieren für Forderungen – gerichtet an diese FührerInnen, um sie zur Rechenschaft ziehen zu können – und für die Selbstorganisation der Arbeiterinnen, um Verrätereien der Führung zu vermeiden.

Doch die Einheitsfront ist niemals ein Ziel an sich. Sie existiert, nicht nur, um den Kampf zu vereinen, sondern auch, um konkurrierende Führungen – reformistische, zentristische und revolutionäre – in der Praxis auszutesten. Sie ist also eine Taktik, mittels der RevolutionärInnen die Führung der Massen von allen anderen Führungen übernehmen können. Dies kann nicht in einen evolutionären Prozess verwandelt werden. Wie in allen anderen Einheitsfronten werden auch hier die ReformistInnen und ZentristInnen oft versuchen, die proletarische Frauenbewegung zu spalten und dabei auch erfolgreich sein. KommunistInnen scheuen nicht davor zurück,

die Verantwortung für die Führung einer ausdrücklich kommunistischen Frauenbewegung zu übernehmen, die sowohl gegen die reformistischen als auch gegen die bürgerlichen Frauenbewegungen kämpft. Nach einer erfolgreichen Revolution ist es eindeutig die Aufgabe von KommunistInnen, eine wahrhafte Massenfrauenbewegung auf der Grundlage eines kommunistischen Aktionsprogramms auszuweiten oder aufzubauen. Im Fall, dass andere Parteien der ArbeiterInnen und BäuerInnen sich um die Diktatur des Proletariats sammeln, könnte eine kommunistische Massenfrauenbewegung ihren Einheitsfrontcharakter aufrechterhalten.

Doch in jedem Fall ist es notwendig, eine Bewegung aufzubauen, die von kommunistischen Frauen geführt wird. Ihre Aufgabe ist es, spezielle Formen der Agitation und der Arbeit unter Frauen mit dem Ziel zu organisieren, in der Partei organisierte und unorganisierte Frauen in einen aktiven Kampf für ihre eigene Emanzipation hineinzuziehen. Diese würde organisatorische Maßnahmen wie demokratische, selbstbestimmte Konferenzen und lokale Komitees, die komplementär zur Teilnahme in den Organisationen der ArbeiterInnenklasse (Partei, Gewerkschaft und Sowjets) und nicht ihr entgegengestellt sind, mit einschließen. Wir entschuldigen uns nicht für den Versuch, die Führung der ArbeiterInnenmassen für den Kommunismus zu gewinnen oder zu halten. Unser strategisches Ziel bleibt durchwegs die kommunistische Massenfrauenbewegung. Während der Kampfes dafür und in allen Einheitsfronten, die dafür taktisch notwendig sein mögen, hat die kommunistische Organisation die Pflicht, ihre weiblichen Mitglieder als kommunistische Fraktion unter voller Parteidisziplin zu organisieren.

Der Kern der Bewegung der Arbeiterinnen und Kommunistinnen muss in den Frauen, die sich am Arbeitsplatz organisieren, liegen. Dies schließt ihre Organisation ein, um sicherzustellen, dass die Gewerkschaften die Angelegenheiten der Frauen aufgreifen. Der Aufbau von Frauengruppen in den Gewerkschaften ist notwendig, um ihre besondere Unterdrückung

zu diskutieren und ihr Selbstvertrauen im Kampf zu stärken, um mehr Frauen in die Gewerkschaften zu bringen und das Klassenbewusstsein zu entwickeln. Im Zuge einer Organisierung gegen die Bürokratie, die sich weigert, die Forderungen der Frauen Ernst zu nehmen, wird es Teil des Kampfes zum Aufbau einer Basisopposition und alternativen Führung sein. Aber eine Arbeiterinnenbewegung wird auch die Frauen einbeziehen, die auf den Plantagen, in den Barrios und Vorstädten organisiert sind, und sie wird sich aufs Land erstrecken zu den Massen der Bäuerinnen, die unter zermürbender Armut und Unterdrückung leiden.

Der Aufbau einer solchen Bewegung ist nicht eine beliebige Option für RevolutionärInnen, sondern ein wesentlicher Teil des Kampfes, um die ArbeiterInnenklasse und ihre Verbündeten beim Sturz des Kapitalismus und beim Aufbau des Sozialismus zu vereinen.

In den imperialisierten Ländern kann es notwendig sein, die Taktik der Antimperialistischen Einheitsfront mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräften zur Durchsetzung fortschrittlicher Maßnahmen anzuwenden.

31. Obwohl wir wissen, dass der Kampf um die Befreiung der Frauen nicht vom Kampf um den Sozialismus zu trennen ist, ignorieren wir die Frage der demokratischen Rechte und die Kämpfe der Feministinnen zu diesen Themen nicht. Wir unterstützen den Kampf für demokratische Reformen, die den Frauen gleichen Zugang zum Gesetz, zum Eigentum, in die Politik etc. gewähren würden. Die Erfahrung des Feminismus war es, dass derartige Rechte schwer zu erlangen und sogar unter sogenannten liberal- demokratischen Regimes schwer zu bewahren sind. Wie bei allen demokratischen Forderungen kann nur die ArbeiterInnenklasse an der Macht solche Rechte garantieren. Wir unterstützen den Kampf um das gleiche Wahlrecht für alle, nicht für ein Wahlrecht auf Besitzgrundlage oder für ein Wahlrecht, das auf Rassen- oder Religionszugehörigkeit beruht. Wir würden die ArbeiterInnen dazu aufrufen, in Unterstützung

solcher Forderungen sich zu organisieren und industrielle Kampfmaßnahmen zu ergreifen, indem wir ihre Erlangung mit der Frage der ArbeiterInnenmacht verbinden.

Wir versuchen kleinbürgerliche Feministinnen in einen gemeinsamen Kampf mit der ArbeiterInnenklasse zu demokratischen oder anderen Forderungen hineinzuziehen. Wir weisen aber die Schaffung einer Volksfront von bürgerlichen und ArbeiterInnenparteien im Namen der Erlangung solcher demokratischer Reformen zurück. Solche klassenübergreifenden Allianzen binden die ArbeiterInnen in Wirklichkeit an ein bürgerliches Programm und verleugnen die Unabhängigkeit der ArbeiterInnenparteien. Die Frauenbefreiungsbewegung der 1960er und 1970er Jahre basierte hauptsächlich auf kleinbürgerlichen Kräften, auf Angestellten und Staatsbediensteten. In ihrer Politik argumentierte die Frauenbefreiungsbewegung, dass eine Allianz mit bürgerlichen Frauen wünschenswert sei, doch verweigerten diese gewöhnlich die Annäherung und blieben in ihren eigenen Organisationen. RevolutionärInnen müssen mit den Frauen der ArbeiterInnenklasse – und mit Studentinnen und Intellektuellen, die der Frauenbefreiungsbewegung beigetreten und in ihr aktiv sind, in dauernder Auseinandersetzung bleiben. Eine gemeinsame Aktivität um Themen wie Abtreibung kann den Kampfplatz bieten, um solche Frauen vom Feminismus wegzubringen und für revolutionäre Politik zu gewinnen. Der Aufbau einer revolutionären Tendenz innerhalb einer kleinbürgerlichen, feministischen Massenbewegung könnte eine wichtige Taktik für eine revolutionäre Partei sein, aber dies impliziert in keiner Weise eine Konzession gegenüber politischer Autonomie oder Separatismus, da kommunistische Frauen gegen solche Praktiken sind und alle Möglichkeiten ausnützen würden, um Verbindungen zu den organisierten ArbeiterInnen, ob männlich oder weiblich, herzustellen. Wir verteidigen aber das Recht einer proletarischen Frauenbewegung auf unabhängige organisatorische Strukturen (z.B. Frauenabteilungen in Gewerkschaften) und kulturelle Ausdrucksformen (z.B. Frauenfeste).

32. Für MarxistInnen ist eine zusammenhängende Strategie für die Machtergreifung durch die ArbeiterInnenklasse – ein Programm – nicht zu trennen von organisierten MilitantInnen, die für dieses Programm kämpfen und es taktisch anwenden – von einer Partei. Die Frage der Frauenbefreiung ist selbst ein integraler Teil dieses Programms und Kommunistinnen ein integraler Bestandteil dieser Partei – sowohl in ihrer Führung wie in ihren Basiskadern. Eine solche Partei muss den Sexismus in ihren eigenen Reihen bekämpfen, unter den militanten ArbeiterInnen und in der ArbeiterInnenklasse insgesamt. Um dies zu leisten, muss sie spezielle Maßnahmen ergreifen, um die Frauen innerhalb der Partei – und in der Klasse – zu stärken und zu unterstützen. Das Recht auf gesonderte Treffen der Frauen, die Versorgung mit Kindergarteneinrichtungen, um auch Müttern die Teilnahme an politischen Veranstaltungen zu ermöglichen, etc. sind zentral für diesen Zweck. KommunistInnen propagieren das Prinzip, dass, solange die Hausarbeit und das Aufziehen von Kindern nicht vollständig vergesellschaftet sind, Männer politisch und moralisch verpflichtet sind, sich an diesen Tätigkeiten entsprechend zu beteiligen.

Obwohl diese Rechte auf gesonderte Treffen etc. garantiert sein müssen, weisen wir die Ansicht absolut zurück, dass die demokratisch-zentralistische Partei der vollen Teilnahme der Frauen gegenüber abweisend wäre, dass die Frauen gesondert und ausschließlich „ihren Kampf“ organisieren müssten, da sie allein die subjektive Erfahrung ihrer Unterdrückung hätten. Obwohl letztere eine zentrale Komponente bei der Ausarbeitung der Strategie und Taktik ist, wurde die Unterdrückung der Frauen und ihr Verhältnis zur Klassengesellschaft nicht durch subjektive Erfahrung allein entdeckt (ebenso wenig wie die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse). Sie wurde, wird und wird auch weiterhin durch eine wissenschaftliche Arbeit, für die die Partei als ganzes das notwendige Instrument ist, analysiert werden.

Die Arbeiterinnen werden zentral beim Aufbau einer revolutionären Partei sein, ebenso wie sie es für den Aufbau des Sozialismus nach der Schaffung eines ArbeiterInnenstaates sein werden. Ohne die Führung einer revolutionären Partei werden die spontanen Kämpfe der Frauen nicht imstande sein, die Lehren vergangener Kämpfe zu ziehen und eine tatsächliche Bedrohung für die reformistischen FührerInnen der ArbeiterInnenbewegung oder für die feministischen Führerinnen der Frauenbewegung zu werden. Alle Siege nach solchen spontanen Kämpfen riskieren es, nur teilweise und zeitweilig zu sein. Die Bewegungen werden im Ansprechen der grundlegenden Themen der Unterdrückung der Frauen und der Klasse versagen, wenn sie nicht im Verlauf des Kampfes für die revolutionäre Partei mit ihrem Programm für die Frauenbefreiung und den Sozialismus gewonnen werden. Es ist daher die Aufgabe des Aufbaus einer solchen Partei und einer kommunistisch geführten, die Massen umfassenden, Frauenbewegung der ArbeiterInnenklasse, wozu sich die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale bekennt.

Frauenvolksbegehren in Österreich: ein Weg zur Emanzipation?

Aventina Holzer, Infomail 1023, 8. Oktober 2018

Die Eintragungswoche des Frauenvolksbegehrens vom 1. – 8. Oktober setzt zum ersten Mal seit #metoo die Themen Frauenunterdrückung und Gleichstellung der Geschlechter auf die Tagesordnung. Es beinhaltet viele positive Forderungen. Von der schrittweisen Einführung einer 30-Stundenwoche über

den Ausbau von Kinderbetreuung bis zur Anerkennung von frauenspezifischen Fluchtgründen. Wir befürworten daher die Unterstützung dieses Volksbegehrens.

Gleichzeitig sind die Forderungen und die Möglichkeiten seiner Umsetzung so beschränkt oder gar fehlgerichtet, dass die Initiative droht, im Nichts zu verpuffen. Die Frage steht deshalb vor KommunistInnen, wie man sich in diesem Spannungsverhältnis von (größtenteils) fortschrittlichen Forderungen und gleichzeitig sehr gemäßigter Politik verhalten soll. Kann ein Volksbegehren überhaupt etwas bezwecken? Wir möchten an dieser Stelle die Forderungen und die nötigen Perspektiven zur Frauenbefreiung diskutieren.

Macht teilen

Gerade KommunistInnen stehen für die Gleichberechtigung von Frauen ein. Aber die konkreten Forderungen unterscheiden sich dennoch davon. Das Frauenvolksbegehren fordert, dass die Hälfte aller Wahllisten und Vertretungsgremien sowie der politischen Interessenvertretungen und der Sozialpartnerschaft von Frauen besetzt wird. Zusätzlich sollen in Kapitalgesellschaften und Genossenschaften innerhalb der Kontroll- und Leitungsgremien dieselben Kriterien erfüllt werden. Die Begründung ist, dass Frauen einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen, der aber wenig in den Institutionen widerspiegelt wird. In einer repräsentativen Demokratie wäre das aber dringend notwendig, deswegen müssten also Quoten sich dieser Aufgabe der gleichberechtigten Vertretung annehmen.

Es gibt bereits eine Quotenregelung in Österreich, diese sei aber zu gering. Ein 30-prozentiger Frauenanteil wird dabei angestrebt und zwar auch nur bei Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Das muss laut dem Frauenvolksbegehren geändert werden. Argumentiert wird das vor allem mit Statistiken, die ökonomische Verbesserungen durch die stärkere Einbeziehung von Frauen feststellen.

Statistisch mag das so sein. Aber die Kontroll- und Leitungsgremien in Unternehmen sind für Arbeiterinnen in den seltensten Fällen erreichbar. In dieser Beziehung dient die Quotierung daher mehr der Ablenkung von tatsächlichen Lösungen. Auch ist es in den allermeisten Fällen egal, ob die Person die uns ausbeutet, ein Mann oder eine Frau ist, und die Frauenbewegung sollte sich nicht an der Verwaltung des Kapitalismus beteiligen. Deshalb fordern wir stattdessen die Verstaatlichung der Betriebe unter der Kontrolle der ArbeiterInnen. Wir wollen nicht „politisch korrekt“ unterdrückt werden, sondern die Unterdrückung abschaffen.

Aber das allein reicht natürlich nicht als Antwort auf die Forderung von Quoten. Speziell in den Massenorganisationen der ArbeiterInnenklasse ist Quotierung wichtig. Denn auch die fortschrittlichste Bewegung ist nicht frei von Sexismus und anderen Unterdrückungsmechanismen. Um das tatsächliche Potenzial der Gruppen auszuschöpfen, müssen Frauen (und auch andere unterdrückte Gruppen) gemessen an ihrem Mitgliederanteil in der Führung vertreten sein.

Insofern sehen wir den Anspruch des Frauenvolksbegehrens in dieser Frage als berechtigt an, halten aber die Lösung nicht für ideal. Wenn die Frage von Quotierung nicht mit einem klaren Klassenstandpunkt beantwortet wird, wird sie zu einer kleinbürgerlichen Antwort. Diese dient im Endeffekt nicht mehr den arbeitenden Frauen, sondern einem (weiblichen besetzten) Teil des Kapitals. Es wird nämlich der tatsächliche Ursprung (oder zumindest Reproduktionsmechanismus) für Ungleichheit verschleiert: das kapitalistische Wirtschaftssystem. Deshalb muss man für tatsächliche Gleichberechtigung auch erstmal eine neue ökonomische Basis schaffen und das jetzige Wirtschaftssystem hinter sich lassen.

Einkommensunterschiede beseitigen

Das Frauenvolksbegehren geht auch ein weiteres wichtiges Thema an. Eines, das auch immer wieder heiß diskutiert wird, nämlich

die schlechtere Bezahlung von Frauen. Das Frauenvolksbegehren fordert volle Lohntransparenz durch eine detaillierte Aufgliederung aller betrieblichen Einkommensberichte in sämtliche Gehaltsbestandteile. So könnte die Ungerechtigkeit auch stärker wahrgenommen und etwas dagegen unternommen werden. Es sollen durch die Unternehmen Maßnahmepläne erstellt werden, um diese Lohndiskrepanzen anzugleichen. Zusätzlich wird die Erstellung von sozialen und wirtschaftlichen Plänen gefordert, um die schlechtere Bezahlung von bestimmten Branchen – nämlich weiblich dominierten – zu beseitigen.

Tatsächlich wird es aber notwendig sein, einen Schritt weiter zu gehen. Die Forderung sollte sich auf die Öffnung aller Geschäftsbücher und ihre Kontrolle durch die Belegschaft konzentrieren. Natürlich ist es gut zu wissen, wer von den männlichen Kollegen für gleichwertige Arbeit mehr verdient, aber viel interessanter zu wissen ist, wie viel die Firma Profit macht, wie wenig davon tatsächlich bei der Belegschaft ankommt, und welche Rolle die Ausbeutung von Frauen dabei spielt. So geht es nicht nur mehr um die Ungerechtigkeit im Vergleich zum Kollegen, der mehr verdient, sondern um einen Einblick in die kapitalistische Verwertung selbst, in der die Schlechterstellung der Frau eine maßgebliche Rolle spielt.

Die anderen Vorschläge zur Verbesserung der unfairen Bezahlung sind sicherlich richtig, aber zu unkonkret. Vor allem in frauendominierten Bereichen höhere Löhne zu fordern, sollte mehr im Mittelpunkt stehen.

Arbeit verteilen

Ein verwandter Punkt sind die Fragen von Arbeitszeitverkürzung, Hausarbeit und der sogenannten Teilzeitfalle (Frauen bleiben in Teilzeitberufen stecken und machen deshalb nie Karriere). Das Frauenvolksbegehren versucht, diese durch einfache Forderungen auf einmal zu lösen. Eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei variablem Lohn- und Personalausgleich und die

staatliche Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, um eventuelle Wettbewerbsnachteile auszugleichen, stehen auf ihrer Agenda. Mit der Arbeitszeitverkürzung soll die Aufteilung der Arbeit im häuslichen Bereich verbessert werden. Zusätzlich werden mehr Arbeitsplätze geschaffen und es wird leichter, aus der Teilzeitfalle herauszukommen.

Die Frage ist aber leider nicht so einfach beantwortet. Nicht alle Personen leben in einem Familienverhältnis, in dem man sich die häusliche Arbeit einfach aufteilen könnte. Starke patriarchale Strukturen binden Frauen auch weiterhin an Herd und Kind. Um eine tatsächliche Entlastung von Frauen (sowie allgemein den Personen, welche die Reproduktionsarbeit leisten) in diesem Bereich zu ermöglichen, muss die Forderung nach Vergesellschaftung der Hausarbeit aufgestellt werden. Das bedeutet, die Reproduktionsarbeit wie Kochen, Kinderbetreuung, Pflege, Wäsche etc. von der unbezahlten, vor allem weiblichen, Privatarbeit zu einer Aufgabe der Gesellschaft zu machen. An anderer Stelle schreibt das Frauenvolksbegehren über Ausweitung der Kinderbetreuung, was eine konkrete Maßnahme dafür wäre. Weiters sollten aber immer mehr Arbeiten aus dem häuslichen Bereich ausgelagert werden in öffentliche Kantinen, Wäschereien, usw. Nur so ist Frauenbefreiung möglich und nur so kann auch die Teilzeitfalle überwunden werden – gemeinsam mit der Forderung nach einer 30-Stundenwoche und zwar bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Armut bekämpfen

Armut ist zum Großteil weiblich. Deshalb thematisiert das Frauenvolksbegehren sie auch. Es fordert: „Einen staatlich garantierten Anspruch auf Unterhaltsvorschuss, solange Familienbeihilfe bezogen wird. Die Anpassung der Unterhaltsbemessung an angemessene Regelbedarfssätze.

Entkoppelung der Zahlung von der Leistungsfähigkeit des/*der Unterhaltspflichtigen, gleichzeitige Beibehaltung der Verpflichtung zur Rückzahlung nach Leistungsfähigkeit;

bundesweiten Ausbau der staatlich finanzierten, rechtlich abgesicherten Frauen- und Mädchenberatungsstellen.“

Die Forderungen richten sich fast ausschließlich an Alleinerziehende. Das ist auch wichtig, da AlleinerzieherInnen massiv von Armut betroffen sind, aber nur allzu oft vergessen werden. Obwohl die Forderungen zum Unterhaltsvorschuss nicht falsch sind, so gehen sie doch etwas am Ziel vorbei. Finanzielle Unterstützung sollte nicht an früheren PartnerInnen festgemacht werden müssen. Es gibt sehr viele Gründe, warum Menschen ihre Kinder alleine großziehen, nicht zuletzt, weil keinerlei Kontakt (auch nicht, wenn es um Geld geht), mit den früheren PartnerInnen gewünscht ist. Darüber hinaus sollte allgemein gelten, dass die Kosten für Kinder solidarisch von der gesamten Gesellschaft getragen, daher in Form von Sozialleistungen vom Staat übernommen werden. Außerdem wird leider eine Gruppe von Menschen sehr stark ausgeklammert, die aber mindestens genauso von Armut betroffen ist: Migrantische Frauen und Mädchen sind stark marginalisiert und brauchen mindestens genauso viel Unterstützung um ihre Situation zu verbessern.

Wahlfreiheit ermöglichen

Das Frauenvolksbegehren fordert an dieser Stelle drei wesentliche Dinge: den Rechtsanspruch auf kostenlose, qualitativ hochwertige Betreuung für jedes Kind bis zum 14. Lebensjahr unabhängig vom Wohnort und Erwerbsstatus der Eltern; die Vereinbarkeit der Betreuungseinrichtung mit einer Vollzeitberufstätigkeit der Eltern, also ganztägige und ganzjährige Öffnungszeiten sowie leichte Erreichbarkeit; vereinheitlichte bundesweite Qualitätsstandards für eine bedarfsorientierte Betreuung und eine individuelle (Früh-)Förderung.

Diese Forderungen sind mehr als angebracht. Österreich gibt im internationalen Vergleich relativ wenig für Kindergartenplätze aus. Mit 0,6 Prozent des BIP liegt es z. B. hinter Frankreich

(0,7 %), dem OECD-Schnitt (0,8 %) Deutschland (0,9 %), Finnland (1,2 %) oder Schweden (2,0 %). Dazu will die schwarzblaue Regierung auch noch die Zuschüsse für Kinderbetreuungsplätze im aktuellen Budget kürzen. Statt den bisherigen 140 Millionen sollen nur mehr 90 Millionen den Bundesländern zugeschossen werden.

Die Forderung nach einem Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ist zu unterstützen. Nur allzu oft ist es für Frauen unmöglich, einer ganztägigen Beschäftigung nachzugehen (fast jede zweite Frau arbeitet nur Teilzeit). Das schränkt sie massiv in ihrer finanziellen und persönlichen Unabhängigkeit ein und zementiert sie noch mehr in ihrer traditionellen Rolle als Mutter und Hausfrau – auch wenn sie nebenher noch arbeiten geht. In Bezug auf Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es auch einen weiteren eklatanten Fakt, der auch klar macht, dass es dabei nicht einfach nur um eine finanzielle Frage geht, sondern explizit um eine politische. So sind die Kinderbetreuungsplätze in östlichen Bundesländern deutlich besser ausgebaut als in westlichen. Dabei handelt es sich aber in erster Linie nicht um eine geografische Frage, sondern darum, in welchen Bundesländern die ÖVP bzw. die katholische Kirche einen größeren Stellenwert einnimmt. 2011 lag die Betreuungsquote für Wien für 6 – 10-Jährige bei 30 %, in Vorarlberg bei 9,5 % und in Tirol gar nur bei 5 %. Hier wird klar, dass traditionelle Frauenbilder einen wesentlichen Einfluss auf die Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen haben.

Vielfalt leben

Dieser Forderungspunkt richtet sich gegen sexistische und diskriminierende Darstellungen speziell von Frauen in Medien und stellt Forderungen auf, um diese zu unterbinden. Zeitgleich sollen PädagogInnen darauf geschult werden, junge Menschen nicht in bestimmte Geschlechterrollen reinzudrängen, und sich auch Unterrichtsmaterialien an diesem Grundsatz

orientieren.

Der Grund dafür ist, dass Geschlechterrollen einschränken und einen schädlichen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung ausüben. Mädchen zu erklären, sie können dieses und jenes nicht, kann langwierige und extreme Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl haben. Ebenfalls ist es schädlich, Jungen zu sagen, dass sie nicht weinen dürfen und ihnen damit nahelegen, ihren Gefühlen keinen Raum zu geben.

Diese und weitere Geschlechterrollen finden sich auch in Medien, vor allem in der Werbung wieder. Das Selbstbild von Frauen wird eigentlich immer von der Gesellschaft diktiert. Sich selbst schön zu finden, ist somit nur mit der richtigen Figur, einem neuen Kleid und teurem Make-up erlaubt. Und wer nicht schön ist, der hat zumindest als Frau eigentlich gar nichts, weil man als Frau eben primär dafür bewertet wird. Leistung und harte Arbeit sind ja schließlich was für Männer.

Das Frauenvolksbegehren setzt hier an einem wichtigen Punkt an, der vor allem für junge Frauen einen nicht zu unterschätzenden Effekt hat. Die Beeinflussung durch die Medien und Erziehung hat sicher den größten Anteil an ungesunden Schönheitsbildern. Aber wir lehnen es ab, die Forderung nach einem Verbot an die Organe des bürgerlichen Staates zu stellen. Wenn dieser entscheiden darf, was diskriminierend ist und was nicht, landen wir bestimmt nicht an dem Punkt, wo wir hinwollen. Ausschüsse aus der ArbeiterInnen- und der Frauenbewegung sollten bestimmen, welche Darstellung sie als schädlich empfinden, und dadurch eine demokratische Kontrolle ausüben.

Selbst bestimmen

Sexuelle Selbstbestimmung für Frauen ist in Österreich immer noch ein schwieriges Thema. Das Frauenvolksbegehren fordert deshalb diesbezüglich einen verbesserten Aufklärungsunterricht, Beratungsstellen (inklusive

Gratisverhütungsmitteln), Schwangerschaftsabbrüche in allen öffentlichen Krankenanstalten sowie die Übernahme von Kosten für Abtreibung, Schwangerschaftstests und verschriebene Verhütungsmittel durch die Krankenversicherung. Im Wesentlichen sind das alles gute und korrekte Forderungen. Der Aufklärungsunterricht ist, auch wenn er sich in den letzten Jahrzehnten sicher weiterentwickelt hat, immer noch unzureichend. Zumeist beschränkt er sich auf biologisch-anatomische Betrachtung von Schwangerschaft und (heterosexuellem) Geschlechtsverkehr. Fragen von Verhütung, Abtreibung, anderer sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität werden wenig bis gar nicht behandelt.

Auch der Zugang zu Verhütungsmitteln ist – gerade für Jugendliche – oftmals nicht sehr einfach. Auf der einen Seite sind diese, vor allem hormonelle wie die Pille, oftmals gesundheitlich nicht unbedenklich, auf der anderen Seite stehen aber auch aus finanzieller Hinsicht oftmals Barrieren im Weg. Der Mangel an einfach zugänglichen und kostenlosen Verhütungsmitteln zeigt sich unter anderem auch darin, dass es jährlich zu geschätzt 30.000 Abtreibungen kommt.

Die Vereinfachung des Zuganges zu diesen ist eine zentrale Forderung, auch wenn sie im Frauenvolksbegehren deutlich wenig Beachtung findet. Es wird zum Beispiel nicht einmal die Streichung des Paragraphen 96 aus dem Strafgesetzbuch gefordert, der Schwangerschaftsabbruch illegalisiert (auch wenn er mit der Fristenlösung in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft straffrei ist). Auch eine Ausweitung der Frist von 3 Monaten findet sich nicht im Forderungskatalog wieder.

Schutz gewähren

Kein Unterdrückungsmechanismus im Kapitalismus existiert losgelöst von anderen. Speziell zwischen Rassismus und Sexismus gibt es wesentliche Überschneidungen und Wechselbeziehungen. Deshalb ist speziell dieser

Forderungskomplex sehr begrüßenswert, wenn auch nur in Ansätzen ausgeprägt und recht wenig radikal. Das Frauenvolksbegehren fordert in diesem Bereich nämlich: die Anerkennung von frauen- bzw. geschlechtsspezifischen Fluchtgründen, das Recht auf Familienzusammenführung, einen Aufenthaltsstatus unabhängig von der/m EhepartnerIn, spezielle Maßnahmen zum Schutz von geflüchteten Frauen und anderes.

Frauen sind auf der Flucht weitaus mehr Gefahren ausgesetzt als Männer. Oftmals erfahren sie sogar sexualisierte Gewalt. Umso wichtiger ist es hier, die Interessen von geflüchteten Frauen nochmals speziell hervorzuheben. Allgemein wird es aber in diesem Punkt nicht geschafft, wirklich radikal mit der reaktionären Flüchtlingspolitik der etablierten Parteien (also auch der SPÖ) zu brechen.

Was aber in diesem Teil auch noch mal speziell hervorsteicht und sich durch das Frauenvolksbegehren durchzieht, ist die Stellung, die es zum bürgerlichen Staat einnimmt. Es liegt in der Natur eines Volksbegehrens, dass es nur Forderungen an den bürgerlichen Staat richten und nicht als Instrument dienen kann, die Unterdrückten selbst zu organisieren. Das ist auch gleichzeitig die größte Schwäche nicht nur dieses Volksbegehrens, sondern von Volksbegehren im Allgemeinen.

Natürlich ist es nicht prinzipiell falsch, Forderungen an den bürgerlichen Staat zu stellen. Doch es gibt Bereiche wie zum Beispiel die Forderung nach Förderung und Zusammenarbeit mit der Polizei, wo dieser Appell in eine reaktionäre Stoßrichtung umschlägt. Der bürgerliche Staat und insbesondere seine Repressionsorgane können keine verlässlichen Verbündeten im Kampf gegen Sexismus, Rassismus oder Unterdrückung im Allgemeinen sein, sie dienen der Aufrechterhaltung der unterdrückerischen Verhältnisse. Vielmehr muss das Ziel darin liegen, Frauen gemeinsam mit der Frauen- und ArbeiterInnenbewegung gegen sexistische Gewalt zu organisieren. Ein Appell an die Polizei schafft hier entweder nur Illusionen oder stärkt allgemein die Möglichkeiten des

bürgerlichen Staates.

Gewalt verhindern

Spätestens mit #metoo ist auch in Österreich die Diskussion über Gewalt gegen und Belästigung von Frauen verstärkt in der Gesellschaft diskutiert worden, auch wenn die Diskussion in Österreich um einiges weniger erfolgreiche Ergebnisse zeigte als in anderen Ländern. Peter Pilz sitzt wieder im Nationalrat, der ÖSV ist laut „Expertenkommission“ nicht sexistischer als „Unternehmen analoger Größenordnung“ und der Innenminister arbeitet bewusst daran, sexualisierte Gewalt so darzustellen, als ob sie nur von fremden (besonders nichtösterreichischen) Männern begangen würde.

Dabei ist klar, dass die überwältigende Mehrheit der Frauen sexuelle Belästigung erfährt, jede 5. Frau über 15 Jahren von (häuslicher) Gewalt betroffen ist und die Mehrheit der Täter aus ihrem unmittelbaren persönlichen Umfeld kommt. Oftmals sind es Ehemänner oder (Ex-)Partner. Deshalb ist die Forderung nach einem Ausbau von Gewaltschutzzentren mehr als notwendig. Auch die Sensibilisierung an Schulen ist wichtig. Der Appell zum Ausbau der Kooperation mit der Polizei ist jedoch, wie schon weiter oben argumentiert, mehr als verzichtbar. Vielmehr sollte die Selbstorganisation von Frauen gemeinsam mit der organisierten Frauen- und ArbeiterInnenbewegung im Vordergrund stehen, um sich bei Gewaltschutz nicht auf die – ohnehin sexistischen und rassistischen – Organe des bürgerlichen Staates zu verlassen.

Was bezwecken Volksbegehren?

Ein erfolgreiches Volksbegehren hat als solches genommen nicht viel mehr Konsequenzen, als dass im Nationalrat darüber diskutiert werden muss. Das bedeutet auch, dass bei dieser Regierung, die sich großteils ablehnend gegenüber dem Volksbegehren (und Frauenrechten generell) positioniert hat, vermutlich nicht sehr viel von den Forderungen umgesetzt

werden wird. Der wesentlichere Output kann eben deswegen nur sein, eine gesellschaftliche Diskussion über die Themen anzustoßen und dadurch eine Bewegung auf der Straße, in den Gewerkschaften und Betrieben zu entfachen, die auch den gesellschaftlichen Druck erzeugen kann, damit die Forderungen auch wirklich erzwungen werden können. Denn was der Kampf für Gleichberechtigung im letzten Jahrhundert gezeigt hat, ist, dass diese nicht einfach vom Himmel fällt, sondern hart erkämpft werden muss.

Deshalb müssen wir auch klarmachen, dass dieses Frauenvolksbegehren zu keinen positiven Verbesserungen führt, wenn es nicht seine selbstgesteckten Einschränkungen beseitigt. Aktuell ist die Perspektive rein auf ein formales Mittel der „direkten“ Demokratie im österreichischen Staat ausgelegt. Dabei ist sehr einfach zu durchschauen, dass eine strategische Ausrichtung alleine darauf vollkommen verheerend sein kann. Die vielen UnterstützerInnen, die sich in den letzten Monaten engagiert haben, müssen erkennen, dass ihr Engagement nicht einfach nur für eine gute Medienaktion draufgehen sollte. Vielmehr muss das Frauenvolksbegehren auch eine reale Mobilisierung auf der Straße und eine Auseinandersetzung in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung bewirken. Ein erster Schritt kann zum Beispiel sein, am Tag der Debatte des Frauenvolksbegehrens eine große Demonstration für die Durchsetzung der Forderungen abzuhalten. Die Mehrheit im Nationalrat wird nicht im Traum daran denken, die Inhalte des Volksbegehrens durchzusetzen. Wir müssen sie dazu zwingen und das geht letztlich nur durch eine Bewegung auf der Straße, unterstützt durch die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, allen voran die Gewerkschaften.

Aber es muss auch klar sein, dass – egal wie sehr wir kämpfen – uns unsere Rechte jederzeit wieder weggenommen werden können. Dafür müssen wir nur auf die nächste große Krise warten. Der Kapitalismus als Ursache der Frauenunterdrückung

muss überwunden werden. Und das geht nur als kämpfende Bewegung der ArbeiterInnenklasse. Viele der Punkte im Frauenvolksbegehren müssen essentielle Forderungen einer solchen Bewegung sein, die in auf eigene Stärke vertraut anstatt auf den bürgerlichen Staat. Aber leider bricht der kleinbürgerliche Charakter des Frauenvolksbegehrens doch immer wieder mit den Interessen der ArbeiterInnenklasse. Deshalb müssen wir die Menschen überzeugen, einen Schritt weiterzugehen. Denn echte Frauenbefreiung wird es erst geben, wenn diese Dystopie, diese Antiutopie in Form des „freien Marktes“ endlich auf dem Müllhaufen der Geschichte landet.

Stellungnahme zur Veranstaltung „Women under Occupation“

*Gastbeitrag der Veranstalter*innen des Veranstaltung [„Women under Occupation“](#), Infomail 1020, 17. September 2018*

Die Vorfälle um die Veranstaltung mit Manal Tamimi „Women Under Occupation“ (dt.: Frauen unter Besatzung) sind lediglich ein weiteres Beispiel von antipalästinensischem und fremdenfeindlichem Rassismus, der in Deutschland immer mehrheitsfähiger wird. Nichtsdestotrotz empfinden wir dies als gefährliche Eskalation und verurteilen das aufs Schärfste. In der Woche vor der Veranstaltung ist der „Verein iranischer Flüchtlinge e. V.“ nicht bloß mehrfach am Telefon bedroht und bedrängt worden, sondern wurde auch mit Schmierereien und Graffiti angegriffen. Nachdem sogar vom Berliner Senat angedeutet wurde, dass die Einstellung der Gelder für seine

Flüchtlingsarbeit die Folge sein könnte, sah sich der Verein gezwungen, uns seine Räumlichkeiten nicht zur Verfügung zu stellen. Die Tatsache, dass die Veranstaltung nicht von dem Verein organisiert worden ist, spielte keine Rolle. Wir bedauern diese Entscheidung des Vereins, aber werden die Solidarität mit unseren iranischen Genossinnen und Genossen fortsetzen. Wir danken dem Biergarten Jockel dafür, kurzfristig eingesprungen zu sein und damit sogar Raum für ein größeres Publikum zu ermöglichen.

Im Berliner Stadtteil Neukölln fanden in den letzten Jahren zahlreiche rechte Angriffe auf Linke und migrantische Menschen statt. Die Tatsache, dass die Räumlichkeiten eines Flüchtlingsvereins, der seit Jahren aktiv für die Rechte von Geflüchteten und linke Politik eintritt, zweimal dafür angegriffen und beschädigt wurden, dass sie einer Veranstaltung mit einer palästinensischen Frau ein Podium bieten, ist beschämend. Umso perfider wird es, wenn man bedenkt, dass die Angreifer sich höchstwahrscheinlich heuchlerisch mit linken Kämpfen im Iran solidarisieren und die Kämpfe eines solchen Vereins wiederholt für ihre zionistische Agitation missbrauchen. Für uns zeigt das klar und deutlich, wo die scharfen Trennlinien zwischen uns und diesen Rechten verlaufen.

Die feigen Angreifer handelten nicht eigenmächtig. Sie wurden von der Hetze von Berliner Politikern unterstützt, die auf den sozialen Medien gegen die Veranstaltung Stimmung machten. Unter den Gegnern der Veranstaltung befanden sich auch der Kultursenator Klaus Lederer oder gar der flüchtlingspolitische Sprecher der Linkspartei Hakan Tas. Wie wir sehen, bestehen in Deutschland weder Hemmungen noch Zurückhaltung, wenn es darum geht, den palästinensischen Befreiungskampf zu diffamieren oder zu bedrohen. Ebenso sehen wir solche Politiker als mitverantwortlich für diese feigen, fremdenfeindlichen Angriffe.

Obwohl wir es ablehnen, mit reformistischen Parteien und

Institutionen zusammenzuarbeiten, ist uns bewusst, dass manche Organisationen für ihre Tätigkeiten auf diese Kooperationen und die damit zusammenhängende materielle Unterstützung angewiesen sind. Die Tatsache, dass der Berliner Senat politische Dissidentinnen und Dissidenten mit der Einstellung von Geldern bedroht – selbst wenn nur „inoffiziell“ – und damit effektiv gegenläufige Meinungsäußerung verhindert, ist verachtenswert.

In Anbetracht dieser Vorkommnisse war es für uns offensichtlich, dass wir auch dazu verpflichtet waren, für die Sicherheit unserer Vortragenden und unseres Publikum Sorge zu tragen. Unsere Genossinnen und Genossen, die zu diesem Zweck der Selbstverteidigung organisiert worden sind, schafften es, jedwede Angriffe von Reaktionären zu verhindern. Angriffe auf rechte Provokateure, die versuchten, die Veranstaltung zu unterbinden – ob diese Angriffe real oder imaginär waren – gingen nicht von unseren Sicherheitsstrukturen aus.

Trotz der Hetze, der Drohungen und der Einschüchterungsversuche werden wir den Kampf für Gerechtigkeit in Palästina fortführen und gegen die Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung in Deutschland ankämpfen. Wir sind froh darüber, dass wir mutige Stimmen aus Palästina zu einem Publikum in Berlin bringen konnten. Um die 150 Menschen wurden inspirierende Einblicke in den Widerstand der Unterdrückten gewährt, während die Reaktion – trotz der Unterstützung des Regimes – nicht mehr als um die 20 Rechte mobilisieren konnte, um die Wahrung von Ungleichheit sicherzustellen. In Zeiten der zunehmenden Verschiebung nach rechts bleibt uns die internationale Solidarität.

Orga-Team hinter der Veranstaltung [„Frauen unter Besatzung“](#) mit Manal Tamimi

Intersektionalität: Richtige Fragen, falsche Antworten

Katharina Wagner, Neue Internationale 228, Mai 2018

Intersektionalität gewinnt vor allem in der feministischen Bewegung und vielen linken Strömungen immer mehr an Bedeutung. Auch Wirtschaft und Werbebranche haben sie mittlerweile für sich entdeckt, um Produkte besser bewerben und verkaufen zu können. Doch was ist darunter eigentlich zu verstehen?

Was bedeutet Intersektionalität?

Laut Wikipedia beschreibt Intersektionalität das Überschneiden verschiedener Diskriminierungen, wie beispielweise nach Geschlecht, sexueller Ausrichtung oder „Rasse“, in einer Person. Diese addieren sich aber nicht einfach, sondern führen zu völlig neuen individuellen Unterdrückungsverhältnissen [1]. Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen, vergleichen wir die Situation einer schwarzen heterosexuellen mit der einer weißen homosexuellen Frau. Beide werden aufgrund verschiedener zusammenwirkender Persönlichkeitsmerkmale Opfer von Unterdrückung. Allerdings ist die jeweilige individuelle Situation der beiden Betroffenen eben nicht dieselbe, auch wenn beide in zweifacher Hinsicht (bezogen auf die oben erwähnten Diskriminierungskategorien) unterdrückt werden.

Die Intersektionalität beansprucht also, ein Werkzeug zu liefern, mit dessen Hilfe der Fokus auf das jeweilige Zusammenwirken von sozialen Ungleichheiten gelegt wird und gleichzeitig die Wechselwirkungen der einzelnen sozialen Kategorien analysiert werden können [2].

Diese Methode knüpft in mancher Hinsicht an die Triple-

Oppression-Theorie (Dreifach-, Race-Class-Gender-Unterdrückung) an, welche in den 80er/90er Jahren entwickelt wurde. Diese geht von drei Unterdrückungsverhältnissen (Rassismus, Sexismus und Ausbeutung) aus, die, miteinander verwoben, die Gesellschaft prägen.

Innerhalb des Konzepts Intersektionalität existiert eine Vielzahl von Diskriminierungskategorien. Zu den wichtigsten und unstrittigsten gehören dabei, wie bereits erwähnt, „Rasse“, Geschlecht und Klasse. Des Weiteren werden, je nach dem/r jeweiligen TheoretikerIn, zusätzliche Kategorien wie beispielsweise Alter, Körper (darunter wird vor allem Gesundheit und Attraktivität verstanden), Religion, Nationalität sowie gesellschaftlicher Entwicklungsstand hinzugefügt, sodass man auf über 14 verschiedene Kategorien kommt. Doch damit nicht genug, wird auch an dieser Zahl noch Kritik geübt. Um auch ja keine Kategorie auszuschließen, wird häufig am Ende noch ein „etc.“ angehängt. Judith Butler schreibt in Ihrem Buch „Das Unbehagen der Geschlechter“, dass aus ihrer Sicht die Kategorisierungen eines Subjekts nie vollständig sein können [3]. Zudem stellt sich die Frage, ob alle Kategorien gleich gewichtet sein sollten und wer überhaupt entscheidet, welche Bedeutung Unterdrückungsverhältnissen beigemessen und welche unberücksichtigt werden dürfen/sollten [4].

Ursprung der Intersektionalität

Um zu ihren Anfängen zu gelangen, müssen wir bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen. Bereits 1851 stellte die amerikanische Frauenrechtlerin Sojourner Truth die Frage „And ain't I a woman?“ und kritisierte das damals noch fehlende Stimmrecht für Frauen ebenso wie Rassismus und Klassenprivilegien innerhalb der damaligen Frauenbewegung. In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts formierte sich in den USA eine feministische Bewegung schwarzer Frauen, die die sog. „re-visionist feminist theory“ schuf, welche allerdings

aufgrund starker Diskriminierung in der Gesellschaft kaum wahrgenommen wurde. Im Jahre 1974 kam es schließlich zur Gründung des „Combahee River Collective“ in Boston, initiiert von schwarzen, lesbischen und sozialistischen Feministinnen. 1977 wurde von ihnen die Erklärung „A Black Feminist Statement“ veröffentlicht, um deutlich zu machen, dass sie sich von der damaligen feministischen Bewegung nicht repräsentiert fühlten, welche von heterosexuellen Frauen der Mittelschicht dominiert wurde.

Die bekanntesten Wegbereiterinnen der nordamerikanischen Intersektionalitätsbewegung sind sicher die Politikwissenschaftlerin Iris Marion Young und die Rechtswissenschaftlerin Martha Minow. Sie gehen davon aus, dass anhand gruppenbezogener Identitätspolitikern wichtige Impulse zur Überwindung gesellschaftlicher Diskriminierungen geschaffen werden können. Werden die jeweiligen Differenzen dagegen ausgeklammert und nicht beachtet, führt dieser Umstand langfristig zu einseitiger Diskriminierung innerhalb von verschiedensten Bewegungen. Sehr deutliche Beispiele für diese These liefern zum einen die „Black Consciousness“-Bewegung, einseitig dominiert von schwarzen Männern, und zum anderen die damalige Frauenbewegung, welche, wie bereits erwähnt, von weißen Frauen des (klein)bürgerlichen Spektrums gelenkt wurde.

Auch in Deutschland entwickelte sich in den 1880er Jahren erste Kritik an der Eindimensionalität der feministischen Bewegung, vorgebracht von Clara Zetkin. Sie verwies auf den grundlegenden Zusammenhang zwischen Geschlecht und Klasse und kritisierte gleichzeitig, dass einzig die Interessen der bürgerlichen Frauen im Zentrum der damaligen Frauenbewegung standen. Als in den 1970er/80er Jahren der Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen §218 StGB geführt wurde, waren Frauen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen in der damaligen feministischen Bewegung nicht repräsentiert. Tatsächlich wurde die besondere Diskriminierungssituation dieser Frauen nicht berücksichtigt, ging es ihnen doch in

erster Linie nicht um den Kampf für legalisierte Abtreibung, sondern darum, ihr Kind behalten zu können/dürfen, denn schließlich waren bis in die 1990er Jahre Zwangssterilisationen ohne Einwilligung der Betroffenen erlaubt.

Wegbereiterinnen der Intersektionalitätsbewegung in Deutschland waren hauptsächlich Migrantinnen, Frauen mit Beeinträchtigungen sowie schwarze deutsche und jüdische Frauen. Sie verwiesen immer wieder auf spezifische Probleme, welche von der feministischen Bewegung marginalisiert wurden. Dazu zählten zum einen Anerkennung weiblicher Asylgründe wie sexistische Verfolgung und Vergewaltigungen, aber auch die Übernahme von Reproduktionsarbeiten in deutschen Haushalten. Für Frauen mit Beeinträchtigungen ging es zusätzlich um den Kampf für Barrierefreiheit und für gleichwertige Strafen bei sexuellen Übergriffen.

Tatsächlich benutzt wurde der Begriff Intersektionalität schließlich erstmals im Jahre 1989 von der amerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw, welche dieses Konzept aufgrund juristischer Fallanalysen entwickelte. Sie bediente sich hierbei der Metapher „Straßenkreuzung“, um deutlich zu machen, dass Diskriminierungen aus verschiedenen Richtungen erfolgen und sich dabei überschneiden können. Allerdings sollte hierbei die Theorie nicht auf die Metapher reduziert werden, ist sie doch um einiges vielfältiger. Vor allem sollte nicht der Trugschluss erfolgen, dass die einzelnen Diskriminierungen außerhalb der Straßenkreuzung getrennt voneinander existieren, geht es doch in der Intersektionalität in erster Linie darum, eindimensionale Sichtweisen auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu überwinden.

Kritik an der Intersektionalität

Kritik an diesem theoretischen Werkzeug gibt es viel und aus verschiedenen Richtungen. Zum einen kommt Kritik aus der soziologischen Wissenschaft selbst. Diese bezieht sich zumeist

auf die Anzahl der Kategorien und die Möglichkeit, in deren Folge regelrechte Diskriminierungshierarchien aufzustellen. Eine Kritik speziell im deutschsprachigen Raum richtet sich direkt gegen die Gender-Studies, welche die Theorie lediglich auf die oben beschriebene Metapher „Straßenkreuzung“ reduzieren. D. h. sie gehen davon aus, dass die einzelnen Diskriminierungskategorien getrennt voneinander und somit isoliert existieren.

Auch gibt es zusätzlich Kritik seitens der Betroffenen selbst. So kritisieren z. B. MigrantInnen die nicht ausreichende Berücksichtigung des Kolonialismus oder des gegenwärtig stärker werdenden Eurozentrismus, welcher internationale Arbeitsteilung und Ausbeutung vernachlässigt. Zudem wird die Intersektionalitätsforschung zunehmend von weißen AkademikerInnen betrieben. Theoretische Impulse von Personen mit Migrations-, Exil- oder Diasporahintergrund werden meist abgewertet oder schlicht verleugnet.

Aber auch wir als MarxistInnen müssen die Intersektionalität kritisch hinterfragen und auf Schwachstellen und kritische Punkte deutlich hinweisen. Denn zunächst erscheint die Intersektionalität als ein progressiver Ansatz zur Befreiung der Unterdrückten, gibt sie ihnen doch eine Stimme innerhalb der Gesellschaft. Allerdings wird die Klassenfrage in allen Befreiungskämpfen schlicht verdeckt und verschleiert. Klasse wird innerhalb der Intersektionalität lediglich als eine unter vielen Diskriminierungskategorien angesehen.

Kapitalismus und Unterdrückung

Tatsächlich wird Kapitalismus nicht als eine spezifische Gesellschaftsform und Produktionsweise analysiert, von welcher Diskriminierungen ein unlösbarer Bestandteil sind, sondern einzig und allein als ökonomisches Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Dies bedeutet im Klartext, dass innerhalb dieser Theorie keinerlei Anerkennung dafür besteht, dass Kapitalismus Unterdrückungsformen und

Diskriminierungen erst schafft bzw. vorhandene stets weiter reproduziert, umformt und für sich nutzt.

MarxistInnen sehen Klassenherrschaft als das bestimmende geschichtliche Moment seit Ende der Urgesellschaft an, somit als letztlich ausschlaggebend für die Auswirkungen in Bezug auf Diskriminierung und Unterdrückung. Die Überwindung der einzelnen Unterdrückungsverhältnisse ist folglich erst nach der vollständigen Abschaffung der Klassenherrschaft möglich. Die essentielle Kraft für eine Revolution, also den kompletten Sturz des Kapitalismus, geht von der ArbeiterInnenklasse als Ganzer aus. Doch genau hier liegt ein weiteres Problem der Intersektionalität. Diese Ideologie ist entstanden, um Erfahrungen von Menschen, die von mehreren Diskriminierungen betroffen sind, angemessen zu berücksichtigen und geht dieses Problem auf zwei unterschiedliche Arten an. Zum einen wird die jeweilige Basis der vorgeschlagenen Organisationsformen immer enger definiert, was zu einem kaleidoskopischen Trenneffekt nach den einzelnen „intersektionalen Identitäten“ führt, und zum anderen werden wichtige Punkte zu Fragen einzelner Individuen innerhalb einer breiten Bewegung reduziert. Dies bedeutet in der Praxis, dass man sich immer weiter weg vom Kollektiv und hin zu individuellen Identitäten bewegt, was eine Vereinigung der gesamten ArbeiterInnenklasse erschwert.

Alternative

Daher sollten MarxistInnen diese Theorie nicht unterstützen, sondern ihre eigenen Methoden einsetzen, um Sexismus, Rassismus, Homophobie und weitere Unterdrückungsformen zu bekämpfen, welche auch in linken Organisationen, Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen auftreten können. Wir treten daher für gesonderte Treffen, sog. Caucuses, ein, um unterdrückten Gruppen die Möglichkeit zu geben, Fragestellungen im Zusammenhang mit ihrer spezifischen Unterdrückungssituation zu erörtern, kollektive Lösungen zum Kampf gegen Unterdrückung zu finden und dementsprechende

Maßnahmen direkt der jeweiligen Mitgliedschaft bzw. der Führung vorzulegen. Denn wenn die politischen Forderungen einer Organisation zu diesen Fragen nur von denjenigen aufgegriffen werden, die unter den bestimmten Unterdrückungssituationen leiden, bricht dies nicht mit der „Hierarchie der Unterdrückung“, sondern manifestiert diese. [5]

Wie beim Eintreten für das nationale Selbstbestimmungsrecht muss die Arbeiterinnenklasse in ihrer Gesamtheit den Kampf gegen alle Unterdrückungsformen führen, um Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die den Blick auf den grundlegenden Klassenantagonismus erschweren und damit das Kampfpotenzial als gesamte Klasse durch deren Spaltung schwächen. Dies ist ein gänzlich entgegengesetztes Herangehen als das der TheoretikerInnen des Feminismus, der Triple Oppression und des Intersektionalismus, die eine letztlich willkürliche unterschiedliche Benotung der Auswirkungen einzelner Unterdrückungsformen auf das jeweilige Individuum vornehmen.

Endnoten

[1] Wikipedia, Intersektionalität

[2] Walgenbach, Katharina (2012): Intersektionalität – eine Einführung; <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/ueberblickstexte/walgenbach-einfuehrung/>

[3] Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a. M.

[4] Degele, Nina/Winker, Gabriele (2007): Intersektionalität als Mehrebenenanalyse; <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/ueberblickstexte/degelewinker/>

[5] <http://www.workerspower.co.uk/2013/11/intersectionality-not-the-basis-for-the-liberation-struggle/>

Internationaler Frauenkampftag 2018 weltweit

Jürgen Roth, Neue Internationale 227, April 2018

Am diesjährigen 8. März fanden in zahlreichen Ländern Proteste und Aktionen statt, die nennenswertesten darunter in: Argentinien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Indien, im Iran, in Italien, Kolumbien, auf den Philippineninseln, in der Republik (Süd-)Korea, im mehrheitlich kurdisch bevölkerten nordsyrischen Kanton Afrin – trotz der türkischen Invasion – in der Türkei und in Uruguay.

Spanien: alle Räder stehen still...

Von Ausmaß und Kampfqualität her stellte Spanien dieses Jahr alle anderen Aktionen in den Schatten. 6 Millionen Frauen – und Männer – streikten 2 Stunden, einige sogar den ganzen Tag lang. Bestreikt wurden auch Schulen und Universitäten. In 300 spanischen Städten demonstrierten insgesamt mehrere Millionen Menschen. Zentrale Forderungen waren: Schluss mit der Gewalt gegen Frauen! Schluss mit der Diskriminierung und Prekarisierung in der Erwerbsarbeit! Schluss mit der alleinigen Verantwortung für die Haus- und Betreuungsarbeit!

40 % aller Lohnabhängigen in tausenden Betrieben beteiligten sich an der Arbeitsniederlegung. Die Gewerkschaft Comisiones Obreras trug sogar lila Fahnen. Der Riesenerfolg geht v. a. auf die jahrelange Arbeit hunderter feministischer „Colectivos“ zurück. Viele dieser Frauengruppen sind mit der Protestbewegung der PlatzbesetzerInnen verbunden, die seit 2011 gegen Sparprogramme, Arbeitslosigkeit, Bildungsabbau und für Gleichstellung auf die Straße gingen. Im Januar 2017

beteiligten sie sich auch an den feministischen Anti-Donald-Trump-Märschen und brachten schon zum letztjährigen Internationalen Frauentag Hunderttausende auf die Straßen. Trotz milden Wirtschaftsaufschwungs ist die Arbeitslosigkeit besonders unter jungen Menschen hoch. Die Mehrheit der Jungen findet zudem nur prekäre Jobs. Und dann erschütterten auch noch mehrere brutale Morde an Frauen die Öffentlichkeit. Allein 2017 wurden fast 50 Frauen von (ihren) Männern umgebracht.

Deutschland

Auch dieses Jahr beteiligten sich die Gruppe ArbeiterInnenmacht und die kommunistische Jugendorganisation REVOLUTION an Demonstrationen in den Städten Berlin (8000 TeilnehmerInnen), Hamburg (150), München (1000), Stuttgart (400) und Chemnitz (200), Freiburg (1500). Die Aktionen in Chemnitz und München wurden massiv von der Polizei gestört.

ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION organisierten Veranstaltungen in Berlin, Dresden, Hamburg, Kassel, München. Ein zentrales Thema bildete die Care-Arbeit in all ihren Facetten. Dieses steht auch im Mittelpunkt unserer diesjährigen Frauenzeitung [Fight](#), die wir wieder gemeinsam mit REVOLUTION in Deutschland und Österreich sowie unserer österreichischen Schwestersektion Arbeiter*innenstandpunkt herausgaben.

Care Arbeit – weiblich, prekär und schlecht bezahlt

Anne Moll, Gruppe ArbeiterInnenmacht, Fight! Revolutionäre

Rund 6,5 Millionen Menschen sind im bezahlten Caresektor beschäftigt. Darunter fallen alle Tätigkeiten, die direkt zum Erhalt des menschlichen Lebens dienen: Versorgung der Alten, alle Sorge- und Erziehungsaufgaben, Pflege sowie Haushaltstätigkeiten (Kochen, Waschen, Backen, Putzen, Spülen, Kindererziehung...). So wird Care-Arbeit gegen Lohn in Schulen, Kindergärten, Heimen, Krankenhäusern, Vereinen, ambulanten Diensten verrichtet. Darüber hinaus erfolgt ein größerer Teil der Care-Arbeit unbezahlt im Haushalt zur Reproduktion des unmittelbaren Lebens der RentnerInnen sowie gegenwärtiger und zukünftiger Arbeitskräfte.

Entwicklung bezahlter Care-Arbeit

Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser sind heute für den Großteil der Bevölkerung Normalität. Doch diese Einrichtungen gab es nicht immer. Sie sind teilweise Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung. Schon bald nach Beginn der industriellen Revolution zeigte sich, dass das Fehlen jeglicher Arbeitsschutzbestimmungen (z. B. Verbot von Kinderarbeit und bestimmter Tätigkeiten für Schwangere, Arbeitssicherheitsmaßnahmen) auch die Reproduktion der ArbeiterInnenklasse selbst gefährdete und so der Expansion des Kapitals eine Schranke zu setzen drohte, weil sich die ArbeiterInnen wortwörtlich zu Tode arbeiteten.

Ohne Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen können, kommt der Kapitalismus nicht aus. Selbst diese für das Gesamtsystem notwendige Beschränkung der Ausbeutung musste den KapitalistInnen oft in zähen Kämpfen abgerungen werden. Aus ähnlichen Gründen wurde auch die allgemeine Schulpflicht eingeführt, um ein Mindestniveau an Qualifikation der Arbeitskraft und die Grundlage für eine weiterführende Ausbildung zu schaffen.

Für den einzelnen Kapitalisten erscheinen diese Kosten – sei

es für Bildung, für Gesundheitsvorsorge, Pflege usw. – nur als Abzug vom Gewinn. Deswegen übernimmt oftmals der Staat diese Aufgabe, wobei die KapitalistInnen natürlich darauf drängen, dass diese Kosten vor allem die Lohnabhängigen über Steuern usw. zu tragen haben.

Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung wie die Einführung von Renten-, Unfall- und Kranken-, später Arbeitslosenversicherung, ermöglichten den Ausbau von Krankenhäusern. Damit einhergehend wurden die vorher von Ordensschwestern verrichteten Pflegearbeiten nun zur Domäne von Lohnarbeiterinnen.

Während Frauen der Zugang zu „Männerberufen“ als ArbeiterInnen wie auch als AkademikerInnen lange und hartnäckig verwehrt wurde, erschien die bezahlte Arbeit im Gesundheitswesen oder als Bedienstete in bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Haushalten als „natürliche“ Sphäre weiblicher Beschäftigung. Sie entsprach einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, reaktionären, bürgerlichen Rollenbildern, reproduzierte und festigte sie zugleich.

Sie galten außerdem von Beginn an als Tätigkeiten von Frauen, die entweder mit der Heirat enden würden oder die dann als „Nebenerwerb“ zum eigentlichen Familieneinkommen beitragen, das im Wesentlichen vom Mann bestritten würde. Das ist auch ein wesentlicher Faktor, warum diese Arbeiten historisch schlechter entlohnt wurden. Darüber hinaus war die berufliche Hierarchie auch von Beginn an geschlechtsspezifisch geprägt (Ärzte und Krankenschwestern).

Strukturen des Care-Sektors

Von den rund 6,5 Millionen lohnabhängig Beschäftigten waren 2013 340.000 staatlich anerkannte ErzieherInnen in Kindergärten oder Heimen etc. angestellt, davon über 327.000 Frauen. 2016/17 arbeiteten 760.000 LehrerInnen, der Großteil von ihnen an Grundschulen und Gymnasien.

Das Gesundheitswesen ist mit Abstand der größte Bereich und beschäftigte 2016 5,5 Millionen, 75,8 % davon waren Frauen. In Krankenhäusern schufteten über 1,2 Millionen, davon 180.000 ärztliches, 1,04 Millionen nichtärztliches Personal sowie 83.000 Auszubildende. Darunter fielen 880.000 Vollzeitkräfte (ÄrztInnen: 158.000, andere: 722.000). Die Altenpflege umfasste Ende 2015 611.000 Arbeitskräfte. Rund ein Siebtel der Auszubildenden im Gesundheits- und Sozialwesen besitzt einen ausländischen Pass.

Diese schon beeindruckend hohen Zahlen muss man jedoch in Relation zur unbezahlten Arbeit setzen. Laut Bundesamt für Statistik betrug das Gesamtvolumen an Reproduktionsarbeiten in der BRD 2001 96 Mrd. Stunden gegenüber 56 Mrd. für Erwerbsarbeit, wobei erstere weit überproportional von Frauen verrichtet werden. Untersuchungen zum individuellen Zeitverbrauch in den 30 reichsten Wirtschaftsländern ergaben für Deutschland für den Durchschnitt aller Erwerbsfähigen: 16 Wochenstunden für Erwerbsarbeit gegenüber 45 in Haus- und Familienarbeit und 24 für Freizeit.

In der Schweiz sollen 4/5 der gesamten Tätigkeiten von Frauen auf Care-Ökonomie entfallen, 2/5 bei Männern. Etwa 1/10 der Erwerbsarbeitsstellen für Männer gehören dazu (Frauen: 1/3). Das unbezahlte Volumen ist siebenmal größer als das bezahlte. (Gisela Notz: Zum Begriff der Arbeit aus feministischer Perspektive, Emanzipation, Jg. 1, Nr. 1, 2011)

Niedriglohn, Prekarität, Schattenarbeit: typisches Schicksal von Care-Frauen

Von institutionell organisierter Erziehungs-, Pflege- und Betreuungsarbeit bis hin zu sklavenähnlichen Abhängigkeiten finden wir alle Arbeitsverhältnisse in der Care-Arbeit.

Zwei Merkmale sind dabei bedeutend: Je schlimmer die Arbeitsbedingungen, je schlechter die Bezahlung, desto weniger männliche Arbeit„nehmer“ finden sich hier. Von diesem Care-

Arbeitsmarkt ist selten die Rede, noch weniger von ganz überwiegend unsichtbaren Arbeitsverhältnissen im Privathaushalt und in der Schattenwirtschaft „illegaler“ MigrantInnen.

Selten werden diese Merkmale im Zusammenhang mit der Frauenunterdrückung in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt genannt. Ohne diese „Unsichtbarkeit“ solcher prekären Arbeitsverhältnisse würde in jedem kapitalistischen Land deutlich, dass die Ausbeutung wieder Formen angenommen hat, die denen zu Beginn der Industrialisierung sehr ähnlich sind. Kinder und Alte wären oft sich selbst überlassen, weil die Arbeitswelt sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter flexibilisiert und prekariert hat. Die Beschäftigten müssen jede Arbeitszeit und unbezahlte Mehrarbeit annehmen, da durch das Hartz-IV-System eine Verweigerung nicht mehr möglich ist. So sind viele Familien gezwungen, Pflege- und Betreuungsarbeit möglichst billig anderen zu überlassen.

Rassistisches Lohndumping

Also gibt es in der Care-Arbeit noch prekärere Beschäftigungsverhältnisse. Von der im Privathaushalt arbeitenden Pflegekraft mit Arbeitsvertrag bis hin zu „illegal“ Beschäftigten, die im schlimmsten Fall bei der Familie wohnen und 24 Stunden einsatzbereit sind. So kommt z. B. eine Frau aus Polen hierher, um in der Altenpflege zu arbeiten, und verdient nach ihren Maßstäben genug Geld, um ihre Familie in Polen durchzubringen. Dafür lässt sie ihre eigenen Familienangehörigen allein. Ihre Kinder werden mit Großeltern oder anderen Angehörigen notdürftig versorgt. Trotzdem ist es aus ihrer Sicht eine Verbesserung und sie hält einiges aus, um ihren Job nicht zu gefährden. Dies wirkt auch auf den sozialversicherten Teil im Care-Sektor als Lohndumping zurück

Auf diese Art wirkt der Druck des imperialistischen Weltmarktes auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den

halb-kolonialen Ländern in Form von Arbeitslosigkeit und niedrigem Lebensstandard. Was der Arbeitsmarkt nicht absorbieren kann, fungiert in den führenden kapitalistischen Ländern als Reservearmee, die diesen keine Ausbildungskosten verursacht. Aufgrund ihrer Entrechtung und rassistischen Unterdrückung kann sie bei einem Sinken der Nachfrage nach Arbeitskraft leichter „entsorgt“, also abgeschoben oder zur „freiwilligen“ Rückreise gezwungen werden.

Unterschiede und Zusammenhänge im Care-Bereich

Die Pflege von kranken und alten Menschen ist einerseits in öffentlichen/kommunalen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen organisiert. Dort gibt es Tarifverträge und Betriebsräte die sich um die Umsetzung kümmern. So haben die Beschäftigten relative gute Arbeitsbedingungen im Vergleich zu denen Beschäftigten in privatisierten Einrichtungen und v. a. in privaten Haushalten.

Da heute in allen Krankenhäusern Profite erzielt werden müssen, sind die Arbeitsbedingungen extrem belastend und der Stress steigt ständig. Der überwiegende Teil der Beschäftigten hält den Leistungsdruck weniger als 10 Jahre aus. Dann sind sie gezwungen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, werden krank oder suchen sich eine andere Lohnarbeit. Viele Auszubildende sind am Ende ihrer Ausbildung nicht bereit, den Job der Krankenpflege weiter auszuüben.

Von der Kostendämpfung zur Krankenhausprivatisierung...

Der Druck, die Carearbeit profitabel zu machen, setzte sich auch im Bereich durch, der die besten Arbeitsbedingungen der gesamten Branche bot: den Krankenhäusern. Der Einstieg in ihre Verschlechterung und schließlich das Auslösen einer massiven Privatisierungswelle erfolgte über die Finanzierungs Krise der

Sozialsysteme. Ab den 1970er Jahren setzte die Dauerwirtschaftskrise Staatsfinanzen und Sozialversicherungen unter Druck.

Sinkende Reallöhne führten dazu, dass die Gesundheitsausgaben den Einnahmen der Sozialversicherungen enteilten. Die paritätische Finanzierung wurde zugunsten der „Arbeitgeber“ verändert, ihr Beitrag eingefroren auf 7,3 %. Seitdem zahlen die Versicherten alle Mehrkosten (Krankenkassenzusatzbeiträge) und Zuzahlungen bei sehr vielen Behandlungskosten und Medikamenten. Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge wären schließlich auch auf Kosten der sog. Arbeitgeberlohnanteile gegangen. Kostendämpfung bei den Gesundheitsleistungen war angesagt. Die Abrechnung der Krankenhausbehandlung wurde umgestellt. Vor 2004 wurde abgerechnet pro belegtes Bett pro Nacht. Die sogenannte Fallpauschale (DRG: Diagnosis Related Groups = diagnosebezogene Fallgruppen) legt für jedes Krankheitsbild eine durchschnittliche Bezahlung für die Behandlung fest. Reicht dieser Festbetrag für die jeweilige Krankheit nicht, macht die Klinik ein Defizit oder muss einen enormen Bürokratieaufwand leisten, um zu erklären, warum er nicht zur Heilung gereicht hat. Durch die Einführung der DRGs 2004 so wird jedes freie Bett zum Risikofaktor der Krankenhäuser. Es kam zu einem enormen Bettenabbau, der immer wieder zu Schlagzeilen in der Presse führt, dass Notfälle nicht aufgenommen werden können und Krankenwagen so lange gesucht haben, bis der Patient verstorben war.

Im alten Finanzierungssystem gab es keinen Anreiz für volle Belegung, da ja keine Gewinne gemacht werden durften und die laufenden tatsächlichen Behandlungskosten auf jeden Fall von den Kassen finanziert wurden. Heute kommt es durch DRG-Abrechnung, Gewinnabschöpfung und Konkurrenz in vielen Bereichen zu 110-120 % Belegung (PatientInnen auf dem Flur oder in Badezimmern etc.). Nicht dass es schon kompliziert genug ist, gibt es auch noch die duale Krankenhausfinanzierung: Das bedeutet, die Krankenkassen

zahlen für die laufenden Kosten, die Länder und Kommunen für die Investitionen z. B. in Gebäude und Ausstattung. Diese haben die Länder seit 1991 immer weiter gesenkt, so dass wir heute einen Investitionsstau von 6-6,5 Milliarden Euro jährlich haben. Die Kliniken investieren zur Zeit viel selbst durch Einsparungen an Personal und Aufnahme von Krediten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Die Umstellung auf DRGs hat viele Kommunen ihre Kliniken an private Träger verkaufen lassen, wenn sie mit den Fallpauschalen nicht auskamen und zusätzlich noch aus laufenden Einnahmen dringend notwendige Investitionen tätigen mussten. Die privatisierten Betreiber schlossen übrigens Verträge mit den Ländern/Kommunen, um auch diese aus Steuergeldern finanziert zu bekommen, oft mehr als zuvor, als sie noch staatlich waren!

So hat der Gesetzgeber die Tür für private Unternehmen indirekt durch Einführung der Fallpauschalen geöffnet. Seit 1991 ist die Zahl privater Kliniken um 70 % gestiegen, über 320 % mehr privatisierte Betten sind seitdem entstanden. Die größten Krankenhauskonzerne sind Mediclin, Rhön-Klinikum AG, Sana Kliniken AG, Asklepios und Helios. Weitere wichtige Akteure in diesem Spiel sind die Pharmaindustrie und Gerätetechnik. Oftmals unbeachtet, dirigierten sie vor 2004 die Ausrichtung der Medizin ganz in ihre Richtung, um ordentlich Geld abzuzocken. So verschaffen sich einige wie der Pharma- und Dialysekonzern Fresenius SE & Co. KGaA als Betreiber zahlreicher Kliniken weiteren Marktzugang.

...und ihre Folgen für die Beschäftigten

Ob in kommunalen, privaten, kirchlichen oder anderen freigemeinnützigen Einrichtungen: Die Privatisierungen und Profitorientierung gingen einher mit Personalabbau und daraus folgender Arbeitsverdichtung und Überstunden. Daneben hatte der Ausstieg mancher Krankenhausträger aus dem relativ flächendeckenden Tarifvertrag (TvÖD) Lohnsenkungen zu Folge, denn der durch die DRGs geschaffene Markt übte seine bekannten

Rationalisierungszwänge aus. Von 1995 bis 2006 wurden 87.000 Stellen im Krankenhaus abgebaut, davon 40.000 Pflegekräfte.

Dies ging auch einher mit Schließungen von ganzen Krankenhäusern. Gleichzeitig stieg allerdings die Bettenbelegung um 30 %. Im Jahr 2013 hat ver.di in 200 Krankenhäusern eine Befragung durchgeführt und dadurch errechnet, dass bundesweit 162.000 Stellen in den Krankenhäusern fehlen, um eine gute Krankenhausversorgung zu gewährleisten, davon 70.000 Stellen in der Pflege. Zur Zeit arbeiten in Deutschland in 2000 Krankenhäusern 410.000 Pflegekräfte. Sie müssen deutlich mehr PatientInnen versorgen als in anderen Ländern (Japan: 53,1; OECD-Durchschnitt: 31,9; BRD: 19,0 Pflegekräfte auf 1000 Behandlungsfälle). Dies führt erwiesenermaßen zu einer höheren Todesrate bei den Patienten neben erhöhter Belastung für Pflegekräfte (Burnout, Rückenleiden etc.; Berufsabbruch, s. o.).

Aber der Widerstand gegen schlechte Löhne und noch schlechtere Arbeitsbedingungen nimmt zu. Sowohl die Krankenpflege als auch die Altenpflege versucht, mit Aktionen Druck auf die EntscheidungsträgerInnen auszuüben.

Widerstand

Durch die oben genannten Probleme ist die Situation der Pflegekräfte miserabel und die PatientInnen sind in Gefahr. 2015 gab es einen wichtigen Anstoß der Beschäftigten in der Berliner Charité für mehr Personal im Krankenhaus. Ver.di möchte diesen Tarifvertrag an allen Kliniken durchsetzen und rief im Juli 2017 bundesweit zu Tarifverhandlungen für einen TV Entlastung auf (Artikel dazu in dieser Zeitung). In vielen Städten haben sich daraufhin Bündnisse für mehr Personal im Krankenhaus gebildet: Hamburg, Bremen, Berlin, Freiburg, Tübingen, Stuttgart, Saarland, Düsseldorf, Helios Amper-Kliniken in Dachau und Indersdorf, SRH Klinikum Karlsbad-Langensteinbach, Trier.

Und mit ca. 80 % weiblichen Beschäftigten in der Krankenhauspflege (in Altenheimen eher noch mehr) ist dies auch ein wichtiger Kampf für die Gleichstellung von Frauen im Beruf, kann eine Signalwirkung haben für alle „typischen“ weiblichen Arbeitsverhältnisse und deren nächste Arbeitskämpfe.

Trotz Tarifvertrags und offiziell gleicher Bezahlung in der Pflege gibt es deutliche geschlechtliche Unterschiede: männliche Pflegekräfte erhalten oft schneller eine Weiterbildung und arbeiten in Bereichen, die besser bezahlt sind: Intensivstationen, Anästhesiepflege oder haben Leitungsfunktion. Zudem werden sie durch individuelle Lohnabsprachen oft besser bezahlt als ihre Kolleginnen.

Die Gewerkschaft ver.di stellt in ihrem Aufruf zu Verhandlungen für einen Tarifvertrag Entlastung bundesweit drei Forderungen auf: mehr Personal, verlässliche Arbeitszeiten und Belastungsausgleich. Die Beschäftigten an einigen Orten, an denen sich Bündnisse gegründet haben und eigene Flugblätter geschrieben wurden, hatten deutlich oft Konkreteres und mehr verlangt.

So forderten die KollegInnen in Bremen 1600 zusätzliche Pflegekräfte sofort, Einarbeitungszeit für neue KollegInnen von mind. 6 Monaten, garantierte Fortbildung, Dienstplansicherheit (kein Holen aus dem Frei) oder Frühverrentungsmöglichkeit ohne Abschläge wie bei Polizei und Feuerwehr! Außerdem wurde der Wegfall der Fallpauschalen, das Ende der Privatisierung der Krankenhäuser und die Rekommunalisierung privatisierter und ausgegliederter Bereiche verlangt.

Zur Zeit gibt es aber eine deutliche Zurückhaltung der Gewerkschaft, die Kämpfe ernsthaft bis zum Streik zu führen. Dort, wo im Jahr 2017 Demonstrationen und Streiks stattfanden, beteiligen sich Beschäftigte aktiver als in Städten wie Hamburg und Bremen, die denken, es wäre noch zu früh, Streik

auf die Agenda zu setzen! Deshalb treten wir für Belegschaftsversammlungen in allen Kliniken ein. Dort sollen nicht nur Unterschriften gesammelt, sondern auch Komitees zur Vorbereitung von Aktionen und Streiks gewählt werden, die der Basis rechenschaftspflichtig und von dieser abwählbar sind. So könnte die Grundlage für einen bundesweiten Streik im Pflegebereich gelegt werden. Dieser Kampf sollte mit dem für die Rückholung aller ausgelagerten Betriebsteile, für ein Verbot von Leiharbeit und Niedriglohnbereichen verbunden werden: Ein Betrieb – eine Belegschaft – ein Tarif!

Die Kontrolle der Umsetzung muss bei Komitees der Beschäftigten und Gewerkschaften liegen.

Für eine wirkliche Care Revolution!

Was bei ver.di und auch den Belegschaften oft fehlt, ist die Forderung nach Offenlegung aller Einnahmen und Ausgaben. Gesundheit ist eine Klassenfrage und betrifft alle Lohnabhängigen. Ein Gesundheitssystem muss nach ihren Bedürfnissen als PatientInnen und dortige Beschäftigte ausgerichtet werden.

Daher treten wir für ein Programm zum Ausbau des Gesundheitswesens wie aller anderen Felder der Care-Arbeit unter Kontrolle der Beschäftigten, der Gewerkschaften, von VertreterInnen der lohnabhängigen Bevölkerung ein. Ein solches Programm müsste durch die Besteuerung der Reichen, von Gewinnen und Vermögen finanziert werden.

So könnte zugleich auch weitere Abwälzung von Care-Tätigkeiten auf die private Hausarbeit und damit vor allem auf die Frauen bekämpft werden. Ein Ausbau von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Kitas, Betreuungseinrichtungen und Freiangeboten für Kinder und Jugendliche wäre ein Schritt zur Umkehr des Trends der letzten Jahre und Jahrzehnte.

Diese Forderungen können ein Schritt sein zur Sozialisierung

der gesamten Care- und Reproduktionsarbeit einschließlich der bezahlten wie unbezahlten in Privathaushalten. Das kann auch die prekär Beschäftigten auf unterster Stufenleiter unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit, ferner alle Azubis mitnehmen und die Tür aufmachen zu einem vernünftigen Gesellschaftssystem, die den arbeitenden Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Produktionszwecke stellt. Menschen statt Profite heißt: Sozialismus statt Kapitalismus!

Druck machen muss anders gehen! – Zum Stand der ver.di-Tarifkampagne Entlastung

*Jürgen Roth, Gruppe ArbeiterInnenmacht, Fight! Revolutionäre
Frauenzeitung No. 6*

Vorzeigebetrieb Charité Berlin?

2015 streikte das dortige Pflegepersonal 11 Tage lang. Ab April 2016 befand sich der erstreikte Tarifvertrag Gesundheitsschutz und Mindestbesetzung (TV) im einjährigen Testlauf und wurde von der Gewerkschaft über den Juni 2017 hinaus nicht verlängert. Feste Mindestbesetzungen wurden aber nur für den Intensivbereich und die Kinderklinik vereinbart. Der Interventionsablauf bei Unterschreitung der Besetzungsstandards war ausgesprochen schleppend und scheiterte oft an der Blockade durch Vorgesetzte. Der Vertrag war zudem ausgesprochen kompliziert und für die KollegInnen schwer verständlich. Zwar erwies sich das Konzept des Betten-

und Stationsschließungsstreiks mittels Notdienstvereinbarungen als erfolgreich und die Etablierung neuer gewerkschaftlicher Strukturen in Form der TarifberaterInnen beinhaltet ein Potenzial für basisdemokratisch erneuerte gewerkschaftliche Vertrauenskörper, doch es überwog die Unzufriedenheit mit dem TV (siehe: „Lehren aus dem Charité-Streik“, NEUE INTERNATIONALE 219, Mai 2017).

Er wurde gekündigt und Ende September 2017 trat die Charité in einen erneuten Streik. Fast gleichzeitig bremste ver.di die streikwilligen KollegInnen bei den kommunalen Berliner Vivantes-Kliniken aus. Nach der 1. Streikwoche der Charité wurde dort nur in einigen Häusern ein bis zwei Tage warngestreikt. Dann wurde im Oktober die 2. Streikwoche an der Charité ausgesetzt auf eine „Verhandlungsverpflichtung“ der Arbeit„geber“Innen zur Erarbeitung von Schritten zwecks besserer Umsetzung des TV bis Ende Dezember hin. Die „TarifberaterInnen“ fungierten hierbei als bessere Ausführungsorgane der Gewerkschaftsbürokratie, statt als deren Opposition aufzutreten.

Schlitterkurs

Am 27. März 2017 kam es im Saarland vor dem Saarbrücker Landtag zu einem eintägigen Warnstreik mit 600 Angestellten aus 12 Betrieben. Am 25. Januar 2018 streikten Beschäftigte der 4 baden-württembergischen Universitätskliniken. Die Urabstimmung an den Amper-Kliniken (Helios-Konzern) in Dachau und Markt Indersdorf erbrachte ein über 90 %-iges Votum für Streik, doch die ver.di-Tarifkommission setzte den Streik unter Protest zahlreicher Beschäftigter und der Unabhängigen Betriebsgruppe einfach aus, nachdem die Geschäftsführung erklärt hatte, dem TVÖD beitreten zu wollen, der gar keine Entlastungsregelungen enthält. Der Kommunale Arbeit„geber“verband (KAV) weigert sich zudem, auch nur Verhandlungen über einen Entlastungs-TV aufzunehmen. Außer mit der Charité kann ver.di bis jetzt nur auf einen solchen

Abschluss mit den privaten Unikrankenhäusern in Gießen und Marburg nach 3 Streiktagen verweisen. Einer onkologische Station der saarländischen Uniklinik in Homburg sind zudem 21 zusätzliche Pflegevollkräfte bewilligt worden.

Außer (Warn-)Streiks gab es seitens der DGB-Gewerkschaft ver.di nur Ankündigungen. Ausgewählte Krankenhäuser in privater und öffentlicher Trägerschaft in 7 Bundesländern wurden zur Aufnahme von Verhandlungen über einen Tarifvertrag Entlastung (TVE) aufgefordert. In weiteren 100 Betrieben soll der Druck erhöht werden: Dienst nach Vorschrift wie Verweigerung des Einspringens aus dem freien Wochenende und an freien Tagen (St. Ingbert); Protest vor dem Aufsichtsrat der „Gesundheit Nord“ (Bremen); Straßentheater (Rostock); Transparent am Deutschen Eck (Koblenz); Erheischen von Aufmerksamkeit am Tag der Pflege (Stuttgart) und vor dem Haupteingang in der Mittagspause (Kircheimbolanden); Aktionstage zur Händedesinfektion am 12. und zur Einhaltung der Pausen am 19. September 2017 (Brandenburg, Essen; darunter auch abgebrochene Aktionen „wegen angespannter Personalsituation“ in Baden-Württemberg, im Saarland und in Köln); Proteste in der Altenhilfe und Psychiatrie; Konferenz mit 150 Beschäftigten aus 50 nordrhein-westfälischen Kliniken am 29. April 2017 in Oberhausen. Diese forderte ein Sofortprogramm für die Einstellung von 20.000 Pflegekräften, damit niemand mehr allein auf Station arbeiten muss (Nachtdienste).

Lobbypolitik und Volksentscheid – kein Ersatz für Klassenkampf!

Letzteres ist aber doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein und zudem nicht mit guten Worten durchzusetzen, sondern nur mit flächendeckenden Vollstreiks für einen TVE, der 162.000 Stellen, davon 70.000 allein in der Pflege schaffen muss (Zahlen laut ver.di). Die ver.di-Bürokratie droht aber bereits einzuknicken vor den Versprechen der geschäftsführenden

Bundesregierung und der laufenden Koalitionsverhandlungen. Erstere verspricht Personaluntergrenzen in „pflegesensitiven“ Bereichen. Viele Gewerkschaftsmitglieder fürchten bereits zu Recht einen Verschiebebahnhof, auf dem keine einzige zusätzliche Stelle geschaffen wird, sondern diese aus der Normalpflege abgezogen werden. Aus den Gesprächen für eine neue Große Koalition sickerte zudem durch, dass die zukünftige Bundesregierung 8000 zusätzliche Pflegearbeitsplätze „schaffen“ will – bundesweit! Dies ist mal gerade ein Zehntel der in der Pflege und weniger als ein Zwanzigstel der insgesamt benötigten Jobs in Akutkrankenhäusern!

Gegen eine gesetzliche Personalregelung haben wir natürlich keine Einwände. Doch über Unterschriftensammlungen für eine Pflegebemessungspetition an den Bundesrat (Ende 2015) und Vertrauen in die saarländische CDU-Gesundheitsministerin Monika Bachmann, die auf einer großen Krankenhausdemonstration am 8. März 2017 in Saarbrücken versprach, sich für eine solche im Bundesrat einzusetzen kommen die ver.di-FunktionärInnen nicht hinaus. Diese Initiative endete kläglich in der Beauftragung eines Gutachters, der bis zum Spätherbst 2017 brauchte auszurechnen, dass die Fallzahl um 2,7 % und in der Geriatrie um 13,8 % steigen werde. Personalempfehlungen gab der gute Mann indes nicht ab!

Die jüngste Initiative des „Berliner Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus“ sammelt Unterschriften für einen berlinweiten „Volksentscheid für Gesunde Krankenhäuser“. Bis es dazu kommt, braucht sie in der 1. Stufe des Volksbegehrens 20.000 Unterschriften, in der 2. 170.000 und in der 3. im eigentlichen Volksentscheid ein Beteiligungsquorum von 25 % aller Wahlberechtigten und eine Mehrheit. Als 2. Möglichkeit steht der Weg über eine Volksinitiative offen.

Das Bündnis will Mindestpersonalzahlen sowie eine Mindestinvestitionsquote erreichen; die Investitionen sollen vom Land Berlin übernommen werden. Alles in allem wird mit jährlichen Kosten von 385 Millionen Euro gerechnet.

Wir würden einem solchen Begehren zwar nicht unsere Unterschrift verweigern und im Falle eines Volksentscheids für dessen Anliegen stimmen, doch bezweifeln wir seine politische Wirksamkeit. Was soll geschehen, falls es nicht zustande kommt? Selbst bei positivem Ausgang ist aber auch das Ergebnis nicht zwingend vom Senat umzusetzen. Das Initiativbündnis hat schon eine entsprechende Bundesratsinitiative vorbereitet. Das Ergebnis dürfte wie 2015 und 2017 ausfallen. Statt allein auf die Mittel der bürgerlichen Demokratie (Volksbegehren, Länderparlament) zu bauen, sich im „alternativen“ Lobbyismus zu verfransen, hätte das Solidaritätsbündnis für mehr Personal im Krankenhaus im Charité-Streik dem Ausverkauf der ver.di-Spitze eine klassenkämpferische Alternative entgegensetzen und den Streikenden eine antibürokratische Kampfperspektive bieten sollen! So würden wir die Kampagne für den Volksentscheid damit verbinden, ver.di nicht vom Haken zu lassen, und unsere Perspektive Vollstreik einbringen sowie uns am Aufbau von Solidaritätskomitees beteiligen.

Statt des Lobbyismus der Gewerkschaftsbürokratie und ihrer „linken“ BegleitmusikantInnen brauchen wir einen politischen Streik für ein Gesundheitsgesetz unter Einbezug aller Gewerkschaften für:

- Abschaffung der Fallpauschalen (DRG)!
- 162.000 neue Stellen!
- Ausreichende staatliche Bau- und Investitionsfinanzierung!

Das ist die notwendige Entlastung für Beschäftigte und PatientInnen gleichermaßen!

Care-Arbeit und ihre TheoretikerInnen

Jürgen Roth, Gruppe ArbeiterInnenmacht, Fight! Revolutionäre Frauenzeitung No. 6

Im Folgenden setzen wir uns mit dem Begriff der Care-Arbeit auseinander. Wir untersuchen ihren Wandel seit den 1970er Jahren, seine Ursachen und Auswirkungen auf ihre bezahlten Formen wie auf die Arbeitsteilung innerhalb der Familien. Wir versuchen zu erklären, worin die Lohndifferenz zwischen Frau und Mann begründet liegt, und untersuchen das Programm der sog. Care Revolution.

Die Kritik sozialistischer Feministinnen am Care-Begriff führt uns zur Frage, ob sie das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und unbezahlter Hausarbeit richtig einordnen und was sie mit anderen Strömungen des Feminismus verbindet. Wir versuchen nachzuweisen, dass die gesamte feministische Richtung im Unterschied zum Marxismus ein falsches, dualistisches Verständnis eint: Frauenunterdrückung und Klassengesellschaft werden als zwei verschiedene Verhältnisse betrachtet, die sich zwar gegenseitig durchkreuzen, letztlich jedoch eigene Ursachen haben und sich als voneinander geschiedene Widersprüche entwickeln. Schließlich werden wir auf die zentrale Bedeutung der Sozialisierung der Haus- und Reproduktionsarbeit für jedes Programm der Frauenbefreiung zurückkommen.

Zum Begriff der Care-Arbeit

Unter den Begriff Care-Arbeit fallen alle Tätigkeiten der Pflege, Erziehung und Bildung und Hausarbeit. Wo sie Erwerbsarbeit ist, wäre sie allgemein zu unterteilen in verschiedene Formen der Lohnarbeit (ungeschützte prekäre wie tariflich abgesicherte Voll- und Teilzeitarbeit) sowie

selbstständige Arbeit (wie z. B. ganz allgemein in Kleingewerbe, KleinbäuerInnenschaft). Care-Erwerbsarbeit findet in staatlichen, kirchlichen und frei-gemeinnützigen sowie privaten Einrichtungen statt. Zu ihren unbezahlten Formen zählen z. B. Haus- und Sorgearbeit wie Erziehung, Pflege, Subsistenzarbeit, ehrenamtliche Arbeit. Sie findet in Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, in Wohlfahrtsorganisationen, Vereinen und Verbänden, sog. Alternativprojekten sowie in Familien oder Lebensgemeinschaften zuhause statt.

Betont der Begriff Reproduktionsarbeit im marxistischen Sinn die Bedeutung der Haus- und Sorgearbeit in der LohnarbeiterInnenfamilie für das kapitalistische Prinzip der Profitmaximierung, richtet der seit den 1980er Jahren aufkommende Begriff Care-Arbeit den Blick sowohl auf die Gesamtheit der familiären Sorgearbeit als auch auf Erziehung und Pflege in Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Altersheimen und Krankenhäusern.

Teiltransformation im Geschlechterverhältnis bei LohnarbeiterInnenfamilien

Die Entwicklung des Kapitalismus ging von Anbeginn mit einer zwiespältigen Dynamik der Einbeziehung proletarischer Frauen in die Lohnarbeit und einer gleichzeitigen Fixierung auf ihre Rolle als Hausfrau einher. So war die Entstehung des Fabriksystems nicht nur durch die extreme Ausbeutung männlicher Arbeitskraft, sondern auch durch eine Ausdehnung der Frauen- und Kinderarbeit geprägt. Die materielle Basis für die Reproduktion der Familie war in der Entstehungsphase der „großen Industrie“ kaum vorhanden. Diese änderte sich erst im Laufe des 19. Jahrhunderts infolge des Widerstandes und der Organisierung der ArbeiterInnenklasse. Zugleich wurde damit auch die Basis für die Etablierung und Reproduktion der bürgerlichen Kleinfamilie im Proletariat selbst geschaffen –

einschließlich deren Idealisierung und Ideologisierung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, im sog. „langen Boom“, wächst nicht nur die ArbeiterInnenklasse selbst massiv, sondern auch die Anzahl der lohnabhängigen Frauen. Ende der 60er Jahre/Anfang der 70 Jahre war in der BRD etwa ein Drittel aller lohnabhängig Beschäftigten weiblich (rund 10 Millionen).

Die für die erste Phase des „Wirtschaftswunders“ typische Konstellation aus männlichem Lohnarbeiter/-angestellten und proletarischer „Nur“-hausfrau wich schon in den 60er Jahren zunehmend dem „DoppelterdienerInnenhaushalt“, auch wenn erstere mit aller Vehemenz zum „Normalfall“ erklärt wurde. In den 70er und 80er Jahren stieg die weibliche Beschäftigung weiter. Die lohnabhängigen Frauen wurden mit der krisenhaften Entwicklung der 70er Jahre und mit dem Neoliberalismus nicht in die Rolle der „Nur“-Hausfrau zurückgedrängt, sondern vielmehr in die Doppellast aus mehr Hausarbeit und prekärer Beschäftigung.

Die Nachkriegsperiode beschleunigter Akkumulation geriet an ihr Ende und machte Platz für eine seither chronische, mehr oder weniger latente strukturelle Überakkumulationskrise. Darin liegt auch die entscheidende Ursache für eine Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Die Feministin Silke Chorus hingegen sieht den Einzug der Frauen in die Erwerbsarbeit als direkte Folge von Teil-Transformationen im Geschlechterverhältnis (Care-Seiten in der politischen Ökonomie, in: DAS ARGUMENT 292, 53. Jg., Heft 3/2011, S. 396). Umgekehrt wird jedoch ein Schuh draus: Massenarbeitslosigkeit und sinkende Reallöhne führten dazu. Der Lohn des Proletariats deckte immer weniger die „historisch-moralische“ (Marx) Familienkomponente ab.

Da der Care-Bereich einer anderen Zeitökonomie als die Industrie unterliegt und aufgrund o. a. Besonderheiten weniger mittels Ersatz lebendiger Arbeitskraft durch konstantes

Kapital (Maschinen) durchrationalisiert werden kann, folgt daraus zweierlei: erstens ein immer weiteres Auseinanderklaffen der Arbeitsproduktivitäten in beiden Sektoren, zweitens Rationalisierung in der Pflege durch steigende Arbeitsintensität, vermehrte Ausbeutung der Beschäftigten unter Einsatz von Akkordsystemen (Taylorismus): Minutentakte waren die Konsequenz aus Privatisierung und Einführung marktwirtschaftlicher Rentabilitätskriterien in öffentlichen und gemeinnützigen Institutionen (Fallpauschalen, DRGs).

Sozialtransfers (Pflegekassen) erleichterten das Aufblühen eines gewaltigen Pflegedienstleistungsmarkts. Öffentliche Gelder wurden in den Bereich geschaufelt, um ihn flottzumachen. Niedriglöhne, Qualitätsverlust und/oder Preissteigerung sind unter diesen Bedingungen der Produktion für Profit strukturelle Merkmale von Care-Dienstleistungen. Staatliche soziale Sparpolitik ist im „Postfordismus“ ebenso ein strukturelles Gebot, um dem Fall der Profitraten entgegenzuwirken (Reallohnsenkung in Form der indirekten Löhne, Sozialleistungskürzungen), was wiederum zur Verlagerung von Sorgearbeit auf die Familien führt, also unbezahlt von Frauen verrichtete. Das Los der modernen Proletarierin: neben Erwerbstätigkeit in prekärem Job zu Niedriglohn und mit wachsendem Stress bekommt sie zum Dank auch wieder vermehrt die Sorge für die Familienangehörigen aufs Auge gedrückt. Sie muss zu einer Arbeitszeitmanagerin werden, um die zahlreichen Termine und Pflichten unter einen Hut zu kriegen: Als „19th nervous breakdown“ besangen die Rolling Stones dieses Syndrom.

Moderne Reproduktionsmodelle

Die Auswirkungen der kapitalistischen Strukturkrise seit den 1970er Jahren auf die Lohnarbeit von Frauen und Leistungen des „Sozialstaats“ finden ihr Pendant in Veränderungen innerhalb proletarischer Kleinfamilienhaushalte, der sog. Reproduktionsmodelle.

Die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker unterscheidet deren vier. (http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Winker_Krise_sozialer_Reproduktion.pdf) Sie erweitert damit ihr eigenes aus: „Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive“. (DAS ARGUMENT 292, S. 339 f.) Im Folgenden wollen wir die vier Modelle kurz skizzieren:

1. „Ökonomisiertes Reproduktionsmodell“

Dieses können sich nur wenige finanziell bessergestellte Erwerbstätige leisten: Meist hochqualifiziert und karriereorientiert, sind beide voll berufstätig, verzichten häufig auf Kinder und vermindern ihre Doppelbelastung durch Care-DienstbotInnen. Dies sind oft Migrantinnen, die zu Niedriglöhnen ohne Sozialversicherung arbeiten gehen. Ihre Niedriglöhne liegen noch unter denen o. a. erwerbstätiger Pflegekräfte in Kliniken, Heimen und ambulanten Diensten.

In deutschen Privathaushalten arbeiten 150.000 – 300.000 Frauen aus Osteuropa allein als Pflegekräfte. Die divergierenden Zahlen ergeben sich aus mehreren Quellen (Gewerbebeanmeldungen, Steuererklärungen der sie anstellenden Haushalte). Laut Schätzung des polnischen Arbeitsamts sind 94 % der Betroffenen „illegal“ tätig. Sie zu organisieren, ist so gut wie unmöglich. Kontakt zu ihnen erfolgt oft nur über Beratungsstellen. Seit in Deutschland der Mindestlohn eingeführt wurde (2015), werden immer weniger Arbeit„nehmer“innen vermittelt, dafür mehr (Schein-)Selbstständige. Die Kriterien für eine Selbstständigkeit sind in Privathaushalten aber kaum zu erfüllen, angefangen bei der eigenen Zeiteinteilung. Doch die Hartz-Gesetze machen's möglich – und die Pflegeversicherungen spielen mit. Das Pflegegeld für Angehörige liegt unter dem Existenzminimum, eine ambulante Vollversorgung bleibt auch für mittelständische Familien unbezahlbar. Diese Lücke schließt die Pflegeversicherung auf Kosten ausländischer Haushaltshilfen.

Die im vorigen Abschnitt beschriebene Care-Lohnlücke wird in ihrem Fall nach unten getoppt. Trifft diese „einheimische“, v. a. weibliche Arbeitskraft, schon heftig genug, richtet das rassistisch wirkende Wertgesetz auf dem Weltmarkt noch verheerenden Schaden an: ProletarierInnen aller Länder, vereinigt Euch – jetzt erst recht!

2. Paarzentriertes Reproduktionsmodell

Es umfasst ein männliches Normalarbeitsverhältnis, die 2. Person, meist eine Frau, geht einer Teilzeitbeschäftigung nach. Care-Arbeit wird nur für bestimmte Aufgaben und/oder vorübergehend an Hausangestellte vergeben, ihr Großteil aber primär von Frauen in Doppelbelastung erbracht. Dieses Modell ist verbreitet, da mit steigender Frauenerwerbstätigkeit nicht Normalarbeitsverhältnisse, sondern Teilzeit- und Minijobs zunehmen, unterscheidet es sich von der „fordistischen“ Kleinfamilie dadurch, dass die Absicherung bei Arbeitsplatzverlust, Scheidung und Krankheit schlechter ausfällt.

3. Prekäres Reproduktionsmodell

Zumindest eine Haushaltsperson ist nicht in der Lage, sich über Erwerbsarbeit eine Existenz sichernde Perspektive zu verschaffen, bleibt von einem Haupternährer abhängig, der allerdings ebenfalls keine Familie mit Kindern auf einem durchschnittlichen Lebensstandard unterhalten kann. Sorge- und Pflegearbeit kann nicht an bezahlte Dritte weitergegeben werden. Hier ist die Doppelbelastung enorm, weil meist die Frau die volle unbezahlte Reproduktionslast trägt und über prekäre Beschäftigung möglichst viel zum Familieneinkommen beizutragen versucht.

4. Subsistenz orientiertes

Reproduktionsmodell

Hier finden sich jene wieder, die auf Grundsicherung angewiesen sind, weil sie wegen Reproduktionsverpflichtungen oder ihrer nicht nachgefragten Qualifikationen ihre Arbeitskraft nicht verkaufen können.

Ungleicher Zugang zur Erwerbssphäre führt überwiegend zu nahezu unveränderter häuslicher Arbeitsteilung gegenüber der klassischen Lohnarbeitskleinfamilie, jedoch vermehrter Doppeltätigkeit. Das Ausmaß der häuslichen Pflichten hat zudem Auswirkungen auf die Chance, die eigene Arbeitskraft überhaupt verkaufen zu können. Dies ist die moderne doppelte Reproduktionsfalle für Frauen.

Die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen fördern jedoch vorrangig die Frauenerwerbsquote und die Geburtenrate v. a. bei Frauen aus der 1. Gruppe. Gut verdienende Eltern können für 12-14 Monate monatlich bis zu 1800 Euro Elterngeld kassieren, Hartz IV-EmpfängerInnen gehen leer aus. Das 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz sah bis August 2013 für ein Drittel der Kinder bis zum Alter von 3 Jahren einen Betreuungsplatz vor. Vorrang haben jedoch berufstätige Eltern. Das Kindeswohl spielt keine Rolle. Die seit 2009 gültige Unterhaltsreform forciert die Erwerbspflicht für Mütter von Kindern unter 3 Jahren nach einer Scheidung, alle unterhaltspflichtigen Kinder erhalten Vorrang vor dem Unterhalt für den/die PartnerIn. Das Steuerrecht diskriminiert geschiedene UnterhaltszahlerInnen zusätzlich.

Die Umverteilungsmaßnahmen der neoliberalen Wirtschaftspolitik bewirkten einen wachsenden Überschuss an Anlagemöglichkeiten suchendem Kapital, die es in der Produktionssphäre immer weniger findet (Fall der Profitrate). Staatliche Interventionen zur Absicherung des Finanz- und Währungssektors, um die Entwertung des zunehmend spekulativ dort angelegten Kapitals zu vermeiden, führten zu weiterer Staatsverschuldung und größerem Druck auf staatliche

Sozialleistungen. In der BRD, die einen Teil ihrer Überakkumulation durch Handelsüberschüsse auf andere Länder überträgt, schlug die Finanzkrise hohe Wellen der Aufmerksamkeit – die soziale Reproduktionskrise im Land des Exportweltmeisters erntet nur Schweigen.

Lohnunterschiede nach Geschlechtern (Gender Pay Gap, GPG)

Unser Zwischenresümee aus dem bisher Gesagten lautet: die geschlechtliche Arbeitsteilung, die sich mit Entstehung von Klassen und Staaten zu einer bis zu deren Aufhebung nicht mehr umkehrbaren Unterdrückerrolle der Männer entwickelt hat, führt unter kapitalistischer Herrschaft zur relativen Entwertung der Frauenarbeit. So kassiert der Proletarier den Familienlohn, die weibliche Hausarbeit ist unbezahlt. Vermehrte weibliche Lohnarbeit ändert nichts am Verhältnis, außer dass der Mann jetzt keinen Familienlohn mehr heimbringt. Das Wertgesetz unterm Kapitalismus führt im Care-Bereich, wo überwiegend Frauen arbeiten, zu strukturellen Niedriglöhnen. Doch der Gender Pay Gap (GPG), die Lohndifferenz zwischen Frau und Mann, ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und betrifft keinesfalls nur diesen. Der unbereinigte GPG, die geschlechtsspezifische Lohnlücke, der prozentuale Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten betrug in der BRD 2015 21 % (Frauen: 16,20 Euro, Männer: 20,59 Euro). Der bereinigte GPG betrug immerhin noch 7 %. Er rechnet den Faktor heraus, dass Frauen und Männer in unterschiedlich bezahlten Branchen tätig sind und bezieht sich auf vergleichbare Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiographien.

Die Gender Pension Gap (Rentenunterschiede), die geschlechtsspezifische Differenz bei den Altersbezügen, liegt laut Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) bei 53 %. Sie ist in Westdeutschland größer als im Osten. Berufstätige Frauen

nehmen häufiger Auszeiten für die Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen, arbeiten öfter in Teilzeit und werden im Schnitt schlechter bezahlt. Ausgleichsmechanismen in der gesetzlichen Rentenversicherung wie Anerkennung von Kindererziehungszeiten mildern diese Kluft etwas. Leistungen aus der privaten Altersvorsorge kassieren nur 2 % der Frauen (Männer: 5 %). Bei der betrieblichen Altersversorgung in der Privatwirtschaft liegen Frauen 60 % hinter den Männern zurück. Nur 7 % der Rentnerinnen haben hier überhaupt eigene Ansprüche. (VER.DI PUBLIK 1/2018, S. 10)

Gründe für den PGP sind: unterschiedliche Berufswahl; Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit familienbedingt häufiger und länger als Männer; der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ist ein schwieriger Prozess; Frauen fehlen auf den höheren Stufen der Karriereleiter; geschlechertypische Rollenbilder; individuelle, aber auch kollektive Lohnverhandlungen haben die traditionell schlechtere Bewertung typischer Frauenberufe bislang nicht nachhaltig überwinden können; Einfluss von Existenz und Höhe gesetzlicher Mindestlöhne; berufliche Bewertungs- und Klassifizierungssysteme; Unternehmensstrategien wie die immer weiter zunehmende Individualisierung von Entgeltbestandteilen. (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Fact Sheet: Der Gender Pay Gap und die Ursachen, 8.6.2016; DGB-Bundesfrauenausschussbeschluss, Positionspapier zur Entgeltdifferenz zwischen Frauen und Männern – Gender Pay Gap, 17.4.2008)

Programm der Care Revolution

Aus der Care-Debatte heraus entwickelte sich die Bewegung für eine Care Revolution. Gabriele Winker (Zur Krise sozialer Reproduktion..., a. a. O.) fordert: drastische Erwerbsarbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Ergänzung der freiwillig geleisteten individuellen Reproduktionsarbeit mit einem deutlich

ausgebauten Netz staatlich bzw. genossenschaftlich angebotener Dienstleistungen, höhere Entlohnung von Care-Diensten.

Die Aktionskonferenz Care Revolution vom 14.-16. März 2014 beschloss: Her mit dem guten Leben! Sorgearbeit aufwerten – eine Kultur der Fürsorglichkeit absichern! Zeit gewinnen! Wohnen ist Menschenrecht! Bildung ist ein Recht für alle Menschen – Bildung demokratisieren! Das gemeinsame Öffentliche stärken!

Diese Forderungen können wir in der Stoßrichtung allesamt unterstützen – jedoch nicht in allen Formulierungen. „Wohnen ist Menschenrecht“? Die Resolution verklärt die Wirklichkeit gleich doppelt: die bürgerlichen Grundrechte stellen sich selbst gern als Menschenrechte dar, waren aber in der Geschichte mit der US-Südstaatenklaverei vereinbar. Außerdem: das Recht kann nie höher als die Gesellschaftsordnung stehen, es ist nicht un-/übergeschichtlich. Im Kapitalismus kann das „Recht auf Wohnen“ nur heißen, eine kaufen oder mieten zu dürfen, kann das „Recht auf Arbeit“ nur darin bestehen, seine Arbeitskraft zu verkaufen, von dem/r TellerwäscherIn zum/r MillionärIn werden zu dürfen. Wenn Winker schreibt: „...für einen grundlegenden Perspektivenwechsel...Dabei geht es um nicht weniger als die Forderung, dass nicht Profitmaximierung, sondern die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen im Zentrum politischen Handelns stehen sollte“, so ist das allerdings eine revolutionäre Absichtserklärung. Doch weil sie gleichzeitig darüber schweigt, ob das System der Profitmaximierung namens Kapitalismus abgeschafft gehört und erst recht, wie das geschehen kann, ist das letztlich eine Vertröstung, nicht auf das Jenseits, sondern auf die zukünftige hoffentlich offenbarte Weisheit akademischer Care-Debatten. Das Programm ist Care-Reformismus, nicht Care-Revolution.

Von Abschaffung des Kapitalismus, von revolutionärer Zerschlagung der alten Staatsmacht, von Doppelmachtorganen, Aufbau kommunistischer Parteien, Diktatur des Proletariats –

kurz, von all dem, was eine wirkliche Revolution ausmacht, schweigt unsere Theoretikerin, schweigt die Konferenz. Nicht einmal das Subjekt revolutionärer Umwälzung, die ArbeiterInnenklasse in all ihren Facetten, wird beim Namen genannt. Sollen es diffuse Vernetzungen, Workshops, wortreiche Resolutionen, schlaue Gender-Forschung ersetzen? Da, wo es wirklich um elementare Elemente von Arbeitsbedingungen im Care-Sektor geht wie z. B. der Tarifikampagne Entlastung, überlässt das Netzwerk Care Revolution der ver.di-Bürokratie das Heft des Handelns – kein Wort der Kritik wie in den diesbezüglichen Artikeln dieser Frauenzeitung, wenn überhaupt eines!

Streit um den Care-Begriff

Auch verschiedene sog. sozialistische FeministInnen beteiligten sich an der Care-Debatte.

Ihre wohl bekannteste im deutschsprachigen Raum, Frigga Haug, sieht nicht ein, warum der Begriff der individuellen Reproduktion zugunsten von Care aufgegeben werden soll. Sie sieht im Einsatz dieses Wortes einen Schmelztiegel ganz unterschiedlicher Bedeutungen und in der Preisgabe formanalytischer Unterscheidungen zwischen bezahlter/unbezahlter, öffentlicher/privater Arbeit ein Untergehen der kapitalismuskritischen (Eingebundenheit der Dienstleistungen in Tauschbeziehungen) und der persönlichen Dienstbarkeit (Patriarchatskritik). (Das Care-Syndrom, in: DAS ARGUMENT 292, S. 358, 362)

Anna Hartmann wittert einen Zusammenhang zwischen aufkommender Care-Debatte, Verwischung des individuellen Reproduktionsbegriffs und neoliberalem Arbeitsmarkt: Die Gleichstellungspolitik mit ihrem spezifischen Gender-Verständnis trage dazu bei, indem sie v. a. eine formalrechtliche Gleichstellung insbesondere eine Angleichung der weiblichen an die männliche Erwerbsquote meine. Damit werde Geschlechterungleichheit ihrer strukturellen Ursachen enthoben

und erschiene als falsches, antiquiertes Rollenverständnis.
(Wo bleibt die Hausarbeit?, a. a. O., S. 405)

Stephanie Heck: „Auf der einen Seite soll mit Fürsorge und der besonderen Lage von bezahlter Care-Arbeit das sichtbar gemacht werden, was mit dem frühen Reproduktionsbegriff nicht erfasst worden ist. Andererseits darf aber der Funktionszusammenhang von Care-Arbeit mit den Produktionsverhältnissen in der Analyse nicht fehlen, wenn deutlich gemacht werden soll, welche Bedeutung diese Arbeit für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion hat und ihre unzureichenden Bedingungen kritisiert werden sollen.“ (Von „Reproduktion“ zu „Care“, a. a. O., S. 411)

Almut Bachinger zieht den Schluss, dass nach Auslaufen der Debatte um Anerkennung der Hausarbeit in den 1980er Jahren das dekonstruktivistische Gender-Konzept das differenztheoretische Paradigma ab den 1990er Jahren abgelöst, verdrängt habe und die Frauenbewegung und -forschung sich von ökonomischer Analyse ab- und eher Identitätsfragen zuwandte. (Lohn für Hausarbeit reloaded;
http://grundrisse.net/grundrisse37/Lohn_fuer_Hausarbeit.htm)

Diese Kritiken an der Rechtsentwicklung innerhalb des Feminismus, für die das liberale Gender-Konzept steht, sind korrekt, aber unzureichend.

Frauen, Familie und Feminismus

Warum unzureichend? Ihre Beschränktheiten bestehen nicht nur in bestenfalls Indifferenz zur falschen Forderung nach Lohn für Hausarbeit, sondern im ungenügend vermittelten Zusammenhang zwischen Klassengesellschaften, Familie und Hausarbeit.

Gabriele Winker schreibt, dass Produktions- und Reproduktionssphäre strukturell verschränkt und geschlechtlich konnotiert sind. (Soziale Reproduktion in der Krise – Care

Revolution als Perspektive, in: DAS ARGUMENT 292, S. 334) Das ist zwar eine korrekte Beschreibung, aber keine Erklärung. Wie verschränkt und wer oder was konnotiert, bleibt rätselhaft. Die Antwort auf diese Frage macht aber den eigentlichen Knackpunkt einer materialistischen Analyse der Care-Arbeit aus sowie eines revolutionären Programms zur Überwindung des Kapitalismus und der mit ihm (wie jeder Klassengesellschaft) untrennbar verbundenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Diese Frage stellt sich auch die feministische Diskussion:

„Geht es um die kapitalistische Produktionsweise, die sich geschlechterspezifische Zuschreibungen zur Steigerung von Profit zunutze macht? Oder bezeichnen asymmetrische Geschlechterverhältnisse ein Ausbeutungsverhältnis, das der kapitalistischen Aneignung menschlicher und natürlicher Ressourcen per se zugrunde liegt?“ (Ruth Kager, Arbeit ohne Wert: Hausarbeitsdebatte und Gesellschaftskritik, S. 1, 3; <http://theoriebuero.org/2211/arbeit-ohne-wert-hausarbeitsdebatte-und-gesellschaftskritik/>)

Aber sie beantwortet sie z.B. in der sog. Bielefelder Schule (von Werlhof, Bennholdt-Thomsen, Mies) anders als der Marxismus: „Sexismus und Rassismus werden also nicht der kapitalistischen Problematik untergeordnet, sondern umgekehrt die kapitalistische Produktionsweise als solche in ihrer sexistischen und rassistischen Dimension analysiert.“ (Ebenda)

In der Bielefelder Schule z. B. werden Männer und Frauen der sog. „Dritten Welt“ zusammen mit den Frauen der „ersten“ zum eigentlich ausgebeuteten Subjekt, „Mehrwert“ hat ihr zufolge seine Basis nicht in der Ausbeutung der Lohnarbeit, sondern der globalen Subsistenzproduktion (einschließlich der Hausarbeit).

Frigga Haug – eine sozialistische Feministin – spricht auch von den zwei grundlegenden Herrschaftsverhältnissen: Patriarchat als persönlicher Abhängigkeit von Frauen und

Kapitalismus (ausbeuterische Tauschbeziehungen).

Sozialistische FeministInnen sind also auch nicht frei von einem Geschichtsbild, das dem des radikal-kleinbürgerlichen Feminismus ähnelt. Warum? Letztere setzen ein übergeschichtlich gleiches Patriarchat oder gar den „Machtwillen“ der Männer als Grund der Unterdrückung und diese als zentrales gesellschaftlichen Verhältnis. Der sozialistische Feminismus hingegen versucht mehr oder weniger eklektisch, zwei oder mehrere parallel laufende „zentrale“ Formen zu kombinieren, und setzt dabei letztlich ein Ausbeutungsverhältnis und seine grundlegende gesellschaftliche Dynamik mit einem Unterdrückungsverhältnis (Frauenunterdrückung, Rassismus) gleich.

In der „Deutschen Ideologie“, den „Feuerbachthesen“, dem „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, dem „Anti-Dühring“ und dem berühmten „Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie“, um nur die wichtigsten Werke zu nennen, legten Marx und Engels die Grundsteine für ihre Theorie des dialektisch-historischen Materialismus, eines Grundpfeilers des wissenschaftlichen Sozialismus.

Für MarxistInnen sind Familie, Patriarchat und Ökonomie historische Entwicklungen, die mit der Sesshaftigkeit ins Leben traten. Nachdem der Mann auch im Ackerbau „die Hosen anhatte“ (das war durchaus in dessen ersten Anfängen wie bei den Seneca-IrokesInnen nicht der Fall), herrschte er auch im Haus (altgriechisch: oikos). Daher stammt auch der Begriff Ökonomie. Familie bezeichnet die Gesamtheit alles dem Patriarchen, dem Hausvater; Ökonomiechef (fälschlich oft mit „Mann“ synonym gesetzt) untergebenen Hauswirtschaftspersonals, darunter seine Kinder und Fraue(en) sowie sonstige Angehörigen, das Gesinde oder die HaussklavInnen. Familie kommt von famulus (lat.: der Sklave). Diese wirtschaftlich-persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse umfassten also (Haus-)Sklaverei und damit die Keimzelle späterer „asiatisch“-despotischer Staats- wie antiker Kaufsklaverei, also der

ersten Klassenbildungen in Gemeinschaft mit sozialer Unterdrückung der Frau und der Jugendlichen/Kinder.

Der Kapitalismus schafft den/die doppelt-freie/n LohnarbeiterIn: frei von persönlicher Unterwerfung und von Produktionsmittelbesitz. Erstmals seit Beginn der Klassenspaltung verliert das Haus (bei BürgerInnen wie ProletarierInnen) seine Rolle als Zentrum der Ökonomie, doch behält es die als Reproduktionszentrale der Arbeitskraft in der proletarischen Familie bei, was sich im Arbeitslohn als Haushaltslohn und der Hausarbeit ohne Tauschwert strukturell niederschlägt.

Der Kapitalismus überlässt sie getrost dem „Überlebenstrieb“ in den „eigenen“ vier Wänden. Sie ist Privatsache, kümmert die kapitalistischen UnternehmerInnen keinen Deut, Sie betrachten sie vielmehr wie eine „Naturbedingung“. Dieser auf die Spitze getriebene Gegensatz zwischen Produktion und Reproduktion kann erst aufgehoben werden mit der Abschaffung der Produktion für Profit, Produktion um der Produktion willen. Erst der Sturz des Kapitalismus, ureigenste geschichtliche Aufgabe der ausgebeuteten lohnarbeitenden Hauptklasse, die kein anderes gesellschaftliches Subjekt bewirken kann, schafft die Voraussetzung für eine kollektive Gesamtwirtschaft („Ökonomie“ im Wortsinn nicht mehr), die die Bedürfnisse des lebendigen Gesamtarbeitskörpers zum einzigen Zweck der Produktion geraten lässt. In einem wahrscheinlich über viele Generationen dauernden bewussten Prozess werden so auch die dem Kapitalismus, ja allen Klassengesellschaften vorhergehenden sozialen Unterdrückungsinstitutionen wie Familie abgeschafft.

Die dualistische Herangehensweise an Geschichte eint alle Strömungen des radikalen Feminismus, kleinbürgerlichen wie „sozialistischen“. Aus der Gegenüberstellung von Produktion und Reproduktion konstruiert er zwei oder mehr parallel laufende Unterdrückungs/Ausbeutungsverhältnisse. Daher erscheint ihm auch der Kampf um Frauenbefreiung als ein vom Klassenkampf getrennter, besonderer, ja wird im schlimmsten

Fall diesem entgegengestellt.

Sozialisierung der Haus- und Reproduktionsarbeit

Unsere zusammenfassende Perspektive für die Probleme im Care-Sektor lautet: Sozialisierung! Sie hat erstens den Sturz des Kapitalismus zur Voraussetzung, ist also eine wirkliche Care Revolution, keine reformistische Verunstaltung dieses Begriffs. Zweitens umfasst sie aber auch die Abschaffung der Familie im Sinne ihrer allmählichen Ersetzung durch das Gesellschaftskollektiv, die freie Assoziation der ProduzentInnen zum Zweck der gesellschaftlichen Reproduktion und Sorge des menschlichen Individuums. Es reicht eben nicht, die auf Freiwilligkeit beruhende, individuell geleistete Reproduktionsarbeit zu ergänzen, sondern sie muss gänzlich als privates Residuum aufgehoben werden. Der in der bürgerlichen Produktionsweise auf die Spitze getriebene Zwiespalt zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit muss geschlossen werden. Die Familie schaffte nicht nur Unterdrückung, Versklavung, sondern auch die Segmentierung der Gesellschaft in unabhängig voneinander produzierende Produktionseinheiten (Ökonomie) und damit die Voraussetzungen für Privateigentum an Produktionsmitteln. Die Gesellschaft ist selbst nicht mehr als Ganzes Produktions- und Reproduktionseinheit wie in der Urhorde der Jäger- und SammlerInnen. Auch die proletarische Kleinfamilie ist segmentiert. Wie v. a. Frauen, Kinder, Jugendliche und Alte behandelt werden, ist nur in Extremfällen Sorge gesellschaftlicher Institutionen (Krankheit, Sucht, häusliche Gewalt, Vernachlässigung, Lernschwierigkeiten...). Die Aufhebung der Segmentierung ist also mehr als die rationellere Hausarbeit im Großmaßstab, ihre Verwandlung in eine öffentliche Industrie. Sie ist ein Öffentlichwerden des Privaten.

Drittens ist die Ersetzung der Familie deshalb eine allmähliche, weil sie Elemente der Fürsorge umfasst, die

bisher auf Blutsverwandtschaft und individueller Partnerschaft beruhen. Diese zwischenmenschliche Nähe wird die zukünftige Gesellschaft nur nach und nach der Biologie entreißen können. Soziale statt biologischer Verwandtschaft bedeutet z. B., dass Kinder und Pflegebedürftige im Kommunismus mit gleicher Liebe und Hingabe wie im alten System von leiblichen Eltern bzw. Angehörigen wie „fremden“ Personen betreut werden. Die Liebe unter den Menschen wird eine kollektive sein, der Traum von der Vergeschwisterung aller Menschen ein realer.

Viertens ist der 1. Schritt auf dem Weg zur kompletten Sozialisierung die Verstaatlichung, noch nicht die freie Assoziation. Allerdings ist diese Voraussetzung für die wirkliche Aneignung von Commons, Gemeingütern. Im Kapitalismus ist der Staat Werkzeug einer Minderheit, der Kapitalistenklasse. Also sind seine Güter (noch) keine Commons, sondern Gemeingut unter ihrer Regie. Genossenschaftliche und kommunitäre Arbeits- und Lebensformen mögen ein Fenster in eine herrschaftsfreie, wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltige Gesellschaft sein (Gisela Notz, a. a. O., S. 94), herauszuspringen aus dem Gefängnis des Kapitalismus erlaubt diese freiwillige genossenschaftlich-kommunitäre Einrichtung deswegen noch lange nicht. Gute Adoptiveltern sind ebenso wenig ein Sprung aus der von Blutsverwandtschaft geprägten Elternschaft, noch immer nicht gesellschaftlich, sozial. Und die Hippielandkommune kann nicht die höchsten gesellschaftlichen Produktivkräfte (wie z. B. Ingenieurskunst, wissenschaftliche Forschung) verkörpern. Deren Sozialisierung kann nur auf dem Weg der Eroberung der Kommandospitzen der Wirtschaft in Gang gesetzt werden, durch die gewaltsame Ergreifung der Staatsmacht.

Halbherzige Pflegereformen allein schaffen keine Linderung!

*Renate Suhrbier, Gruppe ArbeiterInnenmacht, Fight!
Revolutionäre Frauenzeitung No. 6*

Qualitätsbericht

Die medizinischen Dienste (MD) der gesetzlichen (GKV) wie privaten Krankenversicherungen überprüften 2016 die Situation von ca. 175.000 Pflegebedürftigen in 13.300 Heimen und bei 12.000 ambulanten Pflegediensten. Es sei erwähnt, dass 70 % von Angehörigen gepflegt werden, also in der Statistik nicht auftauchen. Die MD wiesen darauf hin, dass die zentrale Baustelle in Heimen und ambulanter Versorgung die Verbesserung der Bedingungen für die Pflegekräfte sei. Ihre Untersuchung kann daran freilich nichts ändern.

Als medizinisch bedenklich wurden aufgelistet:

Gewichtsverluste (bei einem Viertel der überprüften BewohnerInnen wurde das Gewicht gar nicht kontrolliert), chronische Schmerzen, Dekubitus (Geschwüre vom Wundliegen), Behandlung von chronischen Wunden, außerklinische Intensivpflege. Verbessert hatte sich die Situation bei freiheitseinschränkenden Maßnahmen. Auch die Zahl der PatientInnen, die über Sonde ernährt werden, ging zurück. Die Ursachen für die Verschlechterung? Neben dem Pflegepersonal-mangel, der auch in der Akutpflege gang und gäbe ist (siehe Beiträge in dieser Zeitung), liegt besonders nahe der Mangel an ausgebildeten Fachkräften in der Altenpflege.

Pflegeausbildungsgesetz

Nach lange verzögertem Gesetzgebungsverfahren beschloss der

Bundestag im Juni 2017 ein neues Pflegeausbildungsgesetz. Ab 2020 soll eine generalistische Ausbildung zur/m Pflegefachfrau/-mann neben die klassische treten. 2026 soll der Gesetzgeber prüfen, ob Abschlüsse in der Kinderkranken- und Altenpflege weiter notwendig sind. Einige ExpertInnen befürchten, dass eine einjährige Spezialisierung nach abgeschlossener generalistischer Ausbildung z. B. in der Kinderkrankenpflege nicht ausreiche, wenn die bisherigen 3 verschiedenen Ausbildungsgänge vereinheitlicht würden. Der Sozialverband SoVD (früher: Reichsbund) begrüßte, dass damit das Schulgeld in der Altenpflege abgeschafft werde und die Ausbildungsvergütung steige. Ein gravierender Mangel des Gesetzes liegt jedoch darin, dass Ausführungsbestimmungen und Lerninhalte der neuen Berufsausbildung noch gar nicht festgelegt sind.

2. Pflegestärkungsgesetz (PSG II)

Dieses wurde Anfang 2017 verabschiedet. Die bisherigen 3 Pflegestufen wurden durch 5 neue Pflegegrade ersetzt. 3 Millionen Menschen wurden nach PSG II neu eingestuft. Durch die niedrigeren Schwellenwerte der Grade 1 und 2 erhalten deutlich mehr Pflegebedürftige Versicherungsleistungen. Auch mit den hohen Pflegegraden 4 und 5 sind viele besser versorgt als früher mit Stufe 3 plus Härtefallregelungen. Die Reform definiert auch einen neuen Begriff von Pflegebedürftigkeit, der sich an der Einschränkung der Selbstständigkeit im Alltag und der notwendigen Hilfe zu deren Überwindung orientiert.

Auch die Pflegekassen haben erkannt, dass ihre Aufmerksamkeit viel mehr auf die Beschäftigten und Angehörigen zu richten ist. Die wenig attraktive Bezahlung führe zu Personalengpässen und Vorenthaltung eigentlich notwendiger Leistungen. Es fehlten in diesen Bereichen 30.000 Fachkräfte.

Personalleasing-Unternehmen füllten diese Lücke nur unzureichend und seien als Dauerlösung zu teuer. Zu Bedenken gibt auch die schleppende Umsetzung der Ausbildung Anlass

(siehe oben). SchulleiterInnen können nicht verstehen, warum das offenbar fertige Regelwerk nicht von den beteiligten Bundesministerien herausgegeben wurde. Die Länder müssen die bisher in den Ressorts Bildung (Altenpflege) und Gesundheit (Krankenpflege) angesiedelten Schulen überdies noch in einen Bereich zusammenlegen.

Finanzierung

Das PSG II regelt auch einen einheitlichen Eigenanteil unabhängig vom Pflegegrad. Finanzierungslücken gibt es z. B. bei medizinischer Behandlungspflege in Altersheimen, die seit 20 Jahren nicht rückvergütet wird, obwohl mit der Reform insgesamt mehr Geld in diesen Bereich fließt. Doch wird das bisherige Finanzierungssystem der gesetzlichen Pflegeversicherung, von manchen sarkastisch als Teilkasko bezeichnet, den steigenden Anforderungen (mehr Pflegebedürftige, dringend notwendige Lohnzuwächse) nicht mehr lange gerecht werden können. Die Anpassung darf jedoch nicht zu Lasten der Betroffenen gehen. Der DRK-Kreisverband Spree-Neiße erhöhte z. B. den Eigenanteil an den Pflegekosten um 93 Euro auf 651,88 Euro pro Monat, den für Unterkunft und Versorgung um 29,20 Euro auf 629,09 Euro. Dabei laufen die Tarifverhandlungen mit ver.di noch. Pflegekräfte üben ihren Beruf nur 8,4 Jahre im Durchschnitt aus. Die Branche leidet unter hohen Krankenständen. Ausbildungskosten und Investitionen, die die Länder nur unzureichend leisten, müssen zusätzlich aus dem Pflegeetat abgedeckt werden. Damit Pflegekräfte und -bedürftige nicht gegeneinander ausgespielt werden können, muss die Finanzierung auf „Vollkasko“ umgestellt werden:

- Einheitliche GKV!
- Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze!
- Versicherungspflicht für alle, auch für Selbstständige, BeamtInnen und Privatversicherte!

- Möglichkeit privater Versicherung nur für Zusatz-, nicht für medizinischpflegerische Regelleistungen!
- Weg mit Zuzahlungen und Eigenanteilen!
- Für einen Gesundheits- und Pflegeplan, für Investitionen unter Kontrolle der Beschäftigten und PatientInnen in einem System, das ambulant wie stationär auf staatlichen bzw. genossenschaftlichen DienstleisterInnen beruht!